

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 1,10 Mark monatlich, 1,10 Mark wöchentlich, 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,10 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsgezeigte Anzeigenzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichterstattungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf. (zweiwöchig 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf., Streifenzeile und Schloßzeilenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983. Sonntag, den 13. Juli 1913. Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage!

Wenn so oft mit Bitterkeit festgestellt werden mußte, daß das wiltschische Wort „Preußen in Deutschland voran, Deutschland in der Welt voran“ in Kulturfragen leider keine Berechtigung hat, so darf es doch unbedingte Geltung beanspruchen für die Art, wie die deutsche Öffentlichkeit zusehender mit weltpolitischen und militaristischen Ideen verpestet wird. Was beispielsweise der Flottenverein an fruchtbarster Rüstungstreiberlei geleistet hat, ist allen Steuerzahlern noch in guter Erinnerung. Und wenn der Flottenverein gegenwärtig keine so aufsehenerregende Rolle mehr spielt, so nur deshalb, weil die ausschweifendsten Ziele der Flottenbündler inzwischen Wirklichkeit geworden sind und weil die ausschweifendste Flottenpropaganda längst von offiziellen Stellen übernommen worden ist.

Seit 15 Jahren erscheint ja der „Nautikus“, der ein immer dideres Format angenommen und die Aufgaben des Flottenvereins zu einer gewissermaßen amtlichen Einrichtung gemacht hat. In diesem alljährlich erscheinenden kombendiosen Werke finden alle Strömungen unserer Weltpolitiker, Panzerplattler und neuerdings auch Luftpatrioten ihren Niederlag. Aus dem „Nautikus“ bezieht nicht nur die marinistische Presse der Rüstungsinteressenten ihr Agitationsmaterial, sondern nachgerade die gesamte bürgerliche Presse, die längst an Marineenthusiasmus und weltpolitischer Abenteuerlust mit Blättern vom Schlage der „Post“, der „Berliner Neuesten Nachrichten“ oder der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ zu konkurrieren vermag. Hat doch gerade jetzt wieder das „Berliner Tageblatt“ eine Polemik gegen die Marineoffiziere unternommen, in der es nicht etwa das Rüstungstempo bekämpft, sondern unserer Marineverwaltung den Vorwurf macht, daß sie nicht seit Jahren schon unsere Dreadnoughts mit schwerer Artillerie ausgestattet habe!

Wenn gleichwohl der „Nautikus“ für 1913 diesmal nicht ostentativ die Trommel rührt für neue größere Flottenbauprojekte, so liegt das einmal daran, daß ja in dem Jahre der 1200 Millionen verschlingenden Wehrvorlage nicht gut auch noch Stimmung für eine neue Flottenvorlage gemacht werden kann, und andererseits in dem von den breiten Volksmassen noch lange nicht genug beobachteten Umstand, daß ja die Wehrvorlage für unseren Luftmilitarismus, und speziell für den Zweck der Marine dienenden Luftmilitarismus geradezu kolossale Summen vorsieht. Durch die scheinbare Passivität unseres Marinismus darf sich darum das Volk ja nicht in die Illusion einlassen lassen, als ob unsere Marine ihm nicht in absehbarer Zeit neue peinliche Ueberraschungen bereiten würde. Denn unser Marinewesen trägt, wie aller Rüstungswahnwitz, die immanente Tendenz zur immer größeren Ausdehnung in sich.

Das geht schon aus der entschiedenen Ablehnung hervor, die der von England ausgehende Gedanke einer Rüstungsverständigung und Rüstungskonfingentierung im „Nautikus“ erfährt. Nichts sei irriger, so bemerkt das offizielle Flottenhandbuch auf Seite 26, als aus der Erklärung des Herrn v. Tirpitz, daß er als Leiter seines Ressorts gegen das von Churchill vorgeschlagene Verhältnis von 10:16 für die nächsten Jahre kein Bedenken habe, etwa zu schließen, daß ein Umschwung in der deutschen Flottenpolitik bevorstehe. Der Gedanke eines Flottenabkommens sei utopisch. Denn wer wolle die vielen Einzelwerte einer Flotte gegeneinander abwägen und in ein Verhältnis zu einer anderen bringen. In der Tat, mit der gegenseitigen Rüstungsüberflügelung wird schon so lange alles beim alten bleiben, bis sich das Volk selbst in den verschiedenen Staaten der politischen Macht bemächtigt. Solange die Rüstungspatrioten und die weltpolitisch spekulierende Bourgeoisie in den Parlamenten den Ausschlag gibt, wird der Gedanke einer Rüstungsverständigung, geschweige denn einer Rüstungseinschränkung ewig eine Chimäre bleiben!

Es wird deshalb nicht lange dauern, bis auch die Höhe des Marineetat, die im Jahre 1913 467 Millionen beträgt, weitans überschritten sein wird. Sie ist schon jetzt um Duzende von Millionen überschritten, wenn man die Ausgaben für den Luftmilitarismus hinzu rechnet. Daß aber nicht nur eine neue Schiffsvermehrung bei den enorm gestiegenen Herstellungskosten für jeden einzelnen Schiffstyp den Flottenetat gewaltig in die Höhe schnellen wird, sondern daß auch der Luftmilitarismus selbst, soweit er nur Marinezwecken dient, bereits in den nächsten Jahren mit noch viel ungemesseneren Forderungen kommen wird, ergibt sich gerade aus dem interessantesten und aktuellsten Kapitel des „Nautikus“ über „Stand und Aussichten der Marineluftfahrt“. Welche Perspektiven wir hier ins Auge zu fassen haben, führt uns „Nautikus“ selbst äußerst drastisch zu Gemüte. Er verweist nämlich auf den ersten Aufsatz des „Nautikus“ über die Luftschiffahrt vom Jahre 1909. In dem damaligen Aufsatz habe es geheißen:

„Was vor kurzem herrschte die abenteuerlichsten Ansichten. Man las schon von Schlangen in der Luft und von der Möglichkeit, England auch über den Kontinent aus

der Luft anzugreifen. Hieron ist natürlich heute keine Rede. Die Mitnahme von 300 bis 400 Kilogramm Munition würde die Fahrtdauer auf einige Stunden beschränken.“

Auf diese Ausführungen bezieht sich „Nautikus“ aber nicht, um diese Auffassung 1913 zu bestätigen, sondern um in gelassener Selbstverpottung die Irrigkeit solcher Prophezeiungen zu illustrieren! Denn, so führt er jetzt, nur 4 Jahre später, aus: alle damaligen Ansichten über die Durchschnittsgeschwindigkeiten der Luftkreuzer und Flugmaschinen, über ihren Aktionsradius, ihre Fahrtdauer, ihre Aufnahmefähigkeit in bezug auf abzuwerfende Bomben, und infolgedessen ihre Verwendbarkeit im Luftkriege, seien heute bereits völlig, aber auch völlig über den Haufen geworfen. Gabe doch ein Zeppelin in 31 stündiger Fahrt 1650 Kilometer zurückgelegt und sich dabei vier Stunden lang in 2200 Meter Höhe gehalten. Ebenso gewaltig sei die Leistungsfähigkeit der Flugmaschinen gestiegen, sei doch bereits eine Höhe von 5880 Metern erreicht und in 10 Stunden eine Distanz von 1420 Kilometern zurückgelegt worden. Nicht nur in allen großen Manövern und in den beiden jüngsten Kriegen hätten die Flugzeuge ausgezeichnetes geleistet, sondern auch „die Möglichkeit ihrer

Es folgt dann eine detaillierte Auseinandersetzung über die vielseitigen Verwendungsmöglichkeiten der Luftkreuzer und Flugzeuge nicht nur für den Beobachtungsdienst, sondern auch zu Kampfwzwecken. Luftkreuzer und Flugzeuge vermöchten gewaltige Strecken in äußerst kurzer Zeit aus ungefährdeter Höhe zu observieren. Aber sie seien ferner nicht nur zur Unterstützung der Artillerie, namentlich beim Angriff gegen Küstenbefestigungen, äußerst wertvolle Hilfsmittel, sondern auch beim Aufsuchen und Vernichten von Unterseebooten und, wahrscheinlich auch brauchbare Kampfmittel während einer Flotteneschlacht, wo die Befehle durch den Kampf gegen die feindlichen Schiffe vollauf in Anspruch genommen“ seien und „wo vermutlich mit Massenabwürfen von Bomben aus der Luft nicht unerhebliche Erfolge erzielt werden“ könnten. Beim Abwerfen der Bomben könnten sich Flugzeuge und Luftschiffe durch Innehalten größerer Höhen sichern. Daraus ergebe sich dann die weitere Folgerung, daß man „eben diesen Luftgeschwadern in ihrem eigenen Element beizukommen“ versuchen müsse:

„Keine Sicherheit gegen Angriffe aus der Luft, keine erfolgreiche Verwendung der eigenen Luftwaffe gegen die feindliche Streitmacht ist denkbar ohne die Beherrschung des Luftraumes, nicht nur unmittelbar über den Kampfen auf der Erdoberfläche, sondern auch auf dem ganzen Gebiete, von dem die gegnerischen Luftangriffe ausgehen, und in dem ganzen Raum, durch den sie zu ihrem Operationsziele gelangen können. Die Beschäftigung mit dem Kampf um die Vorherrschaft in der Luft stellt somit Probleme, die noch viel weitreichender und schwerer zu lösen sind, als die mit der Eringung der Seeherrschaft verknüpften Fragen.“

Der „Vorwärts“ hat diese Entwicklung der Dinge seit geraumem vorausgesehen. Er hat namentlich die Verfestigung durch den offiziellen „Nautikus“ erfahren. Kein Mensch kann also jetzt mehr daran zweifeln, daß der Luftmilitarismus sich selbst dann zu einer ungeheuerlich kostspieligen Institution für Land- und Wassermilitarismus auswachsen würde, wenn eine weitere Verbesserung unserer Luftkreuzer und Flugzeuge nicht zu erwarten wäre. Daß diese Voraussetzung bei den zu erwartenden lufttechnischen Revolutionen aber gar zu naiv und optimistisch wäre, bedarf nach der Entwicklung der letzten Jahre kaum ernsthafter Widerlegung. Zieht doch „Nautikus“ selbst im Schlußwort seines Kapitels folgendes Resümee:

„Die vorstehenden Ausführungen lassen erkennen, wie schon die erste Einführung der Marineluftfahrt dem Vilde, das man sich bisher vom Seekriege machte, gänzlich neue, fremde Züge hinzufügt, und namentlich die Abzweigung über das Bombenwerfen und den Luftkampf müssen zu einem Nachdenken darüber anregen, ob nicht schon in wenigen Jahren die Tätigkeit der Luftfahrzeuge und der Ausgang des Kampfes zwischen den Luftflotten einen bestimmenden Einfluß auf den Verlauf des Krieges auf dem Meere ausüben mag.“

Erwägungen dieser Art sind es jedenfalls, die gerade die an der Seefahrt am meisten interessierten Mächte zur Aufstellung von Programmen für die Schaffung gewaltiger Luftflotten in allerjüngster Zeit veranlaßt haben. Niemand wird lächeln genug sein, das Ende der Entwicklung voraussagen zu wollen, an deren ersten Anfänge sie jetzt noch stehen; nur soviel ist sicher, daß es aus dem einmal eingeschlagenen Wege kein Galtzen mehr gibt.“

Das ist wenigstens einmal ein offenes und ehrliches Bekenntnis! Es besagt, daß die 150 Millionen, die schon jetzt unsere Wehrvorlage für die nächsten drei Jahre für den Luftmilitarismus durchgejetzt hat, erst die ersten bescheidenen Ansätze künftiger Luftflottenforderungen bilden. Man wird sich also darauf gefaßt machen müssen, daß sich die Ausgaben für das jüngste Kind unseres Militarismus noch viel sprunghafter steigern werden, als die Ausgaben für Meer und Flotte!

Wer da noch eine Rüstungsverständigung und Rüstungsverminderung von der Entwicklung der Wobtechnik oder der Einsicht unserer herrschenden Klassen erwartet, ist ein hoffnungsloser Phantast. Nicht der eigene Widerstand wird dem Rüstungswahnwitz ein Ziel setzen, sondern erst die Einsicht und die demokratisch-revolutionäre Tatkraft der proletarischen Massen, die es endlich müde

geworden sind, jede Schöpfung des Erfindergeistums durch den kapitalistischen Abertwiy in eine Menschheitsplage verwandelt zu sehen!

## Wahlprüfungen.

Die „Konservative Korrespondenz“ fährt fort, ihrem Kerger darüber Ausdruck zu geben, daß die Wahlprüfungscommission und der Reichstag eine Reihe konservativer und freikonservativer Mandate für ungültig erklärt haben. Nachdem der „Vorwärts“, ebenso wie freisinnige und nationalliberale Blätter die von einer halbsozialistischen Korrespondenz aufgeschichteten Erzählungen über Bemühungen, die Entscheidung über die Wahlen der Abgeordneten Rössch und Haupt hinauszuzögern, als reine Erfindungen gekennzeichnet haben, gibt die „Kons. Korresp.“ zu, daß Bebel und Haase sich scharf gegen eine Hinauszögerung der Prüfung der Wahlen erklärt haben. Aber, meint sie, der „Vorwärts“ habe sich zu einer Verteilung der Verschleppung der Wahlprüfungen aufgeschwungen. Unsere Leser wissen, daß auch diese Behauptung eine glatte Erfindung ist. Die sozialdemokratische Fraktion hat bis in der letzten Sitzung des Seniorenkonzens die Erledigung der Wahlprüfungen verlangt.

Jetzt springt der „Konservativen Korrespondenz“ die „Kordd. Allg. Ztg.“ bei. Sie ist darüber ergrimmt, daß die Wahlprüfungscommission mit 10 gegen 2 Stimmen entgegen der Anschauung des Regierungskommissars die Frage bejaht hat, ob die in die Wählerliste eingetragenen Wähler bei einer Nachwahl zur Ausübung des Wahlrechts dann berechtigt sind, wenn sie inzwischen ihren Wohnort verlegt haben.

Diese Frage ist aus Anlaß der Nachwahl des Abgeordneten Galem zur Entscheidung gekommen. Die „Kordd. Allg.“ gibt aus dem Bericht die Ausführungen des Regierungskommissars wieder, die darin gipfeln, das Reichsgericht habe in einem Erkenntnis vom 7. Februar 1906 die Frage in verneinendem Sinne entschieden. Sie unterläßt aber anzugeben, daß in der Kommission sofort erwidert wurde, das treffe nicht zu, das Reichsgericht habe in jenem Erkenntnis die völlig andere Frage entschieden, ob jemand zu einer Wahl an zwei Orten wählen könne. Diese Frage hat das Reichsgericht mit Recht mit Rücksicht auf § 7 Abs. 2 („jeder darf nur an einem Orte wählen“) verneint. Die Entscheidung über die vorliegende Frage liegt in der Auslegung des § 7 Abs. 1, nach dem der Wähler „zur Zeit der Wahl“ im Wahlbezirk seinen Wohnort haben müsse. Hier hat das Reichsgericht ständig angenommen, daß das Listenwesen die notwendige Folge der formalen Berechtigung aller eingetragenen Wähler schaffe. So wenig ein wahlberechtigter, aber nicht eingetragener Wähler wählen dürfe, so wenig dürfen die eingetragenen Wähler zurückgewiesen werden. Denselben Standpunkt nimmt das Oberverwaltungsgericht ein. In dem Bericht wird überzeugend nachgewiesen, daß aus der Entstehungsgeschichte des Wahlgesetzes und seinem Zweck folgt: wer zur Zeit der Auslegung der Wählerliste seinen Wohnort im Wahlbezirk hatte, der ist am Tage der Wahl wahlberechtigt. Daß das ständige Praxis des Reichstags für Stichwahlen ist, haben wir neulich aus Anlaß der Wahl Ewalds dargelegt. Wird für die Nachwahl keine neue Wählerliste aufgestellt — das hängt vom Belieben der Behörden ab — so gilt die alte Wählerliste in ihrem ganzen Umfang: neu Zugezogene können nicht wählen, Fortgezogene bleiben wahlberechtigt. Wiederholt ist von Behörden dem entgegen gehandelt. So ohne Erfolg bei der Nachwahl in Neuh. a. L. und mit Erfolg bei der Nachwahl in Schwyz. Daß die Wahlprüfungscommission beherrschten die Rechte der Wähler auf das ärgste einschränken den beherrschten Korrekturen einer Wahl mit voller Entscheidung entgegengetritt, mag für die „Norddeutsche Allgemeine“ und die Konservativen betrüblich sein. Das Plenum des Reichstags wird sich wohl dadurch nicht abhalten lassen, dem Recht Geltung zu verschaffen statt der begüßlichen Willkür Tür und Tor zu öffnen.

## Die Rumänen in Bulgarien.

Die rumänischen Truppen dringen weiter in Bulgarien ein, ohne daß es bisher zu blutigen Zusammenstößen gekommen wäre. Die bulgarische Regierung vermeidet absichtlich jede militärische Operation gegen den Gegner, der sich zunächst das von ihm verlangte Gebiet militärisch sichern und vielleicht auch darüber hinaus einige wichtige strategische Punkte besetzen will.

Die serbische und griechische Presse gibt sich den Anschein, als ob sie den Frieden nur auf dem Schlachtfelde geschlossen wissen wolle, aber die Regierungen werden vernünftig genug sein, den Bogen nicht zu überspannen. Das Beispiel Bulgariens zeigt ihnen ja, wohin eine solche Hartnäckigkeit führt.

So lange die Verhandlungen noch nicht zu einem Waffenstillstand geführt haben, wird auf dem Operationsgebiete zwischen dem Bardarale und der bulgarischen Landesgrenze weiter gekämpft. Die Griechen haben jetzt auch noch den wichtigen Ort Serres besetzen können. Ausgeschlossen ist nicht, daß die bulgarische Armeeleitung noch einmal zu einem Verzweiflungsschlage ausholt, um für die kommenden Verhandlungen militärisch nicht gar zu sehr im Nachteil zu sein.

Die Stimmung in Bulgarien ist infolge der Misserfolge sehr erregt. Die Stellung des Ministeriums Danevo ist erschütterter, und man behauptet sogar schon, daß der Thron des Königs Ferdinand nicht mehr allzu fest stehe.

**Eine Erklärung des Ministerpräsidenten Danew.**

Sofia, 12. Juli. In der Sobranje erklärte Ministerpräsident Dr. Danew: Das gegenwärtige Kabinett ist stets ein Anhänger des Friedens gewesen. Die Regierung hat den Schiedspruch des Kaisers von Russland angenommen, hat ihr Memorandum dem russischen Gesandten zugestellt und hat erklärt, an einer Konferenz der Ministerpräsidenten der Balkanstaaten in Petersburg teilnehmen zu wollen. Wenn das Kabinett den Krieg gewollt hätte, so wäre es ihm ein leichtes gewesen, ihn diplomatisch in die Wege zu leiten, indem es als Vorwand die Weigerung Serbiens gebrauchte, den durch den Vertrag vorgesehenen Schiedspruch anzunehmen. Die Regierung hätte ihn so dem Gebrauch entsprechend erklären können und dabei das Recht auf ihrer Seite gehabt. Sie

**Die Vermittlungsaktion.**

Sofia, 12. Juli. (Meldung der Agence Havas.) Aus glaubwürdiger Quelle verlautet, daß die Kriegführenden Russland alle nötigen Vollmachten erteilt haben, um einen Modus für die Einstellung der Feindseligkeiten zu finden.

**Und die Griechen siegestrunken . . .**

Athen, 12. Juli. (Meldung der Agence d'Athènes.) Auf den von Russland mit Unterstützung Frankreichs und Englands in Athen und Belgrad unternommenen Schritt zur Einstellung der Feindseligkeiten antwortete die griechische Regierung, der Friede werde auf dem Schlachtfelde geschlossen werden.



Karte zur neuen Gebietsforderung Rumäniens.

ist es nicht, weil sie nicht die Absicht hatte, einen Krieg herbeizurufen. Unterdessen traten Zwischenfälle ein, die sich zu großen blutigen Konflikten auswachsen. Die Frage, wer sie herbeigerufen hat, wird in jedem einzelnen Fall geprüft werden. Die Verstärkung unserer Truppen auf der ganzen Grenzlinie, von der Donau bis zum Negaischen Meere, die Anwesenheit unserer Garnison in Saloniki, ihre Nichtbeteiligung an den Kämpfen der anderen bulgarischen Armeen, von denen eine Anzahl Soldaten durch eine Erdbebenkatastrophe und durch Bombardement fern der Grenze zurückgehalten wurde, das sind Tatsachen, die deutlich zeigen, daß von einem vorbedachten Angriff unsererseits nicht die Rede sein kann. Die Regierung war der Meinung, daß es sich um Grenzstreitigkeiten handle, die einem Zufall zuschreiben seien, und bemühte sich, sie nicht zu einem Kriege auswachsen zu lassen. Auch nach diesen Ereignissen gab sie strenge Befehle in diesem Sinne, teilte ihre Entschlüsse auch in Belgrad und in Athen mit und wandte sich in derselben Absicht an Russland. Unglücklicherweise waren alle diese Anstrengungen, den Konflikten Einhalt zu tun, nicht von Erfolg gekrönt. Trotzdem ließ das Kabinett nicht davon ab, nach einem Mittel zu suchen, um dem Auwiegischen ein Ende zu setzen und machte sich kurz entschlossen den guten Willen Russlands zunutze, das in seinem Wunsche, einem Kriege vorzubeugen, stets bereit war, die Rolle des Vermittlers zu übernehmen. — Seit vorgestern habe ich Befehl gegeben, die Operationen in Albanien einzustellen zu lassen, welche durch den Einbruch serbischer Abteilungen in bulgarisches Gebiet hervorgerufen waren. Wir haben unsere Truppen an dieser Front befohlen, sich auf die alte Grenze zurückzuziehen, und die mazedonischen Truppen haben den Befehl erhalten, in der Defensive zu bleiben. In dieser Weise haben wir im Interesse des Friedens nicht allein die Vermittlung Russlands angenommen, sondern auch den blutigen Konflikten, soweit dies von uns abhängt, ein Ende gesetzt. Wenn man uns bei dieser Sachlage den Krieg erklärt unter dem Vorwande, wir hätten ihn herbeigerufen, so ist dies vollkommen ungerechtfertigt. Unsere Beziehungen zu Rumänien sind die ganze Zeit über von der freundschaftlichsten Art gewesen. Während des Befreiungskrieges gegen die Türkei ist Rumänien neutral geblieben, hat aber als Ausgleich für die Folgerichtigkeit eine Verzichtung der Grenze in der Dobrußa und die Anerkennung gewisser Privilegien für das rumänische Element in Mazedonien verlangt. In dem gegenseitigen Wunsche, ihre Freundschaft auch in Zukunft zu bewahren, haben die beiden Regierungen auf die Mediation einer Großmacht zurückgegriffen, deren Ergebnis das Petersburger Protokoll war, welches sich auf die Einverleibung Mazedoniens in Bulgarien gründete. Serbien hat, indem es die Ausführung des Bündnisvertrages weigerte, Komplikationen geschaffen, welche gegen unseren Willen die gegenwärtigen Konflikte hervorgerufen haben. So ist denn Bulgarien gezwungen, seine Erwerbungen zu verteidigen. Die bulgarische Regierung kann keinen neuen Zustand erkennen, der einen Einbruch der rumänischen Truppen in Bulgarien rechtfertigen könnte. Sie betrachtet daher, indem sie an die bisher zwischen den beiden Ländern bestehenden Beziehungen denkt, die rumänischen Maßnahmen als ungerechtfertigt und glaubt, daß die rumänische Regierung, welche Erwägungen ihr auch diese Maßnahmen diktiert haben mögen, in ihren Entschlüssen nicht hätte bis zum äußersten gehen dürfen. Wir lehnen alle Verantwortung ab und erscheinen unter diesem Gesichtspunkte, der zugleich auch der Gesichtspunkt der bestehenden Ordnung und Gerechtigkeit ist, vor dem Gerichtshof des Gewissens Europas in der Hoffnung, daß unser Recht überall anerkannt werden wird. Wir sind entschlossen, in dieser Stellung bis ans Ende zu verharren.

**Der rumänische Operationsplan.**

Bukarest, 12. Juli. (Meldung des Wiener A. A. Teleg. Korrespondenz-Bureau.) Der Vormarsch der rumänischen Truppen vollzieht sich planmäßig auf dem Naam Turtukai-Dobritsch-Batschka. — Die halbamtliche „Politika“ schreibt: Heute beginnt die rumänische Aktion mit zwei Zielen: Erstens will Rumänien eine strategische Grenze, wie sie gegen Kachbata wie Bulgarien eine geographische Notwendigkeit ist. Ferner verlangt Rumänien, daß der definitive Zustand auf dem Balkan nicht ohne Rumänien festgelegt werde. Es handelt sich nicht um eine Politik der Vernichtung Bulgariens, sondern um Aufstellung eines Gleichgewichts, das Rumänien und Europa die Aussicht auf dauernd ruhige Zustände gibt.

**Das Verhalten Bulgariens.**

Sofia, 12. Juli. Die Agence Bulgare meldet: General Wasow ist zum Kriegsminister ernannt worden. — Um jeden Konflikt zu vermeiden, wies die Regierung die bulgarischen Militärposten an der rumänischen Grenze an, sich zurückzuziehen. Die Zivilbeamten wurden beauftragt, auf ihren Posten zu bleiben, um auf die Bevölkerung beruhigend einzuwirken.

**Die bulgarische Stellung auf dem mazedonischen Kriegsschauplatz.**

Wien, 11. Juli. Wie die „Militärische Rundschau“ meldet, hält sich das Gros der bulgarischen Armee in einer Linie östlich von Egri-Balanka und Beltschewa, Abteilungen der bulgarischen Hauptmacht, welche bisher der serbischen ersten und dritten Armee gegenüberstanden, sollen zur Unterstützung der Armeegruppe des Generals Iwanow abgezweigt worden sein.

**Die Griechen in Serres.**

Athen, 12. Juli. (Meldung der Agence d'Athènes.) Die Besetzung von Serres geschah durch eine Erkundungsabteilung. Darauf wurde der Kriegszustand verkündet und eine Bürgerwehr zur Aufrechterhaltung der Ordnung gebildet. Soldaten und Bürgerwehr durchstreifen die Umgegend, um die Landbewohner gegen Komitatshis zu schützen. Da die Bulgaren die Stadt in panischer Flucht verlassen hatten, blieb eine große Menge Munition und Lebensmittel dort zurück, auch siebzig griechische Notabeln wurden dadurch frei und entgingen dem Tode; weitere zweihundert waren bereits niedergemacht worden.

**Neue serbische Siegesmeldungen.**

Belgrad, 12. Juni. (Meldung des serbischen Pressebureau.) Während des gestrigen Tages wurden die Bulgaren auf der ganzen Front von Zajetar (an der serbisch-bulgarischen Grenze) bis Radowitsche (in Mazedonien) verfolgt. Bei Kotschana wurden schwache bulgarische Angriffe zurückgewiesen. Bei Tzer wurde eine bulgarische Abteilung aufgerieben, und auf der Flucht bis Tzarewosselo scharf verfolgt. Bei Tiranka erbeuteten die Serben vierzehn Militärbäckereien, 150 Tonnen Wehl und fünf Tonnen Mehl, die serbische Kavallerie verfolgte den Feind in der Richtung auf Beltschewa, alles zum Rückzuge zwingend. Bei Egri-Balanka haben die Bulgaren schwache Angriffsversuche unternommen, sie wurden aber mit großen Verlusten zurückgeschlagen. Gegenüber den energischen Vorstößen der serbischen Kavallerie sind die Bulgaren außerstande, einen Stützpunkt zu finden, sie lassen ihre Toten und Verwundeten zurück. Die serbische und die griechische Armee sind auf der Linie Radowitsche-Trumiza in Fühlung getreten; das hatte zur Folge, daß Mazedonien von den regulären feindlichen Truppen geräumt ist. Die auf dem Rückzug befindlichen Bulgaren haben den Zusammenhang miteinander verloren und ihre Verproviantierung gestaltet sich von Tag zu Tag schwieriger.

**Der Sieg in Jauch-Belzig.**

Die Eroberung von Jauch-Belzig erweckt schon um dessen willen lebhaftes Genugtuung, weil es sich um einen überwiegend ländlichen Wahlkreis handelt. Der Kreis zählt nur eine Stadt über 10 000 Einwohner, nämlich Ludemwalde; von 164 679 Einwohnern wohnen 83 983 in Gemeinden unter 2000 Seelen. Bei der Hauptwahl am 2. Juli waren von 40 768 Wahlberechtigten 22 939 Stimmen abgegeben. Davon erhielten Ewald (Soz.) 12 778, v. Oerphen (Reichspartei) 11 115, Hornmann (Fortchr. Sp.) 7956 und Erzberger (Centr.) 84 Stimmen; 6 Stimmen waren gesplittert. Nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten wurden bei der Stichwahl gewählt für v. Oerphen (freikons.) 16 276 und für Ewald (Soz.) 17 148 Stimmen. Die Zahl unserer Stimmen ist also seit der Hauptwahl um 3370, die der Freikonservativen um 5061 gewachsen, die Wahlbeteiligung um 485 Stimmen gestiegen. Die Zahlen lassen erkennen, daß etwa 3000 Fortschrittler für unseren Kandidaten gestimmt haben dürften, während der größere Teil der liberalen Stimmen für die unverfällige Reaktion, die die Freikonservativen verkörpern, abgegeben worden ist. Die linksliberale Presse hat also unserer Meinung nach nicht allzuviel Anlaß, Genugtuung zu empfinden. Denn auch dieses Resultat zeigt wieder, daß bei dem größeren Teil der freisinnigen Wählerschaft die Scheu vor der Sozialdemokratie stärker ist als der Wunsch, die konservative Herrschaft zu brechen. Diejenigen Liberalen, denen es wirklich in erster Linie um den Kampf gegen die junkerlich-merikale Reaktion zu tun ist, können daraus wieder erkennen, daß sie noch ein gutes Stück Erziehungsarbeit zu leisten haben.

Die konservative Presse ist über die neue Niederlage natürlich sehr erbittert und die „Deutsche Tageszeitung“ läßt ihrer Wut an der fortschrittlichen Parteileitung freien Lauf. Sie schreibt:

„Über 3000 Liberale haben sich nicht geschert, rote Zettel abzugeben und haben damit in diesem Jubiläumsjahre bewiesen, daß ihr Gefühl und ihr Augenmaß dafür, ob jemand ein ernstlicher Feind von Thron und Vaterland ist, durch die Hoch-

und Wählerarbeit der freisinnigen Agitatoren und des fortschrittlichen Parteivorstandes bereits vollkommen erdödet ist. Aber dieser Tag von Jauch-Belzig hoffentlich für diese Partei, wenn sie sich in Zukunft — wie die Fledermaus in der Fabel — ihr Zwitternes jenseits machen will, und sich niemals wieder als „bürgerliche“ Partei aufspielen will, im wahrsten Sinne des Wortes „rot“ angefräsen bleiben. Sie hat damit das Siegel auf den Paß ihrer sozialdemokratischen Anechtenschaft gedrückt, und das soll ihr unermesslich bleiben.“

Dagegen hält sich die freikonservative „Post“ zurück. Sie will offenbar es sich mit den Liberalen bei einer kommenden Wahl nicht verderben. Diese Zurückhaltung muß dem Scharfmacherorgan, das sonst die rüdesten Töne anzuschlagen gewohnt ist, um so härter fallen, als für die Reichspartei die Niederlage besonders empfindlich ist. Im vorigen Reichstag noch eine Fraktion von 25 Mann, sank sie nach den Wahlen zu einem Grüppchen von 14 Abgeordneten herunter und trotz des vorausgesetzlichen Anschlusses des Wormser Lederfürst und Oberstleutnants, des Freiherrn Gens zu Herrnsheim beraubt sie diese Niederlage aller Aussicht, es im Reichstag wieder zum Rang einer Fraktion zu bringen.

Die letzten Nachwahlen haben die Stärke der Parteien im Reichstag zugunsten der Liberalen und Sozialdemokraten verschoben. Die Fraktionen sehen sich folgendermaßen zusammen: Sozialdemokraten 111, Nationalliberale 45, Freisinnige 44, Konservativ 42, Reichspartei 13, Wirtschaftliche Vereinigung 7, Reformpartei 3, Zentrum 88, Polen 18, Elb-Lothringer 9, Welfen 5, Fraktionslose 8.

Für unseren neuen Abgeordneten bedeutet die Wahl auch eine persönliche Genugtuung. Am 14. Dezember 1884 wurde Genosse Ewald das Objekt der Beschuldigung, nachdem er Stadtvordneter von Berlin war, wurde er auf Grund des Sozialistengesetzes ausgewiesen. Die Ausweisung führte eine interessante Debatte im Stadiparlament herbei. Auf eine Anfrage erklärte der Magistrat, daß Ewald trotz der Ausweisung sein Mandat behalte. In der Besprechung dieser Antwort fanden auch die Liberalen scharfe Worte dagegen, daß ein Stadtvordneter ausgewiesen worden sei. Genosse Singer benützte den Anlaß, um das Sozialistengesetz zu brandmarken, daß eine solche Verbotei möglich mache. Und schließlich erklärte auf seinen Antrag die Stadtvordneterversammlung im Einverständnis mit dem Magistrat, daß das Mandat Ewalds nicht erlöschen sei. Jetzt hat Genosse Ewald, nachdem er fast 27 Jahre als Kandidat den Kreis bearbeitet hatte, den Lohn seiner und der Parteigenossen Mühe erhalten und aus dem Objekt ist ein Subjekt der Beschuldigung geworden.

**Politische Uebersicht.**

**Eine lahme Verteidigung.**

Die konservative Presse hatte die Regierung angegriffen, weil sie nach Angaben von Zentrumsseite bereit gewesen wäre, eventuell die Erbschaftsteuer zu akzeptieren, auch wenn sie nur mit den Stimmen der Sozialdemokratie angenommen worden wäre. Darauf antwortet nun die „Nordd. Allg. Ztg.“:

„Wenn die Regierung die im Jahre 1900 von ihr vertretene reine Erbschaftsteuer nicht eingebracht hat, obwohl sie sich dadurch manche Schwierigkeiten im Bundesrat erspart hätte, so war dafür der Wunsch mitbestimmend, den Parteien der Rechten die Mitarbeit an der Dedung zu ermöglichen und eine Entwidlung zu verhindern, bei der die Sozialdemokratie für die Dedungsgesetze eine ausschlaggebende Rolle hätte spielen können. Dieser Wunsch ist erfüllt worden. Der größere Teil der Rechten hat die Brücke, welche die Regierung bot, betreten. Daß es gelang, die Erledigung der Dedungsgesetze durch eine bürgerliche Mehrheit zu erreichen, ist der Regierung, die den Weg gezeigt, und den Kompromißparteien, die ihn betreten haben, zu danken. Wenn die Regierung dem Verlangen der Rechten, jeder reinen Erbschaftsteuer von vornherein ein Unannehmbar entgegenzusetzen und im Falle ihrer Annahme das Scheitern des ganzen Werkes in Aussicht zu stellen, nicht nachgegeben hat, so wird man logischerweise darin einen Beweis der Schwäche nicht erblicken können. Die Frage, ob eine vom Reichstag beschlossene Erbschaftsteuer vom Bundesrat angenommen oder abgelehnt gewesen wäre, würde erst akut geworden sein, wenn der andere Teil der rechten Parteien der Haltung der Konservativen gefolgt und ein Kompromiß auf der Grundlage des Regierungsvorlages nicht zustande gekommen wäre. Da eine solche Entwidlung dank der Einsicht der bürgerlichen Parteien und der Bemühungen der Regierung vermieden wurde, scheinen uns die Vorwürfe der „Kreuzzeitung“ unangebracht zu sein.“

Diese Erwiderung ist reichlich einfältig. Einmal hat sich das Zentrum zum Kompromiß ja nur verstanden, weil die Sozialdemokratie im Hintergrunde stand; ohne dieses Gewicht wäre das von der Regierung so gepriesene Werk nie zustande gekommen. Dann aber gesteht jetzt die Regierung selbst zu, daß sie, die angeblich über den Parteien steht, Parteipolitik zugunsten der Konservativen getrieben hat. Obwohl sie die Erbschaftsteuer sachlich für das Bessere hielt, hat sie nicht den Mut aufgebracht, diese Steuer zu vertreten. Gefälligkeitspolitik für die Konservativen — Possepolitik gegen die Sozialdemokratie, das ist die Politik des Herrn v. Bethmann. Sachlich aber läßt sie sich überhaupt nicht vertreten. Und so was will Anspruch auf Autorität erheben?

**Und noch ein Grund.**

Um ihre Anhänger, die wegen der Zustimmung des Zentrums zum Besitzsteuer-Kompromiß Opposition machen, und die über Verrat zeteren — die Konservativen zu beruhigen, hat die „Schlesische Volkszeitung“ vor einigen Tagen mitgeteilt, daß die Regierung auch die Erbschaftsteuer angenommen haben würde, selbst wenn sie unter Mithilfe der Sozialdemokratie zustande gekommen wäre. Diese Beruhigungsversuche setzt das Zentrumsorgan in der Nummer vom 10. Juli fort in einem Artikel „Die Erneuerung des Zolltarifs“. Es heißt in demselben:

„Mit der Verständigung über die Dedungsfrage wurde eine Samlungspolitik in Gang gebracht, die gerade für die bevorstehende Erneuerung des Zolltarifs und der Handelsverträge von entscheidender Bedeutung ist. Wie die Dinge im Reichstage jetzt liegen, ist für eine schützblinnetische Mehrheit die nationalliberale Fraktion notwendig, wenigstens der rechte Flügel derselben. Das notwendige Zusammenarbeiten der Nationalliberalen mit den anderen schützblinnetischen Parteien schien aber bisher sehr schwierig oder gar gefährdet zu sein durch die Erinnerungen von 1900 und die damit zusammenhängende Taktik der Eifersucht und des Argwohnens. Von seiten des Zentrums wurde schon im vorigen Jahre eine Milderung der Spannung angebahnt durch den bekannten Paragrafen Bismarck-Erzberger, der die allgemeine und angemessene Besitzsteuer als Versöhnungsformel ausspielte. Es wäre aber ein schlimmer Rückschlag erfolgt, wenn jetzt nicht über die Durchführung dieses Paragrafen eine Verständigung erfolgt wäre.“

Die Wähler des Komptomiss haben sich auch um die Zukunft der Wirtschaftspolitik verdient gemacht, und wenn man die größeren Uebel aufzählt, die durch das sog. kleinere Uebel der Zwangssteuer verurteilt worden sind, so gehören dahin auch die schweren wirtschaftspolitischen Wirren und Kämpfe, die bei einer unersöhnlichen Stimmung und Taktik der national-liberalen Partei zu befürchten gewesen wären.

Darum, so möchte man diese Ausführungen schließen, Preis und Dank der Zentrumspartei, die durch ihre schlaue Taktik erreicht hat, daß eine wirkliche Besitzsteuer vermieden wurde und gleichzeitig der Weiterbestand der Hochschulgollpolitik gesichert erscheint. Und dazu, Herr Gothein, hat Ihre Partei mitgewirkt, damit dem Zusammenarbeiten von Zentrum und Nationalliberalen auch für die Zukunft vorgearbeitet.

### Die Wahlsparole des Abgeordneten Hoff.

Die Freisinnigen haben es verdammt eilig, die Ansichten des „Vorwärts“ durch ihre politischen Handlungen zu belegen. Vor wenigen Tagen erst wurde an dieser Stelle ihre schwächliche Haltung in der nord-schleswigschen Frage gekehrt, und schon führen sie eine parteipolitische Flosse auf, die an Lächerlichkeit und Schwäche nicht das Mindeste zu wünschen übrig läßt.

Der freisinnige Abgeordnete Hoff soll in Nord-Schleswig vor der letzten Landtagswahl die Ansicht ausgesprochen haben, daß er dem dänischen Demokraten Rissen vor dem katolischen Landgerichtsdirektor Hahn den Vorzug geben würde, womit er von seinem freisinnigen Standpunkt aus auch durchaus recht hatte.

Nach der sehr richtigen Ansicht der Freisinnigen ist der häßliche Kafatismus in Nord-Schleswig ein nationaler Schädling ersten Ranges und man erwirbt sich also offenbar ein nationales Verdienst, wenn man ihn auszurotten bemüht ist. Da nun zudem die mißhandelten und unterdrückten Dänen ein selbstverständliches Recht auf parlamentarische Vertretung haben, und da es sich im Abgeordneten Rissen überdies um einen zuverlässigen Demokraten handelt, war die Stellungnahme des Abgeordneten Hoff in beider Übereinstimmung mit allen nationalen und liberalen Prinzipien. Sein freisinniger Parteigenosse, der Freigemeinde-Prediger Johannes Tiedje in Königsberg, einer der besten deutschen Kenner Nord-Schleswigs, hat denn auch in der nord-schleswigschen Presse genau die gleiche Parole ausgegeben, und tatsächlich haben ungarische Deutsche am Tage der Wahl den dänischen Wahlmännern vor der Landeswahl die katolischen Kandidatur den Vorzug gegeben. Herr Tiedje bezog sich in seinem Artikel ausdrücklich auf den Umstand, daß der Abgeordnete Hoff die gleiche Stellung eingenommen habe.

Als nun in dessen die Parole des freisinnigen Abgeordneten politisch ausgenutzt wurde, widerrief er sie. Er habe eine solche Meinung nicht, behauptete er.

Die wollen nun demgegenüber gern annehmen, daß er insofern subjektiv die Wahrheit spricht, als ihm die Aeußerung tatsächlich entfallen sein mag. Da sie aber durch das schriftliche Zeugnis von durchaus einwandfreien demokratischen Persönlichkeiten belegt ist, muß als objektive Wahrheit angenommen werden, daß er sie tatsächlich getan hat. Nimmt man das aber an (und das tut in Nord-Schleswig jeder Mensch), so liegt leider die Vermutung nahe, daß Herr Hoff nachträglich vor seiner eigenen Courage bange geworden ist.

Nun könnte ein so schwächlicher Umfall des Abgeordneten Hoff noch relativ gleichgültig sein, wenn nicht leider gleichzeitig die gesamte freisinnige Presse ebenfalls umgefallen wäre. Und diesen Umfall hat der katolische Landgerichtsdirektor Hahn, eine der lächerlichsten Figuren, die je die deutsche Politik blamiert haben, durch sein furchterregendes Erscheinen herbeigeführt.

„Sie wollen die Aeußerung nicht getan haben. Aber warum dauerte es dann einen ganzen Monat, bevor Sie sie widerriefen?“ donnerte der vortreffliche Herr Hahn Herrn Hoff in einem offenen Briefe an.

Und was antwortete die „liberale Korrespondenz“?

Ein Abgeordneter wäre keineswegs verpflichtet, jeden „Bierbankeffekt“ und „jeden Unsinn“ zu dementieren.

Man beachte: Die vom liberalen Standpunkt aus einzig richtige Wahlsparole wird hier zu Bierbankeffekt und Unsinn gemacht, um nur ja einem nationalen Rißel der gestrigen Herrn Katoliken zu entgegen.

Wenn schon einmal ein freisinniger Abgeordneter eine durchaus konsequente und ehrenvolle Wahlsparole ausgegeben hat, braucht nur ein katolischer Politiker von der läppischen Art des Dr. Hahn der freisinnigen Presse die Pistole auf die Brust zu setzen, damit sie sofort von einem Schwächeanfall heimgegriffen wird und verlegen statet: „Aber mein Gott, eine derartige Parole ist ja „Bierbankeffekt“. Unsere Abgeordneten können doch unmöglich „jeden Unsinn“ berichtigen, den man über sie verbreitet.“

Der „Vorwärts“ meinte kürzlich, daß nach der bekannnten Hauptursache Gewalttat des Sonderburger Landrats nun einige Monate ins Land gehen würden, bis die Freisinnigen ihre alte gottgegebenen Untermöglichkeit wiedergefunden hätten.

Der „Vorwärts“ hat sich in diesem Fall geteert.

Einige Wochen haben vollständig genügt, damit die freisinnige Presse die einzig mögliche entscheidende Bekämpfung des Kafatismus als einen „Unsinn“ bezeichne, gegen den ihre vortrefflichen Abgeordneten sich gar nicht erst zu verteidigen brauchten.

### Eine fette Ente.

Der Berliner „Lokalanzeiger“ meldet in seiner Sonnabend-Ausgabe:

Wie wir erfahren, wird im Reichstagswahlkreise Stuttgart demnächst eine Ersatzwahl erforderlich werden. Der bisherige Vertreter, Reichstagsabgeordneter Hildebrand, wird an Stelle des verstorbenen Abg. Jülich zum Sekretär der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gewählt werden, scheidet infolgedessen nach Berlin über und beabsichtigt, sein Mandat zum Reichstag und zum württembergischen Landtag niederzulegen. Wenn man bedenkt, daß verschiedene sozialdemokratische Abgeordnete, die ihren ständigen Wohnsitz in Berlin haben, auswärtige Wahlkreise im Reichstag vertreten, so wird man wohl zu dem Schluß berechtigt sein, daß der angegebene Grund nur ein Vorwand ist. Hildebrand ist dem Stuttgarter Genossen radikalster Färbung längst ein Dorn im Auge und von ihnen wiederholt aufs schärfste bekämpft worden. Hierin dürfte die eigentliche Ursache seiner Mandatsniederlegung zu erblicken sein.

Der „Politiker“, der das zusammengeschrieben hat, gehört zu der Kategorie der überschlauen Leute, die die Fische lusten hören. Die Wahl des Fraktionssekretärs ist einzig und allein Sache unserer Fraktion. Und da der Reichstag erst im November wieder zusammentritt, wird die Wahl auch nicht früher stattfinden. Ob diese auf Genossen Hildebrand fallen wird, weiß heute noch kein Mensch. Am allerwenigsten aber hat das Amt eines Fraktionssekretärs irgend etwas mit dem Mandat zu tun.

### Der politische Zweck der evangelischen Arbeitervereine.

Unserem Erfurter Parteiblatt, der „Tribüne“, ist ein nicht für die Öffentlichkeit bestimmtes Zirkular auf den Redaktionsnachricht gegeben worden, dessen Inhalt klar und deutlich zeigt, welchem reaktionären politischen Zweck die evangelischen Arbeitervereine nach dem Willen ihrer „großen Führer“ dienstbar gemacht werden sollen, und wie sich diese Gewerkschaften dem kapitalistischen Unternehmertum für 30 Silberlinge oder mehr oder weniger für das christliche Werk der Bekämpfung der Sozialdemokratie anbieten.

In Erfurt sollen nächstes Jahr zu Pfingsten die 25-jährigen „Jubiläumsgesänge“ der evangelischen Arbeitervereine und seiner Seitenverwandten stattfinden, wozu man Geld notwendig hat. Deshalb hat man an Erfurter

Unternehmer einen Bittbrief verfaßt, in dem die folgenden erbauenden Stellen vorkommen:

„Es ist dies ein dreifaches Jubelfest, denn alle drei Vereinigungen sind 1890 in Erfurter Mauern gegründet worden, aber sie sind auch eine große nationale Kundgebung gegen die Sozialdemokratie. Diese Veranstaltungen, zu denen . . . die großen Führer unserer Bewegung erscheinen werden . . . verursachen 5000 bis 5500 Mark Kosten. Diese Summe kann der Erfurter Verein aber nicht aufbringen. . . Wir sehen uns daher veranlaßt, den Weg unserer Brudervereine bei ähnlichen Anlässen einzuschlagen und an die Mitarbeit der Gönner und Freunde unserer Bewegung zu appellieren. Da wir wissen, daß auch Sie die dringende Notwendigkeit erkannt haben, der großen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung eine gleich große nationale entgegenzustellen und damit den Terrorismus der Sozialdemokratie zu brechen, so erlauben wir uns, die köstliche Bitte an Euer Hochwohlgeboren zu richten, uns doch gütigst eine namhafte Summe für den gedachten Zweck zur Verfügung zu stellen.“

Es erhöht den Reiz dieser Anreize, wenn wir hinzufügen, daß der Unterzeichner dieses Zirkulars, der königliche Gewerkschaftsvorarbeiter und Stadtverordneter Rowa, zugleich eine führende Rolle in dem Erfurter Reichsverband gegen die Sozialdemokratie spielt. Man ersieht aus dem Bittbrief deutlich die Heuchelei, mit der man sich immer gegen die „Politik der Gewerkschaften“ entzweit, während die evangelischen Arbeitervereine doch selbst nur eine ausgesprochene politische Gründung gegen die Sozialdemokratie sind. Zu bekauern sind nur die wirklichen Arbeiter, die neben Pfaffen, Unternehmern, hohen Bureaukraten usw. gewohnheitsmäßig diesen Vereinen angehören und die des naiven Glaubens sind, in ihnen eine Vertretung von Arbeiterinteressen zu finden.

### Auch die slawischen Parias erwachen.

In dem westpreussischen Kreise Strassburg liegt das Anfielungsgut Swierczyn. Auf der Besitzung wurden — auch ein Beitrag zum „Patriotismus“ der katolischen Polenfreier! — 25 russisch-polnische und 25 russische Arbeiter beschäftigt. Der Oberinspektor Radtke behandelte die Leute schlecht. Auch das Schmalz und das Brot, das sie geliefert erhielten, war ungenießbar. Kurz entschlossen traten die Slawen in einen Streik. Sie begaben sich nach dem Grenzamt und verlangten Rückbeförderung in die Heimat oder andere Arbeitsstellen. Da die Leute nicht zu entbehren waren, mußte die Gutsverwaltung mit ihnen verhandeln. Sie wählten eine Kommission, der es gelang, die Entfernung des Oberinspektors von dem Gut und die Zusage besserer Verpflegung durchzusetzen.

### Landtagswahlagitation auf der Kangel.

In keinem anderen Bundesstaate des Deutschen Reichs, außer im zentrumsgerechten Bayern, wird die Kangel so in den Dienst der Agitation und der Wahlpropaganda gestellt wie in Baden. Bis her war dieses edle Geschäft den katholischen Geistlichen vorbehalten, die es seit Jahr und Tag damit halten, von der Kangel herunter die sozialdemokratische Presse in Grund und Boden hinein zu verdammen und bei jeder Wahl ihren gläubigen Zuhörern einzuprägen: Wählt keinen Sozialdemokraten, sonst ist die Religion in Gefahr! Nun belieben aber in der neueren Zeit auch die protestantischen Geistlichen die gleiche Praxis.

In Gaiingen an der badisch-schweizerischen Grenze gab am vorigen Sonntag der protestantische Pfarrer Remmle seine Freude über die Annahme der Militärvorlage im Reichstage in seiner Predigt beredten Ausdruck. Er kam dann auf die bevorstehende badische Landtagswahl zu sprechen und erteilte den männlichen Kirchenbesuchern den Rat, bei dieser Gelegenheit wiederum die nationale Gefinnung zu betätigen und — liberal zu wählen. Dabei wurden in dieser Ortschaft am 12. Januar des vorigen Jahres 87 national-liberale Stimmen, 44 für das Zentrum, aber 188 Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben. Viel Erfolg wird also die liberale Kangelagitation nicht haben, aber sie zeigt immerhin, wie in Baden für die Gesellschaften und Geistlichen in gleicher Weise die Kirche als politischer Propagandaort dienen muß.

### Oesterreich.

#### Die Ursachen einer Meuterei.

Wien, 11. Juli. (Fig. Ver.) Bekanntlich sind vor kurzem eine Anzahl böhmischer Dragonerreservisten zu vieljährigen Kerkerstrafen verurteilt und vom Tode dazu „begnadigt“ worden, weil sie gegen ihren Abtransport nach Galizien rebelliert hatten. Jetzt erst erfährt man, daß die Soldaten auf dem Transport vier Tage lang ohne Essen gelassen worden waren. Alkohol war ihre „Nahrung“. Als auf einer Station ein Reservist an die Restauration ging, was der Leutnant Kösser verbot und der betrunkene Soldat dem Leutnant ins Gesicht lachte, schlug ihn der mit dem Säbel zu Boden und verletzte ihn schwer. Darauf eröffneten die hungernden Soldaten ein Steinbombardement auf den Wagen, in dem der Unmensche saß. . .

### Italien.

#### Der bürgerliche Tod eines Abgeordneten.

Rom, den 10. Juli. (Fig. Ver.) Der Abgeordnete Brunialti, einer der durch die Justizpalastaffäre bloßgestellten Deputierten, war seit Jahren Mitglied des Staatsrats. Diese Körperschaft hat nunmehr mit 22 gegen 10 Stimmen beschlossen, dem Ministerpräsidenten ein Votum zu unterbreiten, das die Ausschließung Brunialtis aus dem Staatsrat fordert. Brunialti hatte gewünscht, sich vor seinen bisherigen Kollegen verantworten zu können. Der Staatsrat beschloß aber mit 17 gegen 15 Stimmen, daß ein Verhör Brunialtis überflüssig sei, nachdem die Enquete-Kommission, die Kammer und der Senat die Unregelmäßigkeiten und die Beteiligung Brunialtis an ihnen festgestellt haben. Der auf diese Art Abgesagte veröffentlicht in den Zeitungen einen Brief, in dem er daran erinnert, daß der heutige Ministerpräsident Giolitti sich unter denen befunden hat, die im Anschluß an den Skandal der Banca Romana von der Kammer desavouiert, und deren Handlungen in einem Kammerdekret beklagt worden waren. Weiter erklärt Brunialti, er hoffe, daß das Gericht, dem alle Dokumente über den Fall abgeteilt wurden, seine Ehre wieder herstellen werde.

### Holland.

#### Zur Ministerfrage.

Amsterdam, 12. Juli. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Königin hat dem freisinnig-demokratischen Abgeordneten Dr. D. Vos die Bildung eines Kabinetts der gesamten Linken, also mit Einschluß der Sozialdemokraten, aufgetragen. Der sozialdemokratischen Partei werden nach diesem Auftrag also sicher ein oder mehrere Ministerposten feilgeboten. Die sozialdemokratische Parteileitung hat beschlossen, einen außerordentlichen Parteitag über die Frage des Eintritts von Sozialdemokraten in das Ministerium entscheiden zu lassen.

Ein gut informiertes holländisches Nachrichtenbureau teilt mit, daß eine Konferenz der freisinnigen Parlamentsmitglieder beschlossen habe, nicht an einer Kabinettsbildung teilzunehmen, falls die Sozialdemokraten sich weigern, ins Ministerium einzutreten. Die Freisinnigen seien bereit, den Sozialdemokraten drei von den neuen Ministerposten einzuräumen. Für zwei dieser Ministerposten seien sozialdemokratische Abgeordnete in Aussicht genommen.

### Marokko.

#### Die Kämpfe der Spanier.

Tetuan, 11. Juli. Das Gros der Eingeborenen, die sich wieder gesammelt hatten, ist in der Richtung auf Sabina geflohen und von den spanischen Truppen zerstreut worden. Die Spanier hatten einen Leutnant tot und vier Offiziere und 50 Soldaten verwundet. Die Verluste der Eingeborenen waren erheblich.

Madriz, 12. Juli. Bei einem Erkundungsmarsch in das Gebiet Sul-el-Amis kam es zu einem Zusammenstoß mit den Mauren, die eine schwere Niederlage erlitten. Die Spanier hatten vier Tote und zwei Verwundete.

### Aus der Partei.

#### Das Leichenbegängnis des Genossen Montemartini.

Rom, 11. Juli. (Fig. Ver.) Seit vielen Jahren hat Rom kein Leichenbegängnis gesehen, wie das es war, das gestern dem Genossen Montemartini das letzte Geleit gab. Ein unübersehbarer Zug, der sich dicht gedrängt über die ganze Länge der Via Nazionale ausdehnte, folgte dem Sarge.

Von einer in ergreifendem Schweigen harrenden Menge wurde der Sarg um 6 Uhr nachmittags von 12 städtischen Schulkindern über die große Rampe des Kapitols hinuntergetragen. Dem Sarge voran eine Abteilung berittener Stadtpolizei und das Musikkorps der Stadt. Dann folgte der Leichenzug, dessen Bahrtuch auf der einen Seite der Abgeordnete Bissolati, der Sekretär der sozialistischen Partei Lazzari, der frühere Arbeitsminister Pantano und der Präsekt Nams als Vertreter der Regierung trugen; auf der anderen Seite schritten die Vertreter der Stadt Rom, der Provinzialverwaltung, des Ministers für Ackerbau und Handel und der von Montemartini gegründeten städtischen Elektrizitätswerke. Es folgten drei Brüder des Verstorbenen, unter ihnen der sozialistische Abgeordnete Luigi Montemartini, dann der unübersehbare Zug des Trauergefolges, in dem der Arbeiter neben dem Minister Schritt. Die Minister Ritti und Sacchi, der frühere Ministerpräsident Luzzatti, der Herzog Torlonia, der Senator Babio, alle Stadtverordneten Roms, die Mitglieder der sozialistischen Sektion Roms, einige 50 Abgeordnete, das gesamte Personal der städtischen Elektrizitätswerke und der kommunalen Straßenbahnen, die während des Leichenbegängnisses ihres Bräunders den Dienst ruhen ließen, die Vertreter der römischen Arbeiterkammer, alle Droschkentreiber der römischen Kooperative mit ihren Wagen, alle, alle neben denen und für die er gearbeitet hat, folgten dem Zuge. Viele Stadtverwaltungen Italiens, so Genua, Florenz, Turin hatten sich vertreten lassen; die Zentralverbände der italienischen Gewerkschaften, die Konföderation der Arbeit, zahllose sozialistische und republikanische Vereine waren durch Delegierte vertreten. Gleich nach den offiziellen Delegierten, nach den Ministern und hohen Staatsbeamten folgte ein Wald roter Fahnen, über 50 an der Zahl, die Fahnen der sozialistischen Vereine der ganzen Provinz Rom. Nach den Fahnen zahllose Kränze, dann der Wagen mit der Witwe und dem einzigen Sohne, die dichtgedrängte tausendköpfige Menge und schließlich eine Kompanie der städtischen Schuttmannschaft.

Gestern abend fand im Rathaus eine Sitzung statt, die ganz dem Gedächtnis des Verstorbenen gewidmet war.

#### Die belgische Partei über die Ostfängerel.

Man schreibt uns aus Brüssel: Vor einiger Zeit hatte König Albert der Genter Ausstellung einen Besuch ab, und die Stadt bereitete ihm bei dieser Gelegenheit einen festlichen Empfang im Rathaus und am Hafen. In diesem Empfang nahmen auch die städtischen sozialistischen Vertreter, darunter Anseele, die sozialistischen Gewerbetreiber und andere Genossen in offiziellen Stellungen teil. Gegen diese Beteiligung erhob sich bei einem Teil der Parteigenossen Gents Widerspruch, und letzten Mittwoch wurde der Vorfall in der Genter Föderation zur Sprache gebracht. Anseele beantragte erst Uebergang zur Tagesordnung, zog aber dann seinen Antrag zurück. Nach der Diskussion wurde dann ein Antrag angenommen, der die Partei verpflichtet, die Entscheidung solcher Fragen — Teilnahme an Empfängen und dergleichen — einer Parteiversammlung vorzulegen. Die einstimmige Annahme dieses Antrages läßt nicht verkennen, daß Vorgänge dieser Art zumindest eine psychologische Umwertung in Parteikreisen erfahren haben, und gewiß liegt auch in der Tatsache, die Taktik in diesen Dingen unter die Kontrolle der Partei zu stellen, ein prinzipielles Moment von Bedeutung. — Das Labelsotum wurde mit harter Minorität — 180 gegen 90 Stimmen — abgelehnt.

Auch die Brüsseler Föderation hat neulich im Anschluß an die Genter Vorgänge die Frage der Beteiligung an Empfängen diskutiert, aber vorderhand keine prinzipielle Entscheidung gefaßt.

### Letzte Nachrichten.

#### Die Unterhandlungen mit der Türkei.

Konstantinopel, 12. Juli. (W. Z. V.) Das Blatt „Ladwa i Esfak“ erfährt, daß die Fortsetzung sich noch nicht entschieden habe, ob sie neutral bleiben werde. Der endgültige Entschluß dürfte morgen gefaßt werden. Bulgarien habe zwar einige Vorteile angeboten, jedoch würden die von dem bulgarischen Unterhändler Ratschowskisch bis gestern abend gemachten Vorschläge als unzureichend angesehen. Die Hoffnung auf Annahme derselben durch die Türkei sei aber noch nicht gescheitert. Die iragische Frage bilde die Grundlage der Verhandlungen. Die Unterhandlungen mit Griechenland dauerten fort; es sei jedoch unwahrscheinlich, daß sie ein positives Ergebnis zeitigten, weil Griechenland ohne Opfer seinerseits den Bestand der Türkei verlange.

#### Unfälle bei der Kieler Flugwoche.

Kiel, 12. Juli. (W. Z. V.) Am heutigen Flugtage sah sich bei böigem Winde der Flieger Schall gestungen, außerhalb des Flugplatzes niederzugesen. Bei der Landung wurde der Apparat sehr schwer beschädigt, der Flieger blieb unverletzt. Der Flieger Schiller erlitt einen Absturz, blieb indessen ebenfalls unverletzt, während sein Apparat vollständig zertrümmert wurde.

#### Hochwasserfäden in Galizien.

Lemberg, 12. Juli. (W. Z. V.) Aus Stanislaw wird gemeldet, daß das Hochwasser der Wjstzica und des Dniestr die Ortschaften Galicz, Jezupol, Woloschnic, Rignow und andere überschwemmte und überall Verberungen anrichtete. Der Verkehr auf den Landstraßen ist gestört; sämtliche Feldfrüchte haben stark gelitten; die Gewerke ist vernichtet. Auch aus anderen Teilen des Landes werden durch die Ueberschwemmung verursachte Schäden gemeldet. Der Regen hält an.

#### Opfer des Automobilports.

Louveau, 12. Juli. (W. Z. V.) Bei den heutigen Automobilrennen überfuhr der Wagen von Guineh einen Zuschauer, der beide Beine brach und später den erlittenen Verletzungen erlag.

**Extra-Angebot:**

# Sommer-Kleid

## „Edith“

Mark **9<sup>75</sup>**



aus vorzüglichem Waschstoff mit reicher Stickerei und Frotté-Besatz in weiß u. farbig

## Wasch-Blusen

in enormer Auswahl

**Oranien-Str. 165**

Am Oranien-Platz

**Leipziger Str. 42**

Ecke Markgrafen-Straße

R. M.

# Maassen

G. m. b. H.



*Josetti*  
**Vera Gold**  
**3<sup>8</sup>**  
**CIGARETTE**

**Diese Woche!!  
Diwandecken  
extra billiger Verkauf!**

Buntpersische doppelseitige

## Diwandecken

à M. 6,75-8,75 (bisher 10-15 M.)  
einfachere Qualität 4<sup>35</sup> 4<sup>85</sup>

Rot, blau, oliv, bunte  
Mokett-Plüsch-Diwandecken.

Moderne kleine Muster 18<sup>75</sup> (bisher 27 M.)

Mokett-Tischdecken 9<sup>35</sup> (bisher 15 M.)

Teppich-Spezialhaus

## Emil Lefèvre

Berlin S. Seit 1882 nur

**Oranienstr. 158**

Der neue Katalog

mit bunten Teppichmustern,  
750 Abbildungen, gratis u. franko.

### Landparzellen

5. Budow hint. Berg, 10 Min. u. b. elektr. Straßenb., verl. spottbillig  
**Helert**, Rantow, Derfflingerstr. 4.  
Sonntags von 10 Uhr ab Restaurant  
Rohrb. Budow. 265/15\*



## Metzner

Kinderwagen-Welthaus

Metall-Bettstellen  
Balkon-, Kinder-  
u. Korb-Möbel etc.  
Größte Auswahl Berlins

Andreasstr. 23 Andreasplatz

Fusselstr. 67 | Leipziger Str. 54

Seemannstr. 95 | Neukölln, Bergstr. 123

# Wo kaufe ich



meine Reise-Kleidung  
ohne bares Geld

unter kulanten Zahlungs-Bedingungen???

Nur bei

## Kredit-Feder

Zentrale Norden:

Brunnenstrasse 1

Filiale Osten: Frankfurter Allee 89 | Filiale Süden: Kottbuser Damm 103

Achten Sie auf blaue Firmenschilder!

**10% Preis-Ermässigung 10%**

bei Entnahme von

**Herren-Kleidung**

Anzüge, Paletots, Ulster-Jackets, Leinen-Anzüge

**Damen-Garderobe**

Kleider, Kostüme, Röcke, Blusen, Mäntel, Seiden-Jacken

**Kinder-Konfektion**

Knaben-Anzüge u. -Paletots, Mädchen-Kleider u. -Mäntel

**50% Damen-Hüte 50%**

**Schuhwaren, schwarz und farbig**

Elegante Wiener Damenwäsche

Herren-Artikel ■ Panama-Hüte

Anzahlung nicht nötig

falls Sie bei mir oder anderweitig  
gekauft und Ihr Konto erledigt haben

## Graumanns Festsäle und Garten

Nannynstraße 27

Bühne mit elektrischer farbiger Beleuchtung, Sonnabende und Sonntage  
im August noch zu vergeben. Sonnabend, der 13. September, freige-  
worden. 1899\* G. Graumann, Nannynstr. 27.

## Total-Ausverkauf

Wegen vollständiger Geschäftsaufgabe. Nur kurze Zeit!

Verkauf zu fabelhaft billigen Preisen, da bis 1. Oktober alles geräumt sein muß.

ca. **920 Prima neue Jackett-Anzüge**, vorzügl. Muster u. Quali-  
ganz, früher 20 bis 28 M., jetzt 12 M., früher 30 bis 45 M., jetzt 18 M.

ca. **310 neue Herren-Paletots, Ulster**, hell u. dunkel,  
für Sommer, Uebergang und Winter, so:  
früher 20 bis 30 M., jetzt 9.50 M., früher 35 bis 45 M., jetzt 15 M.

ca. **200 Jackett- u. Rock-Anzüge u. Paletots**

Haß-Anfertigung

wenig getragen, gut erhalten, haltbare Stoffe, auf das Beste hergerichtet,  
früher 15 bis 25 M., jetzt 8 u. 12 M., früher 30 bis 40 M., jetzt 16 u. 21 M.

ca. **100 Gehrock-, Frack- u. Smoking-Anzüge**

nur kurze Zeit verliehen gewesen

und wenig getragen, pa. Tuchkaummarn, viele ganz auf Seide, so:  
früherer Preis 80 bis 100 M., jetzt 32, 38 bis 42 M.

ca. **120 Jünglings-Anzüge**, beste Qualitäten, schönste Muster, so:  
früher 15 bis 25 M., jetzt 10 M., früher 28 bis 40 M., jetzt 15 M.

ca. **1060 Herren-Hosen** in allen Längen und Weiten, so:  
früher 3 bis 4 M., jetzt 2 M., früher 5 bis 8 M., jetzt 3.25 M.,  
früher 10 bis 15 M., jetzt 5 M.

ca. **100 Phantasie- u. Stoffwesten** zum Aussuchen  
Stück 1 u. 1.75 M.

**Einzelne Gehröcke, Fracks u. Smokings**,

beste Schneiderarbeit, wenig getragen, so: früher 12 bis 30 M., jetzt 4 u. 6 M.

**Einige Lüsterjackette**, Größe 38 bis 44, zum Aussuchen, St. 1 M.

**Einige Kapes** in allen Größen, früher bis 20 M., jetzt 5 u. 8 M.

**Klinger & Co., Rosenthaler Str. 11-12.**

Sonnabends bis 9 Uhr abends, Sonntags von 8 bis 10 Uhr geöffnet.

Leichtes  
Waschen durch

# Persil das selbsttätige Waschmittel

weil kein Reiben und Bürsten, nur einmaliges  $\frac{1}{4}$ - $\frac{1}{2}$ stündiges Kochen, sorgfältiges Ausspülen  
und die Wäsche ist fertig. Erfordert keine anderen Waschzusätze an Seife, Seifenpulver etc., da diese  
die selbsttätige Wirkung von Persil nur beeinträchtigen und dessen Gebrauch unnütz verteuern.

Überall erhältlich, niemals lose, nur in Original-Paketen.

HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Auch Fabrikanten der beliebtesten

**Henkel's Bleich-Soda.**

Gewerkschaftliches.

Gegen die Militärdiktatur in Mülhausen i. E.

Eine Massenkundgebung von unerwarteter Stärke wurde am Donnerstagnachmittag die Beisetzung der zwei Opfer von Gendarmerieflugeln bei den Zusammenstößen aus Anlaß des Bauarbeiterstreiks am Nordbahnhof in Mülhausen und Dornach.

Auch gegen die roten Franzosen mit Inskriften wie: „Den Opfern des Klassenstaates“, „Den Opfern der Polizeidiktatur“ wurde keine Staatsaktion entfaltet.

Kennzeichnend für die Lage ist das folgende Schreiben, das von einem Boten des Dornacher Bürgermeisters kam.

„Im Auftrage des Herrn Polizeipräsidenten teile ich Ihnen ergebenst mit, daß der Herr General erklärt hat, den Rückmarsch zur Stadt der zur Beerdigung nach Dornach marschierenden Vereine bezw. Vereinigungen in geschlossener Formation nicht zu dulden.“

Die Wendung, worin der Herr Polizeipräsident gleichsam einschücheligend auf seine Ohnmacht gegenüber dem General hinweist, erklärt sich wohl daraus, daß Polizeipräsident v. Rzewuski am Vormittage desselben Tages mit den Landtagsabgeordneten Mülhausens und von Mülhausen-Land eine Besprechung auf der Generaldirektion der Reichseisenbahnen in Straßburg beabsichtigte.

Dafür verhandelte der Gemeinderat eingehend über die sozialdemokratische Interpellation, den Streik, seine Ursache, die polizeilichen und militärischen Maßnahmen und ihre Folgen betreffend.

Kleines feuilleton.

Ein Diplomat über diplomatischen Dumbug. Der verstorbene Staatssekretär v. Ribbentrop-Baechter hat im Anfang seiner diplomatischen Laufbahn, wo er an den berufsmäßigen Dumbug seiner Rolle noch nicht genügend gewohnt war, in spöttischen Briefen seinem Herzen Luft gemacht.

„Nachdem ich mich in meinen blauen Frack mit goldenen Knöpfen geworfen um am hellen lichten Tage wenigstens einem Kammerdiener und nicht im schwarzen Frack einem Kellner gleichzusehen, kam um 11 Uhr die Staatskarosse des Hamburger Senats mit großem Galabock und hintenaufstehenden Dienern vor.“

„Ich fuhr nun mit ihm los, wurde bei Versmann von gelackmerten Senatsdienern empfangen und trat nun (großer Moment) vor das Schatzkammerhäut des Staats Kämmerers.“

„Herr Gott, die ist ja schon so und so alt,“ heißt es beim Agenten dem Direktor gegenüber, der sie persönlich vielleicht nicht kennt.

Martin, Wich und Sell setzten mit ihm den Generaldirektion und den tapfern bürgerlichen Fortschrittmännern gehörig zu, welche mit dem Bürgermeister als braven Untertanen die Ansicht vertraten, dem Gemeinderat stehe kein Recht zu, die militärischen und polizeilichen Maßnahmen in einer Resolution zu tadeln.

Die Generaldirektion der Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen wird diesen Gemeinderatsbeschlüssen Rechnung tragen müssen, und mit ihr die bisher für die Arbeiterforderungen so unabhärrige Tiefbau-Aktiengesellschaft Julius Berger-Berlin, deren Vertreter bei den von den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten veranlaßten Vermittlungsverhandlungen auf der Generaldirektion der Reichseisenbahnen in Straßburg unter den vorliegenden Umständen jetzt endlich ein Entgegenkommen in Aussicht stellen.

Die Streitfrage am Nordbahnhof in Mülhausen soll, wenn eine gütliche Verständigung zwischen Arbeitern und Unternehmern nicht alsbald erfolgt, durch ein Schiedsgericht entschieden werden, der durch ein Schiedsgericht gefällt wird, dessen Vorsitz Bürgermeister Cohnmann in Mülhausen führt mit je einem Beisitzer als Vertreter der Arbeiter und der Unternehmer.

Die Stadt Mülhausen hat für die nächsten fünf Jahre enge und kostspielige Beziehungen zum Eisenbahnministerium wegen der Neubauten für den Personenbahnhof in Mülhausen. Es ist nach diesen Vorgängen und durch die ein-

stimmig gefaßten Gemeinderatsbeschlüsse vom letzten Donnerstag dafür gesorgt, daß Arbeitskonflikte wegen Uebergehung der vereinbarten Mindestlohnlarise nicht mehr ausbrechen, sonst tut die Stadt Mülhausen einfach nicht mehr mit und — die Arbeiten werden nicht fertig.

Berlin und Umgegend.

Der „Herr im Hause“ der Auer-Gesellschaft.

In einer überfüllten Versammlung aller bei der Auer-Gesellschaft, Abteilung A. R. Feuer, Hill- und Exportgesellschaft beschäftigten Personen nahmen die Anwesenden Stellung zu den Resolutionen des Herrn Direktor Schwarz gegen den Metallarbeiter-Verband und den verflochtenen Streik in der Inwertbrennerei.

Größkopf, Zentralleiter des Metallarbeiter-Verbandes, gab einen großzügigen Ueberblick über die Entwicklung dieses Monopolbetriebes in der Glühstrumpfproduktion. Durch Anfall aller ihr Konkurrenz machenden Betriebe, worunter sich auch die A. R. Feuer- und Hillgesellschaft befanden, gelang es der Auer-Gesellschaft, das Monopol an sich zu reißen.

Die Garderoben- und Schränke sowie die in der Kantine verbrauchten Speisen und Getränke lassen seit jeder alles zu wünschen übrig. Im Gegensatz zu dem Glühstrumpfbetrieb ist eine Kontrolle der Kantine durch die Arbeiter nicht vorhanden und wurden Forderungen strikt abgelehnt.

Ein Bericht auf Goethe. Unter dem Titel „Martin Distel als Student in Jena“ veröffentlicht Dr. Hugo Dietrich im „Ullener Tageblatt“ (Ulln liegt im Ranton Solothurn) ein paar interessante Erinnerungen an den schweizerischen Karikaturzeichner Distel.

Schlummer lief aber der zweite Handel für Distel ab. Die Karlsbader Beschlüsse nach dem Wartburgfest hatten den von der weimariischen Regierung zum Bevollmächtigten an der Universität Jena bestellten Präsidenten von Roy bezogen, durch Rektor und Senat im November 1822 eine Bekanntmachung am schwarzen Brett zu erlassen, wonach alles Singen auf Straßen und öffentlichen Plätzen bei zwei Gulden Geldstrafe verboten wurde.

Die Aufgaben der Expedition Stefansson. Der Norweger Stefansson ist nunmehr zu seiner neuen Forschungsreise in das arktische Gebiet aufgebrochen. Sein nächstes Ziel ist die Beaufortsee im Norden von Britisch-Kolumbien, in die sich der große Madagazcarstrom ergießt.

richtete Präzision: Schaepe, Mitglied der Bezirksleitung. Mit Genehmigung konnte sie feststellen, daß die Stimmung im Verlauf der ganzen Zeit eine ausgeglichene war. Von den in Betracht kommenden, darunter ein Teil Unorganisierte, erklärte sich nur eine einzige in gehobener Abstimmung gegen den Streik.

Da der Herr Direktor Schwarz nicht mit dem Verbande, auch nicht mit einer Kommission verhandeln wollte, sondern nur mit den Arbeiterinnen persönlich, gingen diese auf dringenden Rat des Streikleiters Diederich darauf ein. Eine Mitbeteiligte gab folgendes Bild dieser Verhandlung: Nachdem die Arbeiterinnen (qualifiziertere Arbeiterinnen), die nur aus Solidarität streikten, von den entbehrlicheren Aufzieherinnen getrennt wurden, begann das Verhandeln. Jede einzelne wurde nach ihren Wünschen und Schmerzen gefragt, wobei der Name und die Kontrollnummer vermerkt wurde, wobei peinlichst notiert wurde. Besonders wurde Beschwerde darüber geführt, daß ohne die Zeit bezahlt zu bekommen, die Arbeiterinnen die Maschinen ruhen und auch ihre Eltern müssen. Um sich nach den fundenlangen Verhandlungen zu kräftigen, bot Herr Schwarz den Arbeiterinnen als sichtbares Zeichen seiner Wohlwollendigkeit je ein Butterbrot und ein Paar Wärschen auf seine Kosten an. Die Solidarität verlor man dadurch zu brechen, daß den Arbeiterinnen unaufgefordert Zugeständnisse gemacht wurden, aber charakteristischerweise den so entstandenen Aufzieherinnen so gut wie gar nichts gewährt wurde. Im weiteren Verlauf äußerte Herr Schwarz, daß er keine Organisierten habe. Er werde ein Schild anmachen lassen, daß Organisierte nicht eingestellt werden.

Die Kommission verhörrte er auf seine ihm angebotene seine Art und magte eine verheiratete Frau (Kommissionsmitglied) wie ein Schalmüdel zu behandeln. Befehle wie: „Sie haben zu schweigen.“ „Ich dulde keine Kommission.“ „Sie haben aus dem Fenster zu sehen, damit Sie die anderen nicht beeinflussen.“ mußte sich diese an den Kopf werfen lassen.

Diesemigen, die gesprochen haben und Beschwerden vortragen, und deren Namen so peinlichst notiert wurden, sind prompt auf Wasser gelassen. So wird das Versprechen der Wiedereinstellung der Streikenden, auf Grund dessen der Streik aufgehoben wurde, von der Direktion gehalten.

So schamlich und demütigend diese Verhöhnungen sind, gelobten die Anwesenden, nun erst recht treu und wacker sich um das Banner der Organisation zu scharen, um für spätere Kämpfe besser gerüstet zu sein. Mit dieser Lösung ging die impotente Versammlung auseinander.

**Mühtung, Zimmerer!** Ueber die Betonarbeiten der Firma Fischer u. Kallger, von Neuenburger Str. 8, hat der Deutsche Bauarbeiterverband die Sperte verhängt. Wir ersuchen deshalb unsere Berufsgenossen, nicht falschen Freunden zu folgen, sondern diese Arbeiten streng zu meiden.

Die Verbandsleitung.

### Deutsches Reich.

Die Hafen- und Holzplagarbeiter in Düsseldorf und Neuhof haben seit dem 1. Juli d. J. im Streik. Die Unternehmer beschuldigen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und eine die Arbeiter materiell schädigende Verringerung des Akkordsystems einzuführen. Alle von der Leitung des Transportarbeiterverbandes unternommenen Vermittlungsversuche wurden von den Arbeitnehmern brüskel abgelehnt und dadurch den Kampf heraufbeschworen. Die Unternehmer versuchen nun auf alle Art und Weise, Streikbrechertruppen heranzuziehen und haben sich von verschiedenen „Seelenverkäufern“ einen Teil Hingegardisten, lauter Wassermaische Gestalten, importieren lassen. Da jedoch diese „nützlichen Elemente“ die verlangte Arbeit nicht leisten können, wird unter Vorpiegelung falscher Tatsachen versucht, ehrliche Arbeiter aus allen Teilen Deutschlands heranzuziehen. Den Arbeitern wird erklärt, daß sie für etwa vier Wochen ausheilen sollten, da die in Düsseldorf anfassigen Arbeiter die Arbeit nicht bewältigen könnten. Nach der Ankunft in Düsseldorf wird dann den Leuten ein Vertrag zur Unterschrift vorgelegt, durch den sie sich verpflichten sollen, mindestens vier Wochen bei einer bestimmten Firma zu arbeiten, andernfalls die Firma berechtigt ist, pro Tag 3 M. von dem vereinbarten Lohne in Abzug zu bringen. Diese 3 M. pro Tag werden bei der wöchentlichen Lohnzahlung in Abzug gebracht und so lange als Kaution einbehalten, bis die vierwöchentliche Arbeits-

entdeckt werden, so werden die Forscher für ihre Verdienste freilich eine noch umfangreichere Gelegenheit erhalten. Der Erfolg ist immerhin unsicher, weil alles von den Verhältnissen abhängt, die in der Hauptstadt angetroffen werden. Nach den bisherigen Erfahrungen ist dieser Meeresstiel bei östlichen Winden eiskalt genug, um eine Durchfahrt ohne wesentliche Hindernisse zu gestalten. Bestände dagegen führen zur Anhäufung unbedeutender Massen von Packeis. Für diesen Sommer erwartet Stefansson und sein auf arktischen Reisen erprobter Kapitän Bartlett einen etwa mittleren Zustand, der es dem vorstrefflichen Schiff wenigstens gestatten würde, ohne allzu große Schwierigkeiten vorzudringen. Eine Erreichung des Nordpols von dieser Seite beabsichtigt Stefansson wohl keinesfalls. Außerdem hat das Vordringen bis zum Nordpol, nachdem er einmal erobert worden ist, glücklicherweise nicht mehr den sportlichen Reiz wie früher, so daß die Zwecke wahrer Forschung mehr in den Vordergrund treten.

**Zweimal gestorben.** In der Pariser Akademie der Wissenschaften und in der chirurgischen Gesellschaft erstattete der bekannte Pariser Arzt Dr. Bouisson einen interessanten Bericht über den Verlauf einer eigenartigen Operation, die er an dem Herzen einer gestorbenen Frau vorgenommen hatte. Die Frau war von einem Automobil überfahren worden, die Wälder gingen über ihre Brust und sie war sichtlich tot. Unmittelbar nach ihrem Tode öffnete der Chirurg den Brustkasten der Toten und stellte fest, daß die rechte Herzseite eingeklemmt war und eine fast drei Zoll lange Wunde aufwies. Er versuchte nun diese Wunde, injizierte ein Serum und begann das Herz zu massieren. Eine Minute später setzte die Herzstätigkeit wieder ein und der Puls wurde deutlich fühlbar. Diese wiedererweckte Herzstätigkeit und Blutirkulation dauerte 35 Minuten, worauf die Frau zum zweitenmal starb. Der Tod trat infolge einer schweren Verletzung der Leber und anderer vitaler Organe ein. Dr. Bouisson zieht aus dem Ergebnis seiner Operation den Schluß, daß im Falle einer gewaltsamen Herzverletzung, etwa durch einen Messerstich oder dergleichen, es möglich sein könnte, die Toten wieder zum Leben zu bringen und auch am Leben zu erhalten, vorausgesetzt, daß die Operation sofort ausgeführt wird.

### Notizen.

— In der großen Berliner Kunstausstellung am Lehrter Bahnhof ist der 13. Juli ein billiger Sonntag. Eintrittspreis von nachmittags 2 Uhr ab 25 Pf. — Das 12 Meter hohe Wipmodell der Fitzhoffsataue von Prof. Max Linger ist jetzt in der Westhalle frei zugänglich.

— Im Kunstgewerbemuseum (Vesthof) ist eine Sammlung aller von der Reichsregierung in den letzten Jahren aufgenommenen kunsthistorisch interessanten Bauwerke Poissams und der Schlösser und Gärten der Umgebung nebst älterem Material aufgestellt.

— Im Rainztheater am kleinen Wannsee wird Sonnabend, den 19. Juli, nachmittags 8 Uhr, für die Kinder „Sänewittchen“ aufgeführt. Montag und Donnerstag „Iphigenie“, Dienstag und Sonnabend Widmann-Enkel und Hans-Sachsspiele. Mittwoch (zu vollständigen Preisen) „Das Meer und der Liebe Wellen“, Freitag „Medea“.

— Die plattdeutsche Predigt. In Schleswig-Holstein gibt es einen „Verein für Evangelisation in der Landessprache“, dem zahlreiche Geistliche angehören, die überall da, wo es angebracht erscheint, plattdeutsch predigen wollen. Bei Gelegenheit eines Hamburger Missionsfestes hat denn auch ein Hamburger Pastor eine plattdeutsche Predigt gehalten.

zeit beendet ist. — Es wird dringend ersucht, Zugang von Arbeitern nach dem Streikgebiet fernzuhalten.

### Ein Stückchen aus dem Zukunftsstaat.

So etwa haben die bürgerlichen, also arbeiterfeindlichen Blätter einen Artikel übergeschrieben, der zuerst im Organ der berufsmäßigen Streikbrecher, im „Hamburger Hafenarbeiter“, unter der Ueberschrift erschien: „Wie der Transportarbeiterverband unterstützungsberechtigten Hafenarbeiter abfertigt.“ Ein Hamburger Rosenverwalter des Deutschen Transportarbeiterverbandes sollte die Frau eines Kranken mitbringen, als sie für ihren Mann das Krankenbett erheben wollte, in der „rohesten“ Weise beschimpft und mißhandelt, und „wurmherzige“ Leute sollten der blutend am Boden liegenden Frau die erste Hilfe gebracht haben. In Wirklichkeit liegt die Sache ziemlich umgekehrt. Das frühere Verbandsmitglied A. Key erhielt vom Arbeitsnachweis des Verbandes am 16. April Arbeit nachgewiesen, die er aber nicht antrat. Nach Beendigung des Wonnenschifferstreiks meldete Key sich wieder und erklärte: er habe bei der Schiffahrtsgesellschaft „Berliner Lloyd“ gearbeitet. Auf Vorhalt, daß er ja dann Streikarbeit verrichtet habe, erklärte A.: „Was geht denn mich das an, wenn ich nur Geld verdienen kann. Ich habe jahres Geld verdient, weil ich meistens bis 2 Uhr nachts arbeitete. Was haben die Leute überhaupt durch ihr ewiges Streiken erreicht?“ Natürlich wurde nun das Ausschlussverfahren gegen den Streikbrecher eingeleitet. Wenige Tage später meldete Frau A. ihren Mann krank und verlangte gleich Krankenpflege. Sie wurde auf die Vorschriften des Statuts aufmerksam gemacht, außerdem wurde ihr mitgeteilt, daß während des Ausschlussverfahrens Rechte und Pflichten der Mitglieder rufen. Jetzt ergoß sich eine Flut von Schimpfworten nicht nur über den Verbandsangestellten, sondern auch über den eigenen Mann der Frau. So äußerte sie: ihr Mann habe sie bei der Heirat gründlich reingelegt, er habe ihr ein Vermögen von 20 000 M. vorge-schwändelt. (Sie ist 27, er 60 Jahre alt.)

Key wurde zweimal vorgeladen, um sich gegen den Vorwurf des Streikbruchs zu verteidigen. Er schied aber jedesmal seine Frau. Das zweite mal erklärte die Frau freischien, ihr Mann müsse schlafen; sie wolle Geld haben. Als sie wieder abschlägig beschieden wurde, fing sie fürchterlich zu schimpfen an. Die sechs- oder siebenmalige Aufforderung, das Bureau zu verlassen, wurde immer mit einer neuen Flut Schimpfworten beantwortet. So ging das ekelhafte Treiben etwa 10 bis 15 Minuten. Um der Szene ein Ende zu machen, wozu die Kranken, die ihre Unterstützung erheben wollten, drängten, schickte der Beamte die Frau beim Arm und drehte sie mit dem Gesicht zur Tür. Über diesen Liebesdienst quittierte die Frau mit einem kräftigen Schlag ihrer schweren Handtasche in das Gesicht des Angestellten. Als sie zum zweitenmal auslief, stieß der Bebrochte den Arm zurück, wodurch nunmehr der Mund der Frau bekanntlich mit der Tasche machte. Die Frau betlor nunmehr jede Verherrschung und tobte in der schlimmsten Weise. Die letzte Aufschrei der Angestellten war der Schreiermann. Der beschuldigte Angestellte schilderte diesem den Vorfall und stellte Straf-antrag. Wie die Frau nun sah, daß ihr Ständalmachen böse ausgehen konnte, erklärte sie plötzlich, die Angestellte habe ihr das Portemonnaie entrisen. Da sie bei alledem immer noch Skandal machte, wollte der Schreiermann sie fesseln. Sie ist dann schließlich mit dem Schreiermann fortgegangen.

Die bürgerliche Presse verkennt nicht, ihr altes Lied, daß die Arbeiter wohl hohe Beiträge zahlen müßten, aber nichts dafür hätten, um einige falsche Woten zu vermehren. Wir müssen betonen, daß diese Blätter sich einen schlechten Zeugen aussuchten. Key hat etwa 170 M. Beiträge gezahlt und 274,60 M. Unterstützungen erhalten. Er hätte auch jetzt natürlich Unterstützung bekommen, wenn er nicht Streikbrecher geworden wäre. Im übrigen wird die Gerichtsverhandlung Aufklärung bringen, da der beschuldigte Angestellte Verleumdungsflage angekrengt hat.

### Ausland.

#### Neue Bewegung der italienischen Seemannschaften.

Rom, den 10. Juli. (Fig. Ver.)

Das Personal aller subventionierten Schiffahrtslinien ist in den Ausstand getreten, weil die Forderung des Memorandums des Zentralverbandes der Seeleute abgelehnt haben. Diefem Streik gegenüber, der mit dem Ausstand der Mannschaften der Schiff-linien des toskanischen Archipels begonnen hat, nimmt die Regierung eine durchaus provozierende Haltung an. Sie hat den Gesellschaften, die die subventionierten Linien betreiben, mitgeteilt, daß jeder Dampfer, dessen Personal sich unter dem üblichen Vorwand der Krankheit nicht vollständig einstellt, sofort seine sämtlichen Kontrakte auslösen soll. Dementsprechend haben bereits in Genua verschiedene Gesellschaften fünf Dampfer abgerüstet. Man darf neugierig darauf sein, wie der Zentralverband der Seemannschaften auf diese Provokation antworten wird.

### Wirtschaftlicher Wochenbericht.

#### Vom Fürstentum.

Die neuen kriegerischen Ereignisse auf dem Balkan haben, so schädigend sie sonst auf das wirtschaftliche Leben Europas wirken, an den Börsen keine besonders großen Kursschwünge verursacht. Um so mehr stellen in der vergangenen Woche die Kursschwünge der Aktien der Hohenloherwerke auf. Während noch im vergangenen Jahre der niedrigste Stand der Aktien 107 betrug, ist er in den letzten Tagen bis auf 148 Proz. gefallen. Da besondere wirtschaftliche Ereignisse (Veränderungen in den Produktions-, Absatz- oder Preisverhältnissen) diesen Anstieg nicht erklären können, suchte man ihn in der finanziellen Situation der Aktiengesellschaft. Man weiß, daß der Finanzkongress, dem die Hohenloherwerke angehören, sich schon seit langem in Geldschwierigkeiten befindet, und man brachte deshalb den Kursschwung sofort mit einer bevorstehenden Reorganisation dieses sogenannten „Fürstentums“ in Verbindung. In Wirklichkeit wurde sogar die Ansicht verbreitet, daß auch die Einladung zweier Wanddirektoren von der Diskontogesellschaft durch den Kaiser zu den Beratungen der Wiener Woche geschahen sei, um die Großbank für den Fürstentum, dessen Hauptstille der Freund des Kaisers, Fürst Egon von Fürstberg zu Donaueschingen ist, zu interessieren. Inzwischen ist bekannt geworden, daß der Fürstentum tatsächlich vor der finanziellen Reorganisation steht, daß er aber dazu Verhandlungen mit der Deutschen Bank führt, die im vergangenen Jahr ihre schon früher bestehenden Verbindungen mit der Fürstengruppe abgebrochen hatte. Ueber die näheren Bedingungen einer erneuten Beteiligung der Deutschen Bank an den Unternehmungen des Fürstentums ist noch nichts bekannt. Man weiß nur, daß auf Wunsch der Deutschen Bank der Direktor Hofmann von der Handelsvereinigung, der Bank des Konzerns, dies Amt niedergelegt hat und auch aus dem Aufsichtsrat der Hohenloherwerke ausscheiden wird. Wahrscheinlich wird ein Vertreter der Deutschen Bank diese Posten einnehmen. Die Fürstengruppe hätte damit aufgehört, als selbständiger Konzern zu existieren. Vielleicht wird sogar die Handelsvereinigung offiziell aufgelöst werden.

Die Uebernahme der Fürstengruppe, in welcher Form sie auch geschehen möge, bedeutet einen nicht zu unterschätzenden Sieg für die Deutsche Bank. Als die Unternehmungen der Fürstengruppe eine Erweiterung der finanziellen Basis mit Hilfe einer Großbank nötig machten, bestand sogar ein gewisser Wettstreit zwischen der Deutschen Bank und der Berliner Handelsvereinigung um die Unterstützung der Fürstengruppe. Die Handelsvereinigung, an die sich die Fürstengruppe zuerst anlehnte, zog sich aber

bald zurück und überließ der Deutschen Bank das Feld. Aber auch diese geriet in Konflikte mit der für die Deutsche Bank zu eigenmächtig vorgehenden Leitung der Fürstengruppe. Im vergangenen Jahr endeten die Differenzen mit einem offenen Bruch; Direktor Klöme von der Deutschen Bank legte sein Aufsichtsratsamt in den Hohenloherwerken nieder. In der bürgerlichen Presse werden die Konflikte als mehr persönliche geschildert und die Differenzen auf die wenig sachgemäße Leitung der Fürstengruppe zurückgeführt. Diese Vorwürfe lassen sich naturgemäß von der weiteren Öffentlichkeit nicht nachprüfen. Selbst wenn sie zutreffen, muß doch das ökonomische Moment als Hauptfaktor für die Unterordnung der Fürstengruppe unter die Deutsche Bank berücksichtigt werden: in unserer Zeit der Kapitalkonzentration kann ein noch so großer selbständiger Konzern sich auf die Dauer nicht dem bestimmenden Einfluß der Großbanken entziehen.

Daß die Kapitalisation der Fürstengruppe, deren gesamte Kapitalanlagen man übrigens auf mindestens 200 Millionen abschätzt, gerade im gegenwärtigen Moment erfolgt, ist ebenfalls rein ökonomisch begründet. Die Geldteuerung, die durch die bereits wieder abflauende Hochkonjunkturperiode und durch den Balkankrieg verursacht wurde, hat alle Unternehmen, die nicht an einer Großbank ihre feste Stütze finden, in eine recht schwierige Situation gebracht. Die Entziehung des Kredits bei gesteigerten Kapitalbedürfnissen der Unternehmen ist eine scharfe Waffe in der Hand der Großbanken. Ihr ist die Fürstengruppe, die selbst keine neuen Kapitalien flüssig machen konnte, unterlegen. Die Deutsche Bank hat dadurch leichten und schnellen Sieg gehabt. Als sie sich im vergangenen Jahre vom Fürstentum zurückzog, wußte sie wohl selbst nicht, daß die Geldmarktlage des laufenden Jahres ihr so bald den Fürstentum ausliefern würde. Die Verluste, die der Deutschen Bank durch Abschreibungen auf ihrem Konto der Fürstentum-Unternehmungen entstanden sind, werden jetzt durch entsprechende Uebernahmebedingungen wieder reichlich ausgeglichen werden.

Wie dringend die Kapitalansprüche des Konzerns bereits waren, geht aus folgender Meldung hervor. In Paris ist vor zwei Wochen der Versuch gemacht worden, für 1,2 Millionen Mark Hohenloher Aktien an der Börse zu lombardieren (weepsanden), und wollte sich der Bieter mit einem Reihbetrag von rund 700 000 Mark zufriedener geben. Ein solch hoher Aktienbetrag kann nur von dem Konzern oder einem seiner Kapitalträger angeboten worden sein.

Die Träger des Konzerns sind eine Reihe von Fürstlichkeiten, die sich zuerst im Jahre 1905 zusammenschlossen, um ihren Vermögen eine gemeinsame Anlage zu schaffen. Im Jahre 1906 gründeten sie ein Kapital von 3 Millionen Mark Fürst Mag Egon zu Fürstberg, Fürst Christian Kraft zu Hohenlohe-Dehringen, Prinz Friedrich Karl zu Hohenlohe-Dehringen, Prinz Franz von Ratibor und andere die Madeira A. G. In diese Gesellschaft brachten die beteiligten Fürsten ihre Vermögen ein, entweder als bares Kapital oder als Aktien von Unternehmungen, an denen sie beteiligt waren, oder ihren bisher privaten Besitz (Eingel-Unternehmungen, Terrains, Besitz). Mit dem zusammengebrachten Kapital wurden wieder Aktien anderer Unternehmungen erworben bzw. neue Unternehmungen ins Leben gerufen. Die Madeira A. G. blieb aber immer eine bloße Finanzierungsgesellschaft, eine Bank, die nur die Kontrolle über die gewerblichen Unternehmen ausübte. Ihr Kapital wurde bis auf 12 Millionen und nach Umwandlung in die Firma „Handelsvereinigung A. G.“ im Jahre 1908 auf 15 Mill. Mark erhöht. Neue Effekten wurden von den Aktionären eingebracht und die Handelsvereinigung behielt ihre Geschäfte immer mehr aus. Einmal gruppierten sich diese um die Berliner Terrain- und Baugesellschaft. Als die Deutsche Bank sich an dem Fürstentum zu beteiligen begann, vereinigte sie die von ihr kontrollierten Bau- und Terrain-gesellschaften mit der genannten Firma. So kontrollierte die Berliner Terrain- und Baugesellschaft schließlich die Firma Hofmann u. Anauer, Passagiergesellschaft, die Hotel Coplanade A. G., die Wolf Wertheim G. m. b. H. u. a. In dem Grundstückskauf von 1907 erlitt der ganze Konzern erhebliche Verluste, von denen auch die Deutsche Bank und ihre an diesen Geschäften beteiligten Tochtergesellschaften betroffen wurden.

An den Hohenloherwerken (Kapital 80 Millionen), die Steinkohlen- und Zinkgruben umfassen, ist die Handelsvereinigung nicht direkt, sondern durch die Deutsche Palästina-Bank beteiligt. Diese Bank betreibt zwar Bankgeschäfte im Orient, dient aber vornehmlich auch als Finanzierungsgesellschaft für die Unternehmungen des Fürstentums. Sie ist im Besitz von Aktien der zum Konzern gehörigen Kolbergwerke- und Schiffahrtsgesellschaften. Von Kallwitzer kontrolliert der Konzern u. a. Friedrichshall, Sarstedt, Heldburg, Bernsdorf, Burggraf, Reichskrone, Richard. Die Schiffahrtsinteressen gruppieren sich um die Deutsche Levante-Linie A. G., die wieder an der Dampfschiffreederei Union A. G., der Seetransportgesellschaft m. b. H., der Reedereivereinigung G. m. b. H., der Deutschen Reederei G. m. b. H. beteiligt ist. Dem ist es das Interessengebiet des Fürstentums noch längst nicht erschöpft. Es gehören weiter dazu: die Kohlenvertriebs-gesellschaft Wolf u. Co., die Niederländischen Kohlenwerke, Braunkohlen- und Kohlenbergwerke, die Allgemeine Omnibus-gesellschaft, Deutsche Post- und Eisenbahnverkehrs-gesellschaft, Atlas-Gesellschaft für Reiseverkehr, eine Versicherungsgesellschaft, zahlreiche Hotel- und Theaterebetriebsgesellschaften, die Wolf Wertheim G. m. b. H., Weingroßhandlungen, Druckereien usw.

Der größte Teil aller dieser Unternehmungen wollte nicht recht florieren oder litt wenigstens an dauerndem Kapitalmangel. Einzig die Hohenloherwerke warfen hohe Gewinne ab, die dann immer wieder zur Kapitalbeschaffung für die notleidenden Unternehmen des Konzerns herangezogen wurden. Jetzt scheint die Situation auch dieser Gesellschaft so zu sein, daß sie diesen Ansprüchen nicht mehr genügen kann. Die Finanzpraktik einer Großbank läßt sich nicht umgehen, und die Deutsche Bank wird das gesamte Erbe des Konzerns antreten. Die Großbank erfährt dadurch eine nicht zu unterschätzende Machterweiterung.

### Genossenschaftliches.

#### Das doppelte Gesicht — der Schwarzgen.

Die Volkserziehung ist das begehrteste Objekt ultramontaner Demagogie. Ein Mutterbeispiel ihrer — Vielseitigkeit, ihrer stetigen Schwärzbarkeit liefern die M.-Bladbacher in der Art, wie sie der Volkserziehung das Wasser beschmutzen wollen. Unter Anführung des Abg. Giesberts haben sie kürzlich an den Reichstagsler und andere Behörden eine Eingabe gerichtet, in der sie Maßnahmen gegen den — Deutschen Arbeiterbund fordern, zur Förderung des Kampfes gegen die Volkserziehung. In der Eingabe heißt es:

„Wie im Erzählung bekannt sein dürfte, hat der Plan der sozialdemokratischen freien Gewerkschaften und Konsumvereine, ein eigenes Volkserziehungsunternehmen zu gründen, alsbald zahlreiche, auf nationalem Boden stehende Organisationen veranlaßt, Gegenmaßnahmen ins Auge zu fassen. Es gelang, mit den großen privaten Versicherungsgesellschaften Fühlung zu gewinnen und im Verein mit diesen wurde unter Beteiligung zahlreicher großer Organisationen von Arbeitern, Handwerfern, Kleingewerbetreibenden, Bauern, Angehörigen und Unterbeamten die Deutsche Volkserziehungs-G. m. b. H. ins Leben gerufen. Zur Mitarbeit an diesem, nur die Volkserziehung betreibenden und daher ausschließlich-

lich im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung arbeitenden Unternehmen haben sich bereits vor Aufnahme des Geschäfts-Betriebs Organisationen von mehr als einer Million Mitglieder vertraglich verpflichtet.

Im so behauerlicher, aber auch unveränderlicher ist es, daß eine Organisation, die den Kampf gegen die Sozialdemokratie in ganz besonderer Maße auf ihre Fahne geschrieben hat, nämlich der Deutsche Arbeiterbund, unserer Bestrebungen, eine gemeinnützige Volksversicherung auf breiterer Grundlage als Gegengewicht gegen die sozialdemokratische Volksfürsorge, lebenskräftig und leistungsfähig zu gestalten, sich nicht nur vollkommen fern hält, sondern sogar ablehnend gegenüber steht. Denn auf dem 12. Juli d. J. in Breslau stattfindenden Generalversammlung der Lebensversicherungsanstalt des Deutschen Arbeiterbundes beauftragt die Bundesleitung, den Delegierten die Auflösung der Bundesverbände und ihren Anschluß nicht etwa an die Deutsche Volksversicherung A. G., sondern an die Friedrich Wilhelm d. Vorkämpfer. Auf eine diesbezügliche Anfrage wird uns von Seiten der Deutschen Volksversicherung A. G. mitgeteilt, daß Seine Excellenz Herr Staatsminister Dr. Graf von Posadowsky-Wehner bereits unter dem 6. März 1913 sowohl dem Präsidenten des Deutschen Arbeiterbundes als auch dem Aufsichtsrat der Lebensversicherungsanstalt um Verhandlungen über einen etwaigen Anschluß der Arbeitervereine an unser Unternehmen gebeten hat, daß ihm hierauf aber eine kurze ablehnende Antwort erteilt worden ist.

Daneben ist aber auch noch ein anderes zu bedenken; durch die Verträge mit der Deutschen Volksversicherung A. G. haben sich die Organisationen verpflichtet, die Anwerbung von Versicherungen und die Einföhrung der Versicherungsbeiträge durch ihre Vertrauensmänner ausführen zu lassen.

Wir sind daher, im Einvernehmen mit zahlreichen führenden Persönlichkeiten der hinter uns stehenden Organisationsgruppen zu der Ueberzeugung gekommen, daß die in Aussicht genommene Fusionierung der Bundesverbände mit der Friedrich Wilhelm nicht nur mit Rücksicht auf eine gedeihliche Entwicklung des Arbeitervereinswesens, sondern vor allem im allgemeinen nationalen Interesse unbedingt verhindert werden muß. Da wir nichts unversucht lassen möchten, um einen solchen folgenschweren Schritt zu verhüten, haben wir gebittet, Euerer Excellenz unsere Sorgen vorzutragen zu sollen. Bei dem Einfluß, den Euerer Excellenz — wie wir wohl wissen — auf den deutschen Arbeiterbund auszuüben in der Lage sind (1), geben wir uns der Hoffnung hin, daß es Euerer Excellenz gelingen möge, die Leitung der Bundesverbände vor übereilten Schritten zu bewahren und sie zu veranlassen, den Fusionsantrag von der Tagesordnung der diesjährigen Generalversammlung abzuheben.

Nützlich ist diese Sorge um die Einheit und Gemeinsamkeit aller reaktionären Elemente. Wer jedoch an der schwarzen Unliegsamkeit glaubt, ist schlecht beraten. Den Romhelden kommt es nur darauf an, für sich ein Extrazupplein zu locken. In der allerneuesten Nummer der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“, des Organs des vielgeschätzten Herrn Giesberts, liest man folgende Propaganda — gegen die Deutsche Volksversicherung A. G.:

Bei dieser Gelegenheit wollen wir sagen, daß wir der Deutschen Volksversicherung grundsätzlich freundlich gegenüberstehen, daß wir indes keine Veranlassung haben, ihr zu Liebe und zum Nachteil unserer eigenen Verbände, irgendwelche Propaganda für sie in den Kreisen des Westdeutschen Verbandes zu betreiben. Im Gegenteil, soweit es sich um angehörten katholische Arbeitervereine handelt, müssen wir nach wie vor verlangen, daß nur die Verträge zur Einführung gelangt und nachdrücklich gefördert wird. Es darf nicht vorkommen, daß in irgendeinem katholischen Arbeiterverein die Verbandsklasse ausgegliedert und eine andere Versicherungsunternehmung empfohlen und gefördert wird, das wäre eine Verletzung der dem Verband gegenüber obliegenden Verpflichtungen. Die nachdrücklichste Unterstützung der Verbandsklasse muß eine Ehrenpflicht aller Vereine sein, um so mehr, als in der Gegenwart alle möglichen Neugründungen entstehen und unter der Devise: Kampf gegen die „Volksfürsorge“ sich mit Vorliebe an die katholischen Arbeitervereine wenden.

Wie wenig die Verbandsklasse und die Volksversicherung A. G. den Interessen der Versicherten dient, haben wir neulich an der Hand der Verbandsstatuten dargelegt. Aber abgesehen davon: das oben mitgeteilte ist eine herabsetzende ultraromantische Ehrlichkeit. Entkleidet man die ganze Aktion ihres auf Täuschung der Nichtultraromantischen berechneten Schmuckes, dann enthüllt sich folgendes: die Lieben organisierten, an die hierals Stelle gefestigten Gläubigen werden unter strengem konfessionellen Verbot gehalten. Die Gründung einer sogenannten neutralen Versicherung soll dann weiter den Vertrauensmännern der schwarzen Verbände und hierals Vereine als Sprungbrett dienen, um in die ihrem Einfluß noch nicht unterworfenen Kreise zu dringen. Was die nicht ultraromantischen Organisationsformen als Agitatoren für die — schwarze Volksversicherung ausbringen können, ist so minimal, daß es gar nicht in Betracht kommt. Die M. Giesberts mögen es schon, dem Reichsfinanz- und Kriegsminister ziemlich deutlich zu sagen, was er zu tun hat. Wehe, wenn sie nicht parieren! Unter der Herrschaft der Schwarzen geht Deutschland netten Tagen entgegen.

## Soziales.

### Blutausknüpferei.

Die Verhältnisse in der Blutausknüpferei erfuhr dieser Tage vor dem Gewerbegericht eine eigenartige Beleuchtung.

Die Firma C. Ruhemann u. Co., Kommandantenstr. 45, hatte in einigen Tagen nicht weniger als fünf Termine anzustehen. In jedem der Fälle handelt es sich um eingezahlte 5 M. Jede Arbeiterin muß vor ihrem Eintritt in die Beschäftigung bei der Verlegung diesen Betrag hinterlegen. Wofür, war aus den Verhandlungen nicht mit voller Klarheit zu ersehen. Die Firma selbst macht darüber völlig verschiedene Angaben. Einmal soll die Summe als Entgelt für die dreitägige Arbeitszeit gelten, das jedoch nach zweimonatiger Beschäftigung wieder erstatet wird. Ein anderes Mal soll sie eine Sicherheitsleistung dafür sein, daß die Arbeiterin ihrer Verpflichtung, zwei Monate mindestens bei der beflagten Firma zu arbeiten, nachkommt. Die Firma Ruhemann u. Co. scheint diese Vorschriftenregel sehr nötig zu haben, denn, wie aus den übereinstimmenden Angaben in den verhandelten Fällen hervorgeht, ist die Bezahlung der Arbeiten außerordentlich gering. Für eine Feder, an die Hunderte von den kleinen Federchen oft vier- und fünfzehntig hintereinander mühselig angeknüpft werden müssen, zahlt die Firma 90 Pfennig. Für sechs solcher Federn pro Woche liefert, bekommt jedoch 1 M. für das Stück — ein Beweis, daß jedenfalls 6 Stück schon eine erhebliche Leistung darstellen. Nun soll aber auch noch eine Bestimmung bestehen, daß jede Arbeiterin, deren Verdienst wöchentlich unter sechs Mark bleibt, ihre Krankenkassenbeiträge selbst zu tragen habe. Zwar wird den neu Eintretenden versichert, daß sie bis 18 M. pro Woche verdienen können. Doch wird behauptet, dies sei nur den Geübtesten möglich, wenn sie tagsüber im Geschäft und dann die Nacht hindurch bis 3 und 4 Uhr morgens zu Hause arbeiten. Die Arbeitsräume der Firma und vor allem auch die Klosetts sollen in Bezug auf Sauberkeit geradezu alles zu wünschen übrig lassen.

In den Streitfällen selbst handelt es sich um folgendes:

1. Eine Frau hatte sich der Blutausknüpferei zuwenden wollen und erwählte 8 M. hinterlegt. Nach einhelliger „Lehrzeit“ sah sie ein, daß ihre Augen für diese anstrengende Tätigkeit nicht taugten. Die Firma verweigerte die Herausgabe der 8 M. Das Gericht hatte der Frau auferlegt, ein ärztliches Urteil über ihr subjektives Unvermögen die Arbeit fortzusetzen, beizubringen. Sie war dem nachgekommen und hatte 10 M. dafür bezahlen müssen.

Durch Urteil sprach ihr das Gericht unter Vorbehalt des Magistratsrats Dr. Naguhn die 8 M. zu. Wegen der außergerichtlichen Kosten sollte sie einen besonderen Antrag zu Protokoll geben. In welcher Rolle die Klägerin war, ging daraus hervor, daß sie nicht einmal mehr Nachfrage besah, um nach Hause zu gelangen.

2. Eine andere Klägerin mußte die „Lehrzeit“ bereits nach einem halben Tag beenden, weil ihr, wie sie behauptete und ihr nicht bestritten wird, ein Arbeitsplatz angeteilt wurde, der so ungenügende Beleuchtung hatte, daß sie vor Augenschmerzen nicht weiterarbeiten konnte. Sie ermahnte — leider — ihren Anspruch auf die Hälfte, also auf 2,50 M. Auf dieser Grundlage kam ein Vergleich zustande.

3. Im nächsten Fall wollte eine Knäpferin, die ihre Lehrzeit beendet hatte, eine Feder nicht zurückgeben, falls ihr die Auszahlung der erwählten 5 M. verweigert werde. Sie behauptet, es sei völlig ausgeschlossen, daß bei normaler Arbeit auch nur annähernd 15 bis 18 M. pro Woche verdient würden, wie man ihr anfangs versichert; sie sei in dieser Hinsicht irreführt und verlange ihr Geld zurück. Auf dringendes Ansinnen des Vorsitzenden verhandelte sie sich zur Herausgabe der Feder und zum Verzicht auf die 5 M. Diese Erledigung ist behauerlich, denn die Frau war vollkommen im Recht, wenn sie über die Verdienstmöglichkeit getäuscht war.

4. Durch den Arzt war eine weitere Klägerin die Schwangerschaft und dadurch hervorgerufene Unfähigkeit zu der Knäpferarbeit bescheinigt. Sie verhandelte sich dazu, das Verfahren ruhen zu lassen und nach Besserung ihres Zustandes versuchen zu wollen, den eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen.

Der fünfte Fall wurde durch einen außergerichtlichen Vergleich erledigt.

## Aus Industrie und Handel.

### Politik und Schifffahrt.

In dem soeben erschienenen Jahresbericht des Vereins Hamburger Reederei finden wir einige erfreuliche Ausführungen über das Verhältnis von England und Deutschland. Sie sind um so beachtenswerter, als sonst gerade von Vertretern unserer überseeischen Interessen gegen England gehetzt wird. Es heißt im Bericht: „Das günstige Urteil über die Befähigung der Schifffahrt, das wir in unserem letzten Jahresbericht mit gewissen Vorbehalten ausgesprochen hatten, darf auch über die Ergebnisse des Berichtsjahres (1. Juli 1912 bis 30. Juni 1913) geäußert werden. Die schweren politischen Erschütterungen, die in diese Zeit fielen, haben, von besonderen Fällen abgesehen, eine direkte Störung der günstigen Geschäftslage nicht verursacht, wenn auch namentlich im Frühjahr dieses Jahres die deutlich hervortretende Inflation auf weiten Geschäftsgebieten und deren Rückwirkung auf den Weltverkehr als Folgen der politischen Schwierigkeiten anzusehen sind. Als höchst erfreuliches Ergebnis der vergangenen Monate betrachten wir die tatsächliche Besserung des politischen Verhältnisses zwischen Deutschland und England, eine Wendung, welche die so häufig in Hand mit den englischen Reedereien gehende deutsche Schifffahrt mit besonderer Befriedigung begrüßen darf in der Hoffnung, daß das Verständnis der beiden Nationen für ihre gemeinsamen großen wirtschaftlichen Interessen sich auch in Zukunft dauernd verstärken wird.“

Wohl bemerkenswert ist auch die Stellungnahme des Vereins zu der Frage der Subventionspolitik. Der Jahresbericht führt darüber folgendes aus: „Ein leider immer weiter um sich greifender Mißstand innerhalb der Seeschifffahrt ist die von einer Anzahl von Staaten betriebene, teilweise schon außerordentliche Formen annehmende Subventionspolitik. Neuerdings zeigt sich, daß jetzt sogar die erst in der Entwicklung begriffenen überseeischen Staaten beginnen, die Politik direkter Subsidien zur Vermehrung der Schifffahrtsverbindungen mit ihrem Lande aufzunehmen. Es kann demgegenüber nicht oft genug darauf hingewiesen werden, daß das praktische Ergebnis der Schiffahrtskonventionen in allen Ländern dazu geführt hat, vielleicht den Wettbewerb innerhalb der Reederei zu vermehren oder auch den Verkehr auf die subventionierte Gesellschaft zu konzentrieren, daß aber wirklich lebenskräftige Unternehmungen durch die Subventionspolitik nicht gefördert werden sind. Zahlreiche Beispiele aus den Abhängen fremder Reedereien zeigen, daß die ausgewählten Gewinne, zum Teil sogar die Abschreibungen, lediglich aus den Staatszuschüssen bestritten worden sind. Hierzu kommen dann für die Reedereien Verpflichtungen, die im Grunde dem Wesen der Privatunternehmung widersprechen und häufig eine so weitgehende staatliche Fiskusnahme auf den Betrieb der Reederei darstellen, daß die natürliche Fortentwicklung der Schifffahrt in den betreffenden Verkehrsgebieten unterbunden wird. Es erscheint nur geziemlich, auch die deutschen Subventionen in Fortfall kommen zu lassen, weil bei freier Entwicklung der deutschen Schifffahrt in jenen Gebieten eine viel stärkerer Betätigung der deutschen Flagge zu erwarten sein dürfte.“ — Man wird sich dieses sachmännische Urteil für die Beratungen im Reichstag über die Unterstützung des Norddeutschen Lloyd usw. merken müssen.

**Besondere Vergünstigung.** Zunehmender Gewinnsteuern für die Kapitalisten ist der Erfolg der letzten wirtschaftlichen Hochkonjunktur. So glanzvoll ist die Ernte der Aktionäre, daß man nach Formen sucht, um einen Teil des Segens auf Umwegen in die Taschen der glücklichen Aktionäre gleiten zu lassen. Um nicht den Reiz der Verlusten, denen zu erliegen, die den Reichtum schufen, hält man die auszuwählende Dividende möglichst niedrig, gibt den Aktionären als Entgelt „besondere Vergünstigungen“. Zu den Gesellschaften, die der Ueberfluß veranlaßt, die Aktionäre auf solche Weise zu beglücken, gehört auch die Eisenwerkgesellschaft Maxmilianshütte in München. Die Gesellschaft veranlaßt ihre Aktien im Werte von 1714,80 M. in solche mit einem Nennwert von 2000 M. Aber die Aktionäre leisten keine Zugahlungen, die Gesellschaft zahlt aus den eigenen „ersparten“ Mitteln pro Aktie 285,70 M. Die Aktionäre bekommen aber nicht nur die 285,70 M. pro Aktie geschenkt, auf diese Gabe wird auch am 1. Oktober volle Dividende bezahlt. Weiter erhöht die Gesellschaft ihr Kapital um 11 720 000 M. auf 23,5 Millionen Mark und auf jede Aktie kann eine alte zum Parikurse erworben werden. Die Aktionäre haben nur die Emissionskosten zu zahlen. Der Kursgewinn stellt wiederum eine besondere Vergünstigung dar. Man konnte denken, die Dividenden der Gesellschaft würden durch solche Extrazuschüttungen auf einen recht niedrigen Stand gebracht! Durchaus nicht! Für das vorausgegangene Jahr erhielten die Aktionäre 30 1/2 Proz. Dividende, für das letzte Jahr, trotz der besonderen Vergünstigungen, wiederum so viel.

**Aktionärsrüben.** Es gibt Gewerbe, in denen sich industrielles und landwirtschaftliches Kapital verschmelzen. Dazu gehört vor allem die Zuckerrindustrie. Hier hat das Zusammenarbeiten schon einen recht bedeutenden Umfang erreicht. Rübenproduzenten sind vielfach gleichzeitig auch die Besitzer von Zuckerrüben und diese wieder kultivieren selbst den Rübenbau, verbinden den industriellen direkt mit dem landwirtschaftlichen Betrieb.

In welchem Umfange eine Interessensharmonie bereits vorhanden ist, läßt die letzte amtliche Statistik erkennen. Sie liefert das folgende Bild. Den vorhandenen 342 deutschen Rübenzuckerrübenfabriken steht für das letzte Jahr der Ertrag von 581 475 Hektar mit Rüben bestandenem Boden zur Verfügung. Die Gesamtfläche verteilt sich wie folgt:

Aktionärsrüben . . . . .	207 918 Hektar
Raufrüben . . . . .	293 548
Eigenrüben der Fabriken . . . . .	27 017

Also schon 46 Prozent des Gesamtbestandes der Rüben entfallen auf den Eigenbau der Fabriken oder den Besitz der Aktionäre. Dieser Umstand erklärt es, warum die Fabriken keine hohen Dividenden verteilen. Die Aktionäre bewilligen sich für die für ihre eigenen Fabriken gelieferten Rüben recht hohe Preise. Dafür beschreiben sie sich dann mit geringen Dividenden.

## Aus aller Welt.

### Das Opfer seines Bildungsdranges.

Man schreibt uns aus Rom: Die phantastisch klingende Karriere vom Gütejungen zum Studenten ist einem armen

Teufel recht übel bekommen. Dieser, ein gewisser Ser-ni a n i, hatte von klein auf Vieh gehütet und nur 3 Jahre die Volksschule besucht. In Rom fand er als Ausläufer eines Apothekers Stellung, und es regte sich in ihm die Lust, selbst Chemie zu studieren. Bei seiner geringen Vorbildung war das natürlich unmöglich, und so versiel der Burche auf den Gedanken, ein Dokument zu fälschen, um den Glauben zu erwecken, daß er sein Abiturientenexamen gemacht hätte. Die Fälschung gelang, der junge Mann immatrikulierte sich in Perugia, und da er offenbar sehr intelligent war, studierte er wie jeder andere. Natürlich fand sich ein Fallunke, der die Fälschung durch einen anonymen Brief zur Anzeige brachte. Serniani brachte es fertig, sich ins Ausland zu retten, aber natürlich forderte das verleihte Bourgeoisprivileg fürchtbare Strafe. Und furchtbar, wahrhaft furchtbar ist das Urteil des römischen Gerichts ausgefallen, das den armen Güteknaben, der gern studiert hätte, wegen Urkundenfälschung zu 4 Jahren Gefängnis verurteilte!

### Der Schatz der Inka.

London, 11. Juli. (Fig. Ver.) In London fand dieser Tage eine Vorlesung enttäuschter Aktienbesitzer statt, die dem Ergebnis einer merkwürdigen Gesellschaft beizuhören. Diese Gesellschaft war vor dreizehn Jahren gegründet worden, um den heiligen See von Guatavita zu plündern. Der See liegt 10 000 Fuß über dem Meeresspiegel etwa eine halbe Tagesreise zu Pferde von Bogota, der Hauptstadt der südamerikanischen Republik Kolumbien. Die Erzählung, daß dieser See unermessliche Reichtümer enthalte, ist schon viele Jahrhunderte im Umlauf; auch Humboldt erwähnt sie in seinen Schriften. Die alten indischen Stämme sollen an diesem See Opfer gebracht haben in Gestalt von kostbaren Gefäßen, Goldstaub und Edelsteinen, die sie in das Wasser geworfen haben sollen. Die glühende Phantasie der Südamerikaner hat den Wert des hier versenkten Reichtums auf 1120 Millionen Pfund Sterling oder 2400 Millionen Mark geschätzt. Im Laufe der Zeit sind verschiedene Versuche gemacht worden, dem See seine Reichtümer wieder zu entreißen. Es wird angegeben, daß es den Spaniern einmal gelungen sei, das Wasser bis auf 14 Fuß vom Ufer zu entfernen, als die Ufer einstürzten und die Arbeiten eingestellt werden mußten. Die ersten neueren Versuche, sich des Schatzes zu bemächtigen, nahmen vor zwanzig Jahren ihren Anfang, als zu diesem Zwecke eine kolombische Gesellschaft gegründet wurde, die über in Ermangelung tüchtiger Maschinen und wissenschaftlich gebildeter Ingenieure nichts ausrichten konnte. Die Gesellschaft löste sich auf und machte der erwarteten englischen Gesellschaft Platz, die das Eigentum der alten Gesellschaft übernahm und sich mit einem Kapital von 80 000 Pfund (600 000 M.) ans Werk machte.

Man versuchte, den See, der eine größte Tiefe von 48 Fuß hat, trocken zu legen, und baute 70 Fuß unter dem Wasserspiegel des Sees einen 1100 Fuß langen Tunnel durch die Berge. Es gelang auch, das Wasser aus dem See zu entfernen, aber nach der Entfernung des Wasser stieg man auf eine 25 Fuß hohe Schlammflut. Infolge des Regens und der Quellen fing der See auch an, sich wieder zu füllen. Aber man hatte doch einige Schmuckgegenstände und Juwelen gefunden, was die Unternehmer aufmunterte, trotz der sich einstellenden Schwierigkeiten mit der Sache fortzuführen. Das Kapital wurde zuerst auf 25 000 Pfund und dann auf 40 000 Pfund erhöht. Als die Regen aufgehört hatten und die Quellen versiegt waren, wurde der Schlamm hart. Nun handelte es sich darum, den Schlamm auf irgendeine Weise fortzuschaffen. Man verfrachtete den Eingang zu dem Abflusshimmel von der Seite nach der Mitte des Sees zu verlegen; doch zur Ausführung dieses Planes reichte das vorhandene Geld nicht mehr. Man trieb nun Schächte mit Seitengängen in den harten Schlamm und fand auf diese Weise noch manche keine Schmuckgegenstände und Edelsteine. Aber der Gesamtwert der dreizehnjährigen Ausbeute hat kaum mehr als 2000 Pfund Sterling (40 000 M.) betragen.

Wohl ein Unterschied zwischen den Millionen des Traumes und dem Pfennig der Wirklichkeit!

### Kudemars abermals gestartet.

Der französische Aviatiker Kudemars, der Sonnabendmorgen um 4.10 Uhr in Johannisthal zum Wettbewerb um den Daischaripreis aufgestiegen ist und infolge widriger Windverhältnisse mehrere Kollaudungen in Hannover, Braunschweig und Wanne vornehmen mußte, ist nach Einnahme von Öl und Benzin um 2 Uhr mittags in Wanne wieder aufgestiegen und hofft, den Weiterflug nach Paris ohne Unterbrechung fortsetzen zu können, da die Witterungsverhältnisse günstiger geworden sind.

### Die Hochwasserkatastrophe in Ungarn.

Nach den neuesten Meldungen aus Budapest sind die durch das Hochwasser in Marosbäcker Komitat angerichteten Schäden unbeschreiblich. In zahlreichen Gegenden steht das Wasser 1 1/2 Meter hoch. Circa 15 Ortschaften sind vollständig zerstört worden. Nach amtlichen Angaben dürften allein durch Hagelschlag und Wirbelwind etwa 80 Menschen ihr Leben eingebüßt haben. Der Eisenbahnverkehr ist auf 8 Linien wegen Einsturzes der Brücken und Untertauschung der Dämme eingestellt worden, ebenso der Schiffsverkehr zwischen Szegedin und Gsonograd. Ueberall sind die Erträge der Felder vernichtet, so daß der Schaden viele Millionen beträgt.

### Selbstmord eines Zeugen zum Justizpalastskandal.

Rom, den 10. Juli 1913. (Fig. Ver.) Ein Hauptzeuge gegen die Firma Vorelli, zu deren Gunsten die verschiedenen Verlesungen durchgeführt wurden, die den langjährigen Bau des Justizpalastes begleitet haben, der Ingenieur Giannini, ist heute durch Selbstmord aus dem Leben geschieden. Es heißt, daß er vor der Tat noch einen Brief an die Staatsanwaltschaft aufgegeben, in dem er ein umfassendes Geständnis abgelegt hätte, doch ist über das Geständnis selbst noch nichts Näheres bekannt. Die Nachricht des Selbstmords erregt großes Aufsehen in Rom und scheint vor allem die Kreise zu beunruhigen, die fürchten, daß der Ingenieur vor seinem Tode noch Enthüllungen gemacht hat.

### Kleine Notizen.

**Bankdefraudationen großen Stils.** Unter der Selbstbezichtigung großer Veruntreuungen stellte sich am Freitag nachmittag ein Wechselstubenbesitzer des Bankhauses von der Hand, Kersten und Söhne in Elberfeld der Staatsanwaltschaft. Die Veruntreuungen sollen etwa 300 000 M. betragen und scheinen mehrere Jahre zurückzuliegen. — Die Feststellungen über die Veruntreuungen bei dem Bankhause von der Hand, Kersten u. Söhne nehmen immer größeren Umfang an. Die Untersuchung hat sich nun auf drei festgenommene Kassierer und einen vierten Bankbeamten ausgedehnt, welcher sich am Sonnabendmittag in seiner Wohnung erschoss.

Vieles Arbeiter durch eine Kesselexplosion getötet. In einer Ziegelfabrik in Chätouan-sur-Seine bei Paris wurden am Sonnabend früh durch eine Kesselexplosion sieben Arbeiter getötet und sechs verletzt. Infolge der Explosion stürzte eine Mauer ein. Man befürchtet, daß unter den Trümmern noch weitere Opfer liegen.

Schriftliche  
Bestellung von  
ausserhalb  
erbitte an die  
Versand-  
Abteilung

# A. Wertheim

Leipziger Str. König-Str. Rosenthaler Str. Oranien-Str.

Versand-  
Abteilung:  
Leipziger-  
Strasse  
132-137

## Extra-Preise

### Billiges weiss. Tafelgeschirr

gezackte Form  
Speiseteller tief oder flach 18 Pf.  
Dessertteller ..... 12 Pf.  
Kompotteller ..... 9 Pf.  
Terrinen ..... 1.10, 1.35  
Kartoffelnäpfe .. 75, 95 Pf.  
Saucieren ..... 38 Pf.  
Salatschüsseln .. 12 bis 48 Pf.  
Bratenschüsseln 25 bis 95 Pf.  
Kaffeekannen ..... 45 Pf.  
Teekannen ..... 45 Pf.  
Milchtöpfe ..... 12, 15 Pf.  
Zuckerdosen 12, Tassen 8, 12 Pf.

### Tafelgeschirr „Flora“

gezackte Form, zartes Blumenmuster  
Speiseteller tief oder flach 44 Pf.  
Dessertteller ..... 30 Pf.  
Kompotteller .... 16, 20 Pf.  
Terrinen ..... 3.60, 4.75  
Kartoffelnäpfe 2.20, 2.95  
Saucieren ..... 1.50  
Kompottschüsseln .. 45 Pf. bis 1.45  
Bratenschüsseln oval. 50 Pf. bis 6.30  
Bratenschüsseln rund. 1.20, 1.60  
Beilageschalen ..... 50 Pf.  
Salzgefässe ..... 27 Pf.  
Senfgefässe ..... 95 Pf.

# Porzellan

Bis Mittwoch:

## Restposten

zu besonders  
billigen Preisen.

### Kaffeegeschirr „England“

früher 1.50  
Kaffeekannen .. jetzt 1.20  
früher 25 38 Pf.  
Tassen ..... jetzt 22, 28 Pf.

### Kaffeegeschirr „Rosenranken“

früher 1.30  
Kaffeekannen .. jetzt 95 Pf.  
Tassen früher 35 Pf., jetzt 25 Pf.

In der Leipziger-Strasse: Ein Posten  
feiner deutscher u. französ.

### Tafelservice z. B.

früher 425 255 175 120 85 Mk.  
jetzt 300 195 140 90 68 Mk.

### Billige Waschgeschirre

für Sommerwohnungen

Waschschüsseln .... 65 Pf.  
Wasserkannen ..... 55 Pf.  
Waschgarnituren (elfenbein, 5 teilig) 2.90

### Ein Posten

Speiseteller tief oder flach . 6 Pf.  
Dessertteller ..... 4 Pf.  
Kompotteller ..... 3 Pf.  
Tassen ..... 5 Pf.

### Kaffee- u. Frühstückgeschirr

Meissner Streublumen  
Kaffeekannen 1.05 bis 1.50  
Teekannen .... 85 Pf. 1.05  
Milchtöpfe .... 16 bis 50 Pf.  
Zuckerdosen 35, 40, 55 Pf.  
Kuchenteller ... 75 Pf. 1.20  
Tassen ..... 35, 42 Pf.  
Dessertteller 25, 30, 40 Pf.  
Kannenuntersetzer 25, 35 Pf.  
Beilageschüsseln ... 55 Pf.  
Eierbecher ..... 13 Pf.  
Butterglocken ..... 80 Pf.  
Menagen ..... 55 Pf.

### Kaffeefür 6 Personen, dekoriert

9 teilig . . 2.40, 2.85, 3.40

### Kaffeefür 12 Personen, dekoriert

16 teilig 6.30, 8 Mk., 12.25

Tassen mit Goldband 22, dekoriert 18 Pf.

Satztöpfe dekoriert 90 Pf. 1.10, 1.55

Milchtöpfe in verschiedenen Farben ..... 32 bis 85 Pf.

### Tafelservice fein dekoriert

6 Pers. 30 teil. 12 Pers. 60 teil. 12 Pers. 78 teil.  
23 Mk. 41 Mk. 57 Mk.

# Glaswaren

### Neue Pressglasgarnitur „Carré“

mit abgeschliffenem Boden

Salatschüsseln .. 15 bis 85 Pf.  
Kompotteller .... 15, 18 Pf.  
Kuchenteller .... 75, 85 Pf.  
Blumenvasen 25, 40, 80 Pf.  
Bierbecher m. Goldrand 8, 10 Pf.  
Bierbecher mit stark. Boden 12 Pf.  
Likörgläser gepresst. .... 5 Pf.  
Wassergläser mit Band ... 9 Pf.

### Salatschüsseln „K“ 27 bis 95 Pf.

Kompotteller geschl. 20, 23 Pf.

### Trinkglasgarnitur

„Schleifenmuster“ Kristall  
Rotweingläser ..... 38 Pf.  
Rheinweingläser .... 38 Pf.  
Süssweingläser ..... 32 Pf.  
Likörgläser ..... 27 Pf.  
Bowlingläser ..... 45 Pf.  
Biertulpen ..... 45 Pf.  
Bierbecher ..... 40 Pf.

# Steingut

### Tafelgeschirr

blaues Zwiebelmuster

Speiseteller tief oder flach 11 Pf.  
Dessertteller 10, Kompotteller 9 Pf.  
Bratenschüsseln oval . 23 bis 95 Pf.  
Kartoffelnäpfe .. 68, 95 Pf.  
Saucieren ..... 60, 90 Pf.  
Kompottschüsseln 23 bis 70 Pf.  
Terrinen ..... 1.50, 1.65

Waschgarnituren dekoriert, 5 teilig  
2.85, 3.40, 4.30, 5.40

### In der Leipzigerstrasse: Tafelgeschirr „Jeddo“

besonders ermässigt  
Bratenschüsseln .. 40 Pf. bis 2.80  
Kartoffelnäpfe ..... 2.05  
Saucieren ..... 1.10, 1.30  
Kompottschüsseln .. 28 Pf. bis 1.20  
Terrinen ..... 2.30, 3.00  
Speiseteller tief oder flach 25 Pf.  
Dessertteller ..... 20 Pf.  
Kompotteller ..... 18 Pf.  
Kaffeekannen 55 Pf. bis 1.05

## Siegels Festsäle

Gr. Frankfurter Straße 30 Tel. Kst. 1899

Theaterbühne 2 Regalbahnen

Säle, 300, 200 sowie 100 Personen fassend, im August, September, Oktober noch an einigen Samstagen und Sonntagen unter kulantesten Bedingungen zu vergeben. 12782\*

Die reellsten und billigsten

# Möbel

und Polsterwaren erhält man zu Kassapreisen in der seit 35 Jahren bestehenden Möbelfabrik von A. Schulz, Reichenberger Straße 5. Grösste Auswahl in allen Holz- und Stilarten mit zehnjähriger Garantie. (5 Proz. Kassaskonto.) Ev. auf Ratenszahlung.

## Petershagen

ca. 7 Min. v. Bahnh. Fredersdorf,  
kostenlos Auskunft b. u. Vertreter  
Puhle L. u. Verkaufspavillon a. Bahnh. Fredersdorf.  
Nieschke & Nische  
Berlin, Neue Königstr. 16  
Papier-Amt: Königst. 6376.

300 Mark 104/4\*

Einzel. an vert. Verz. von 2000 Mk. an.  
10 Pf. Lour. elektr. Bahn. Linie 104.  
So. henschönhausen, Hauptstr. 17, 21. pl.

# Phänomen

Qualitäts  
Cigarette



## Ein Radfahrer sagt

... und ich möchte nicht unterlassen, Ihnen meine vollste Anerkennung über die Qualität Ihres Fabrikats auszusprechen. Ich habe wohl schon alle Marken gefahren, aber eine derartige Haltbarkeit noch nicht beobachten können."

# Continental Pneumatik

So und ähnlich wird über ihn in Hunderten von Zuschriften geurteilt.



Continental-Caoutchouc- und Gutta-Percha-Co.,  
Hannover.



## „Hoffnung“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft (E. G. m. b. H.)  
gegründet von organisierten Schneidergehilfen  
Berlin N.

Brunnenstr. 185 (am Rosenthaler Tor).

Großes Lager  
fertiger

## Anzüge

und  
Sommer-Paletots,  
Sport-Anzüge, Loden-Pelerinen.

Kinder-Anzüge in allen Größen.

Lieferant der Konsum-Genossenschaft  
Berlin und Umgegend.

Sonntag von 8-10 Uhr geöffnet.

102/1\*

Tel. Amt Norden 1591.

Brustkinder und Flaschenkinder.

Säuglinge mit der Brust zu nähren, wird von Aerzten immer wieder den Müttern empfohlen. Der günstige Einfluß dieser Ernährungsweise tritt am auffälligsten in der heißeren Jahreszeit hervor, wenn die sommerlichen Verdauungsstörungen besonders unter den Flaschenkindern ihre Opfer fordern.

Welchen Erfolg diese Bemühungen bisher gehabt haben, darüber konnte man sich zunächst nur aus den Feststellungen unterrichten, die in den Säuglingsfürsorgestellen gemacht wurden. Aus ihnen erhellt man, daß in der Gesamtheit derjenigen Säuglinge, die den Fürsorgestellen zugeführt wurden, die Brustkinder von Jahr zu Jahr zahlreicher vertreten waren.

Gezählt wurden in Berlin, wie der neueste Band des Berliner Statistischen Jahrbuchs mitteilt, am 1. Dezember 1906 noch 39 568 Kinder des ersten Lebensjahres, am 1. Dezember 1910 aber nur 36 125, so daß der Bestand an Säuglingen — infolge der abnehmenden Geburtenminderung — sehr beträchtlich abgenommen hatte.

Bei der Zählung wurden ernährt: in 1906 unter den 39 568 Säuglingen 14 253 mit der Brust, 25 188 mit der Flasche (bei 127 nicht ermittelt); in 1910 unter den 35 125 Säuglingen 12 150 mit der Brust, 21 987 mit der Flasche (bei 988 nicht ermittelt). Den „Brustkindern“ sind für 1906 und 1910 zugerechnet 1682 bzw. 1813 Kinder, die mit der Brust und daneben noch mit der Flasche ernährt wurden.

Bei der Zählung von 1910 wurden die Ermittlungen auch darauf ausgedehnt, ob die zur Zeit der Zählung nicht mit der Brust ernährten Säuglinge wenigstens in den früheren Lebensmonaten Brustnahrung erhalten hatten.

Unter den in 1910 gezählten 21 987 Flaschenkindern waren 12 415 von Geburt an lediglich mit der Flasche ernährt und 9572 zunächst mit der Brust ernährt, darunter 3727, die über drei Monate hindurch mit der Brust ernährt worden waren.

Unter den in 1910 gezählten Säuglingen waren die Flaschenkinder, wie schon oben angegeben, mit 844 pro 1000 beteiligt. Unter diesen 844 pro 1000 waren 864 von Geburt an mit der Flasche genährt und 280 wenigstens zunächst mit der Brust genährte Kinder.

Leider ist für diese Zahlen eine Vergleichung mit 1906 nicht möglich, weil damals die bezüglichen Feststellungen noch nicht gemacht wurden. Es bliebe mithin nur das Ergebnis, daß von 1906 und 1910 der Anteil derjenigen Kinder, die noch zur Zeit der Zählung mit der Brust genährt wurden, leider nicht gestiegen ist.

Immerhin muß man schon das als einen „Fortschritt“ ansehen und hinnehmen, daß wenigstens der Rückgang ihres Anteils diesmal fast zum Stillstand gekommen ist.

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Kreis. Heute Sonntag findet im schönen Naturgarten von Frey Wille, Sebasteinstr. 39, das Sommerfest des Wahlvereins statt. Mitwirkende: Mitglieder des Gesangsvereins „Liberio“, Vieder zur Laute (Herr C. Kühne), der Tambourzabverein „Holländ. Im Saale Lang, Anfang 4 Uhr. Billetts 20 Pf. Die Kaffeelücke ist von 3 Uhr an geöffnet.

Schöneberg. Der Wahlverein feiert heute Sonntag, den 13. Juli, im Garten und sämtlichen Räumen der Neuen Rathausale, Weininger Str. 8, sein Stiftungsfest, bestehend aus Instrumental- und Vokalkonzert sowie humoristischen Vorträgen. Mitwirkende sind Neues Konfessionstheater, Direktion Hölzler, Schöneberger Männerchor. Eintrittskarten sind bei den Bezirksführern erhältlich.

Zehlendorf (Wannseebahn). Am Dienstag, den 15. d. Mtz., abends 8 1/2 Uhr bei Nießl, Karlstr. 13, findet eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Dupont über das Thema: „50 Jahre Deutsche Sozialdemokratie“ referieren wird.

Friedenau. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet am Mittwoch, den 16. Juli, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, im Kaiser-Wilhelmsgarten, Rheinstraße 65, statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Conrad Haensch über: „Möglichkeiten und Grenzen des Parlamentarismus“. Kaffebericht usw. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Genossen notwendig.

Frei-Budow. Am Dienstag, den 15. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet die Generalversammlung bei Gusenbeck, Chausseestraße (Rindenspark) statt. Tagesordnung: Bericht des Gesamtvorstandes, Bericht der Gemeindevertreter, Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung und zur Kreis-Generalversammlung.

Karlshorst. Heute Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr, findet unser Sommerfest im Restaurant Fürstenbad (Zuhaber Bartels) statt, unter Mitwirkung des Gesangsvereins Vorwärts III Friedrichsfelde-Karlshorst. Eintritt 20 Pf., Kinder frei. Die Bezirksleitung.

Ober-Schneeweide. Dienstag, den 15. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Prochowick, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Dertter über Massenstreik. Bezirksangelegenheiten und Diskussion.

Mittwoch, den 16. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr, findet das Kinderfest in Zebberts Waldschlösschen statt. Die Bezirksleitung.

Vorsigwalde-Wittenau. Dienstag, den 15. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet in Wittenau, im Lokal von Eberhardt, Kübarjer Straße, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag über Massenstreik. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.

Spandau. Am Dienstag, den 15. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet im Restaurant „Tiboli“, Seeburger Straße 28, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes; 2. Neuwahl des Vorstandes; 3. Bericht von der Landtagswahl; 4. Bericht von der Kreisgeneralversammlung; 5. Anträge; 6. Verschiedenes. — Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt! Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Juli in Berlin.

Man sollte eigentlich besser fixieren und schreiben: „Zehnter Juli in Berlin“ oder „Elfter Juli in Berlin“, denn Berlin ist im wahren Sinne des Wortes über Nacht zur Weltstadt geworden und bietet dem aufmerksamen Beschauer jeden Tag ein neues Bild. Er braucht darum gar nicht mal, mit oder ohne Anwendung der Wünschelrute, in die Tiefen der Riesenstadt hinabzusteigen, kann sich gemächlich an der allen flüchtigen Besuchern freiliegenden Oberfläche, an Berlins Hauptverkehrsadern: Leipziger- und Friedrichstraße hinführen lassen und wird doch unaufhörlich in der Lage sein, über Neues, Bemerkenswertes, zu berichten.

Das Typische des heutigen Tages wird Berlin eines- teils durch den momentanen Fremdenzufluß und andererseits durch sein Detail-Geschäftsleben, durch die mehr oder weniger fester oder loser, mit diesem Fremdenzufluß in Verbindung stehenden augenblicklichen Ausverkäufe und Auktionen aufgedrückt. Vielleicht aber auch dürften die vielen Auktionen — sicher nicht die schönste und vornehmste Seite des hiesigen Geschäftslebens — schon als Vorboten längst angebrochener Handelskrisen aufzufassen sein. Wer weiß?

Die unzähligen Ausverkäufe, die „Räumungsausverkäufe“, „Inventurausverkäufe“, „Kleinausverkäufe“, „Raffenausverkäufe“, „Sänglichen Ausverkäufe“, „Außer- gewöhnliche Kaufgelegenheiten“, „Ausverkäufe wegen Geschäftsaufgabe“, „wegen Verlegung des Lokals“ (wie es so drastisch lautet), „wegen Fortzugs“, „wegen Aufgabe der Brande“, ufm. usw., die „Waren zu herabgesetzten Preisen“, zu „halben Preisen“, „unter Einkaufspreis“, mit „5 Prozent Nutzen“, zu „Schundpreisen“, usw. usw., geben wirklich zu denken, müssen stützig machen.

Da tritt der Fremde in ein sonst hochfeines Geschäfts- lokal an der Leipziger Straße. Er traut seinen Augen kaum. Die roten Affichen an den Schaufenstern haben ihn herein- gelockt. Ein Klumpen feilsehender Individuen empfängt ihn. Männer, ältere, jüngere Burschen von sechzehn bis achtzehn Jahren, mit Filzhüten, mit Mützen, mit Strohhüten, auf dem Kopf, Frauen und Mädchen, aus dem Bürgerstand, aus dem sogenannten „besseren“ Stand, aus höchst „zweideutigem“ Stand, elegant gekleidet und schlicht angetan, auch Schüler und kleine Mädchen dazwischen. Die Schüler an den farbigen Mützen erkennbar, die Mädchen an ihren blonden und schwarzen Zöpfen. Ein Menschenklumpen mit unzähligen gierigen Augen drängt sich vor dem rohen Holztiisch, von dem herab der Beherrscher, der Auktionator, seine abgebrauchte Stimme ertönen läßt. Das heißt der eigentliche Beherrscher des in wahnsinnigster Unordnung geratenen, oder geordneten, Ladens, der dicke kahlköpfige Besitzer der Ware, befindet sich unerkannt unter dem Publikum, feuert es zum Kaufen an, oder hat sich auch wohl andere Leute zu diesem Zweck dahin bestellt.

„Hier, meine Dame, ein weißer, wunderbarer Pompa- dour, was bieten Sie darauf?“ „Zwei Mark?“ „Ach kein Gedanke daran, meine Dame, dafür geht doch solch ein Pracht- stück nicht fort!“ — „Drei Mark sind geboten, drei Mark, wer bietet mehr?“ — „Drei Mark zum Ersten, zum Andern und zum — Drei Mark, fünfzig, sehen Sie wohl, meine Dame, das Stück ist doch unter Brüdern seine zwanzig Mark wert, drei Mark, 75 Pfennig, zum Ersten, zum Zweiten und zum — Vier Mark!“ — Zum Ersten, zum Zweiten und zum — Dritten!“ Bumbum!, fällt der Hammer auf das Brett.

Jetzt kommt ein feuerroter Kimono, eine prächtige Ma- tinee an die Reihe, aber der Fremde hat genug, hält sein Geld fest und eilt ein Haus weiter. Da trifft er dasselbe Bild in grün. Nur daß es sich hier um kostbare Delgemälde und Bronzen handelt. Darauf ist der Fremde natürlich noch weniger ausgegangen und deshalb hängt auch an der Wand allen Augen sichtbar ein großes weißes Plakat mit der In- schrift: „Anzahlung genügt, Rest bei Lieferung!“

„Meine Herrschaften, sehen Sie, bitte, dieses Prachtge- mälde an, hat einen Verkaufswert von 580 Mark! Diese wun- derbare Sänneelandschaft! Unnachahmlich! Wer bietet? Kein Angebot? Nein, mein Herr, mit 50 Mark wird die Sache nicht eingefetzt, dann stellen wir sie einstweilen zurück! Sehen Sie diese beiden Genrebilder, Fischer und Fischerin, haben 350 gekostet. Werden auch einzeln abgegeben. Wer das eine erwirbt, hat das Vorkaufsrecht auf das andere. Dreißig Mark sind geboten, fünfundsiebzig! Meine Herren und Damen, sehen Sie sich doch das Kunstwerk genau an! Vierzig Mark für den Fischer, vierzig Mark! Fünfzig Mark! Na, also! Zum Ersten, zum Zweiten und zum — Dritten!“ Bumbum! fällt der Hammer aufs Brett. „Soll ich hier nun vielleicht mit der hübschen Fischerdeeren sitzen bleiben? Wer bietet? Kein Angebot mehr? Nein, mein Herr, zu vierzig Mark können wir Ihnen das Gegenstück nicht ablassen. Legen Sie nur ruhig noch die zehn Mark zu! Fünfundvierzig Mark sind geboten! Achtundvierzig Mark! Mein Herr, für fünf- zig Mark haben Sie die Vorhand! Fünfzig Mark! Zum Ersten, zum Zweiten und zum — Dritten!“ Bumbum!, fällt der Hammer aufs Brett. Aber nicht der Mann, der den Fischer kaufte, sondern ein Schlaumeier, der das Schwanken des ernstlichen Käufers ausnutzt und ihm das Gegenstück später unter derhand für sechzig Mark absteht, nimmt die Fischerdeeren in Empfang.

„Nun das neueste Bild des Kronprinzen, meine Herren und Damen, vorzügliche Ausführung, außergewöhnlich geist- volle Auffassung, hat 350 Mark gekostet.“ „Der schiden Sie man nach Breslau!“ schreit ein Späßvogel dazwischen. Schallendes Gelächter quillt über den Kallauer. Der Auk- tionator zieht ein ärgerliches Gesicht und lehnt das Kron- prinzenbild mit dem ausdrucksvollen Gesicht einstweilen an die Wand. Er weiß ganz genau, daß vom Erhabenen bis zum Lächerlichen oft nur ein Schritt und daß das Bild nun

momentan nicht geht, und er möchte verdienen, „Geschäfte machen“.

„Nun aber dieses herrliche Kunstwerk aus echt Castelliner Marmor, meine Herrschaften. Wer bietet auf dieses entzückende Kind, Sechshundert Mark unter Brüdern.“

Aber der Fremde hört nicht weiter, er hat die Tür in die Hand genommen und inmitten des Berliner Großstadt- getriebes spintisiert er für sich:

„Wenn das in Berlin mit dem Waren-Verkaufslernen so weiter um sich greift, sollte man den Berliner Auktionato- ren doch oben offene, fahrbare, Karren, nach dem System der Bremerhabener Fischauktionatorwagen, zur Anschaffung empfehlen, die ruhen nämlich auf Rädern, der Auktionator steht oben darin und die Karren werden dann in den langen Fischdampfer-Anlegehallen, wo die Isländer und Nordsee- fahrer ihre Millionen Zentner von Fischen ausladen und sor- tieren, der Kürze der Zeit und der Bequemlichkeit wegen, im Interesse der Käufer und Verkäufer auf und nieder gerollt. Die würden sich sicher auch auf dem Berliner Asphalt und den zahlreichen Ausverkaufsauctionen bewähren.“

Hamburg-Heigoland.

Tausende verlassen mit Beginn der Ferienzeit Berlin, um sich in Sommerfrischen und Bädern zu zerstreuen und zu er- freuen; andere wieder fahren zu Verwandten in die Provinz, um sich zu erholen und neue Kräfte zu sammeln für den Kampf ums Dasein.

So viele es auch sein mögen, die sich eine Reise leisten können, die große Masse der Arbeiterschaft ist leider dazu nicht in der Lage. Es fehlen die Mittel und es fehlt auch die Zeit dazu.

Awar hat die Forderung der Arbeiterschaft auf Gewährung von Sommerurlaub bereits an Boden gewonnen. Die Mehr- zahl und auch die größten Berliner Betriebe haben sich leider zu diesem sozialen Fortschritt noch nicht aufschwingen können. Und gerade Arbeiter und Arbeiterinnen, die jahraus, jahrein in der Treitmühle des Lebens stehen, hätten am ehesten An- spruch darauf, einmal im Jahre ausspannen zu dürfen, um die geschwächten Kräfte zu stärken.

In den großen Nischenbetrieben bieten die sogenannten Inventurtage eine willkommene Gelegenheit für die Arbeiter und Arbeiterinnen, aus der engeren Umgebung und aus der täglichen Eintönigkeit hinauszukommen. Leider kann man die Erfahrung machen, daß die wenigen Tage oft nicht in richtiger Weise ausgenutzt wurden. Es ist deshalb zu begrüßen, daß die Gewerkschaften beginnen, für ihre Mitglieder und deren Angehörige sogenannte Ferien-Sonderfahrten zu veranstalten.

Der Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin, hat bereits im Juni eine Reise nach Hamburg- Heigoland unternommen und am 27. bis 30. Juli soll die zweite Fahrt erfolgen.

Für die Binnenländer bietet die alte ehrwürdige Han- sstadt Hamburg mit ihren großartigen Hafenanlagen, als Metropole des deutschen Handels und des Seeverkehrs viel des Interessanten und Sehenswerten. Eine Fahrt von Ham- burg nach Heigoland, jener sagenumwobenen Insel, die gleich einer stolzen Ritterburg kühn aus der Nordsee hervortritt und in jedem Jahre das Reiseziel von Zehntausenden ist, läßt einen besonderen Reiz aus. Durch größere Beteiligung an solchen Sonderfahrten werden Vergünstigungen geboten, die einem einzelnen nicht gewährt werden.

Den Mitgliedern ist durch eine solche Veranstaltung Ge- legenheit gegeben, Land und Leute kennen zu lernen und ihr Wissen zu bereichern. Wenn auch in bescheidener Weise, so können sie doch teilnehmen an den Kulturgütern, die sonst als Vorrecht der Besitzenden gelten.

Der diesjährige Ferienverkehr.

auf den Berliner Fernbahnhöfen hat nach den amtlichen Fest- stellungen den vorjährigen an Stärke übertraffen, wie die nach- stehenden Zahlen, denen die vorjährigen zum Vergleich in Klammern beigelegt sind, erkennen lassen. Der Verkehr setzte am Freitag, den 4. Juli, mit einer Anzahl von 67 251 (49 239) verkauften Fahrkarten ein und stieg am 5. Juli auf 93 023 (59 298) Fahrkarten. Der Ver- kehr ging dann zurück am Sonntag, den 6. Juli, auf 70 788 (88 636), am Montag, den 7. Juli, auf 84 303 (75 620), am Dienstag, den 8. Juli, auf 48 640 (57 887), am Mittwoch, den 9. Juli, auf 45 274 (48 862) Fahrkarten. Hierzu kommt noch die Anzahl der im Vor- verlauf in der Zeit vom 26. Juni bis 3. Juli für die bezeichneten Verkehrsstage ausgegebenen Fahrkarten mit 43 776 Stück. Im g a n z e n wurden demnach auf den Berliner Fernbahnhöfen, einschließlich Charlottenburg und Gesundbrunnen, 4 4 2 9 3 0 (4 2 0 0 1 1) Fahr- karten, also 22 919 Stück mehr als im Vorjahre veräußert. Der Gepädkverkehr war am stärksten am 5. Juli, an welchem 37 816 (33 592) Gepäckstücke abgefertigt wurden; am 4. Juli waren es nur 36 349 (gegen 23 200 im Vorjahre). Insgesamt wurden vom 4. bis 9. Juli 145 419 Gepäckstücke (gegen 141 221 im Vorjahre) aufgefertigt. An denselben Tagen wurden zur Bewältigung des Verkehrs außer den fahrplannmäßigen Zügen 53 Feriensonder- züge und 280 Vor- und Nachzüge abgefahren. Von den Berliner Fernbahnhöfen wurde, wie immer, am stärksten beansprucht: der Stettiner Bahnhof, wofür 104 659 Fahrkarten verkauft und 84 389 Gepäckstücke abgefertigt wurden; danach folgen der Lehrter Bahnhof mit 66 800 (15 940) und der Anhalter Bahnhof mit 53 163 Fahrkarten und 33 092 Gepäckstücken, der Schleifische Bahnhof mit 42 346 Fahrkarten (4403) und Bahnhof Friedrichstraße mit 36 806 Fahrkarten und 12 782 Gepäc- kstücken. Von den am Fernverkehr beteiligten Vorortstationen wurden an den Hauptreitertagen 49 708 Fahrkarten veräußert und 8352 Stück Gepäc für die Fernzüge abgefertigt.

Großer Juwelendiebstahl.

Für 18 000 M. Juwelen und Goldsachen erbeuteten Einbrecher, die in der vergangenen Nacht dem Goldwarengeschäft von Rudolf Finn in der Rosenhaler Straße 10 einen Besuch abstatteten. Die Einbrecher, die nach ihrer Arbeit mit dem besten Werkzeug ausgerüstet waren, hatten schwere „Arbeit“ zu verrichten, die sich aber auch sehr lohnte. Nachdem sie sich mit Dietrichen Eingang in den Keller verschafft hatten, bohrten sie hier mit Zentrumschloßern ein großes Loch in die Decke, durch das sie in den Laden einstiegen. Jetzt bewältigten sie den hier stehenden Geldschrank nach Art ge- werksmäßiger Knoder und stahlen daraus die wertvollsten Waren- vorräte des Geschäftsinhabers, der nicht im Hause wohnt und die kostbaren Stücke in den Schrank abends beim Verlassen des Ladens einzuschließen pflegt. Mit dieser Beute begnügten sich die Ein- brecher jedoch noch nicht. Sie räumten auch das Schaufenster aus und rafften alles zusammen, was sie auf den Tischen und in den Schubladen fanden. Die Schmuckstücke aus Brillanten, Ringe, Ohrringe, Kronatennadeln, Broschen, Anhänger usw., haben einen

Wert von 100 bis 1000 M. das Stück. Die Goldstücke bestehen aus Herren- und Domänenrecht Reiten, Ketten- und Uhrenarmbändern, 80 massiv goldenen Trauringen, 8- und 14karätige, sowie katalanische, 1/2 Gros einfache goldene Ringe von 3 bis 10 M. das Stück u. a. m. Die Kriminalpolizei warnt vor Ankauf dieser Meutestücke. Entdeckt wurde der Einbruch erst gestern vormittag, als das Geschäft aufgeschlossen wurde.

### An die falsche Adresse.

Uns geht folgende Zuschrift zu: Als ich am Sonnabend nach Hause kam, wurde ich von verschiedenen Mitbewohnern des Hauses aufgeregt — von einem. Auf meine Frage, was denn los sei, erhielt ich zur Antwort, daß ein Gerichtsvollzieher mit zwei Schloßern dagewesen sei, die Läden erbrechen ließ und meinen Schreibeisch pfändete. Ich lächelte die Leute ab, denn ich habe wirklich nichts mit dem Gericht zu tun und auch keinen Gerichtsvollzieher zu erwarten.

Als ich in meine Wohnung kam, bestätigte sich die Mitteilung — auf meinen Schreibeisch lebte der Rind. — Irgend eine Mitteilung in amtlicher Form — nicht zu finden.

Da es Sonnabend nach 8 Uhr abends ist, kann ich nichts mehr unternehmen. Doch das Beste kommt. Es wurde bei mir gepfändet — für einen ganz fremden Mann, dessen Schulden mich gar nichts angehen. Ich habe die Wohnung gemietet — meine Möbel gekauft und meine Braut wohnt bereits da, da wir im August heiraten wollen. An der Tür ist das Schild R... M... vorläufig angebracht. Der Bruder meiner Braut R... M... welcher wegen 18,80 M. gepfändet werden sollte, ist in Schöneberg angemeldet, wohnt bis vor vier Wochen auch da — ist zur Zeit (seit vier Wochen) im Erholungsheim von der Krankenliste aus. Da er Briefe usw. erwartete, hat er auf der Post die Adresse seiner Schwester angegeben.

Der Gerichtsvollzieher erkundigt sich nicht bei der Polizei, ob der R... M... da wohnt, denn sonst hätte dieser fahr- lässige Irrtum nicht passieren können, sondern er geht zum Portier und fragt, ob R... im Hause wohne. — Als er die bejahende Antwort erhält, denn er hat nicht nach R. M. gefragt — und ich glaube, es ist doch auch ein Unterschied bei dem Gericht zwischen Mann und Frau, dringt er in meine Wohnung ein und pfändet meinen Schreibeisch, welcher 120.— M. gekostet hat, wegen 16,80 M. Durch die Blamage, welche ich erleide, bin ich am Sonntag früh aufgeregt zu dem Gerichtsvollzieher gegangen, um ihn über seinen Irrtum aufzuklären. Der Herr ließ sich jedoch nicht sprechen — sondern habe nur wochentags zwischen 8—4 Uhr Sprechstunde. Also Montag zwischen 8—4 Uhr war ich wieder da. Auf mein wohl etwas aufgeregtes Reden — denn ich bin im ganzen Hause geschädigt — rügte er mein Betragen und er behalte sich weiteres vor, weil ich sagte, das seien „russische Zustände“!

Es bleibt mir nun nichts übrig, als zu intervenieren. Dem Herrn Gerichtsvollzieher passiert nichts für sein lächerliches Handeln durch ungenügende Information, denn er soll einen R. M. pfänden und dringt in eine Wohnung ein, an welcher R. M. steht. Nun habe ich unzählige Laufen und Kosten; abgesehen den Schaden, der mir dadurch entstehen kann.

Ich verlangte, daß der Gerichtsvollzieher komme und das Siegel entferne — fällt ihm gar nicht ein. Ich verlangte ein Schriftstück, woraus ersichtlich, daß es sich um einen Irrtum handle, damit ich im Hause nicht weiter mit solchen Augen angesehen werde — gibt es nicht. Ich wies mich durch Mietskontrakt und Möbelquittung aus — hilft alles nichts. Ich verlangte, daß mir das ruinierte Schild wieder in Ordnung gebracht werde — ich sollte es selber machen lassen, war der Vorschlag, den mir ein Beamter auf dem Gericht machte. Also der deutsche Bürger wird belästigt, der Kredit wird untergraben, unter dem Mantel des Gesetzes dringt man in fremde Wohnungen ein — und zum Schluß eventuell noch eine Klage, weil man das „russische Zustände“ nennt.

### Aus Eifersucht.

Die dicht an der Grenze von Lichterfelde gelegene Gohlerstraße in Dahlen war in der letzten Nacht der Schaulust einer Revoluzzer. Aus Eifersucht gab dort die Wirtschaftlerin Wendel vier Revolverkugeln auf den Regierungsrat Ender ab, ohne ihn aber zu treffen. Dann schoß sie die Frau eine fünfte Kugel in den Kopf und verletzte sich tödlich. Die Leiche wurde von der Polizei beschlagnahmt und nach der Halle des Friedhofes in Schildhorn gebracht. Frau Wendel war früher Wirtschaftlerin bei dem Regierungsrat gewesen, mußte aber nach fünfzehnjähriger Dienstzeit das Haus verlassen, da der Regierungsrat zu einer reichen Witwe in Beziehungen getreten war. Kurz nach der Kündigung im Oktober vorigen Jahres beging die Wirtschaftlerin in der Wohnung des Regierungsrats einen Selbstmordversuch, indem sie eine größere Dosis Veronal nahm. Sie wurde schwerkrank aufgefunden und in das Krankenhaus zu Lichterfelde gebracht. Als sie nach mehreren Wochen wiederhergestellt war, zog sie nach der Uhländerstraße 118—119 in Wilmersdorf. Sie hatte diese Straße abhässlich gewählt, da dort die Geliebte des Regierungsrates wohnte. Sie verfolgte ihren früheren Brotherrn beständig und beobachtete auch ihre Rivalin auf Schritt und Tritt. Schließlich versuchte sie, die Ortsgewerkschaft für ihre Sache zu interessieren und wollte die Angelegenheit der Dessenität übergeben. Seitenlange Briefe kamen an die Redaktionen, in denen die Frau ihre unglücklichen Verhältnisse schilderte. Freitag abend verließ die Wirtschaftlerin ihre Wohnung und begab sich nach Dahlen, um den Regierungsrat aufzulauern. Als dieser gegen 1 Uhr nachts durch die Gohlerstraße kam, schloß sie die Frau auf ihn und feuerte ohne jeden Wortwechsel kurz hintereinander vier Schüsse ab. Die Kugeln durchschlugen aber sämtlich ihr Ziel. Ein Wächter, der den Vorgang beobachtet hatte, sprang sofort hinzu und wollte die Wirtschaftlerin übermächtigen. Ehe er es aber verhindern konnte, brachte sich die Frau einen Schuß in die rechte Schläfe bei, der sofort tödlich wirkte.

Zum dritten Male abgelehnt. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung und deren Ausschuss hatten sich mehrere Male mit dem Antrage auf Entschädigung der durch den großen Gewitterregen am 2. Juli vorigen Jahres Geschädigten der Greifswalder Straße beschäftigt und beschlossen, dem Magistrat zu erlauben, dem Antrage zu entsprechen. Der Magistrat hat die ersten beiden Beschlüsse abgelehnt und jetzt auch den dritten vom 8. Mai d. J. nach erneuter Prüfung und weil infolge des jüngsten Gewitterregens wieder 3 a l r e i c h e Gesuche um Entschädigung von Bewohnern der Greifswalder Straße und Schönhauser Allee an den Magistrat gelangt sind. Auch diesen Anträgen hat sich der Magistrat gegenüber ablehnend verhalten, da im Fall der Berücksichtigung der Entschädigungsansprüche die finanziellen Folgen bei künftigen größeren Regenfällen nicht abzusehen sind und es andererseits aber auch nicht billig erscheint, den bei dem einen ein weiterer Geschädigter Ertrag zu bieten und die bei einer anderen Wetterkatastrophe Betroffenen ohne Hilfe aus städtischen Mitteln zu lassen.

Unter dem Verdacht von Eittlichkeitsverbrechen an Kindern ist in Pantow vor einigen Tagen ein höherer Staatsbeamter Friedrich Sch. aus Nieder-Schönhausen verhaftet worden. Obendrein wird er beschuldigt, einem Vater, der den Mann wegen Attandierung seiner 14 Jahre alten Tochter zur Rede stellte, in der rohesten Weise mißhandelt zu haben.

Eine neue Erfrischungshalle ist am Teufelssee im Grunewald eröffnet. Hier gab es früher einen Förstereiwäschhaus. Unsere Leser werden sich erinnern, daß der Förstereiwäschhaus — dem Drängen der umwohnenden Gastwirte nachgebend — vor etwa zwei Jahren beschloß, bei Reubefestigung einer Förstereiwäschhaus den dort etwa bisher ausgeübten Ausschank einzustellen zu lassen. Das traf am Teufelssee zuerst ein. Auf dem einstündigen Wege vom Bahnhof Grunewald bis Pichelsberge oder hinüber nach Schildhorn schickte es nun völlig an einer

Gelegenheit, sich zu erfrischen. Der Fiskus hat dem Mangel abgeholfen, indem er dem Berliner Frauenverein gegen den Alkoholisimus erlaubte, am Teufelssee eine feiner Hallen zu errichten.

Das ganz aus Holz erbaute schmucke Haus grüht mit seinem roten Ziegeldach und seinem Blumenschmuck schon von fern. Im Hofraum in der Vorhalle und im umgebenen „Garten“ ist Sitzgelegenheit für mehr als hundert Gäste vorhanden. Frische Milch wird mit 10 Pf. das Glas verkauft, ebenso Buttermilch, Selter (Flasche), frische Himbeer- und Zitronenlimonade: für 15 Pf. erhält man eine Tasse Kaffee oder Kalao, Tee, Bransellimonade. Ferner gibt es Rindfleisch, Joghurt, Eier, alkoholfreien Punch, Würstchen mit Salat, Kartoffelpuffer, belegte Brötchen und Butterbrot, sowie Kuchen und anderes Gebäck.

Schulen und Vereinen wird empfohlen, sich mindestens zwei Tage vorher bei der Wirtschaftsstelle des Vereins, Luisenstraße 59, schriftlich anzumelden. Für Klassen werden die Preise auf Antrag noch ermäßigt.

Auf seine Frau geschossen, hat gestern der in der Linienstr. 248 wohnhafte Arbeiter Rind. Woelke. Die schwer verletzte Frau mußte nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden, während der Revolverheld verhaftet wurde.

Nicht identisch mit dem wegen Fahrtrabdiebstahls festgenommenen Paul Thewes ist der Galvaniseur Paul Lewo, Wischiner Straße 74.

Ein tödlicher Straßenunfall ereignete sich gestern abend gegen 7 Uhr in der Schönhauser Allee. Als dort der 42 Jahre alte Müller Alfred Günther aus der Greifswalder Straße 192 in der Nähe des Greizerplatzes mit seinem Zweirade den Fahrdamm kreuzen wollte, geriet er, nach Zeugenaussagen durch seine eigene Schuld, unter einen Kohlenwagen. Die Räder des schweren Wagens gingen über ihn hinweg und verletzten ihn so schwer, daß er bald darauf verstarb.

Straßenperrungen. Die Zimmerstraße zwischen Charlottenstraße und Markgrafenstraße wird wegen Pfasterarbeiten vom 18. d. M. ab bis auf weiteres für Fußwege gesperrt.

Wegen Rohrverlegung beziehungsweise Kanalarbeiten infolge des Baues der Nord-Südbahn wird der Kreuzdamm der Invalidenstrasse und Chausseestraße bis auf 20 Meter zu beiden Seiten in die Invalidenstrasse hinein sowie die Invalidenstrasse zwischen Chausseestraße und Gartenstraße, letzterenfalls je nach dem Fortschreiten der Arbeiten streckenweise, beginnend mit dem Stück zwischen Garten- und Vorkampstraße, für den West-Ost-Fahr- und Zweiradverkehr vom 14. d. M. ab bis auf weiteres gesperrt. Die erforderliche Ablenkung des Verkehrs erfolgt durch die Heißische, Hannoverstraße und Wasser Straße, im anderen Falle durch die Vorkampstraße und Wasser Straße.

## Vorort-Nachrichten.

### Schöneberg.

Teilweise kommunale Wohnungspolizei auch in Schöneberg. Der Minister des Innern hat durch einen Erlaß die Ortspolizeiverwaltung auf dem Gebiete der Wohnungspolizei, ebenso wie in Berlin, vom 1. Juli d. J. ab widerrufen auch dem Oberbürgermeister in Schöneberg insoweit übertragen, als diesem die Befugnis zustehen soll, innerhalb der gesetzlichen Grenzen bei etwaigem Widerstande der Hauseigentümer oder der Wohnungsinhaber zur Erzwingung des Zutritts der mit der Wohnungsaufsicht betrauten städtischen Beamten Zwangsverfügungen gemäß §§ 182 ff. des Landesverwaltungs-Gesetzes vom 30. Juli 1883 zu erlassen.

### Charlottenburg.

Vom Spiel in den Tod. Ein bedauerlicher Unglücksfall hat sich freitagmorgens in Charlottenburg ereignet. Dort spielten an der Coppenbrücke mehrere Kinder, unter ihnen auch der 9jährige Hans Kuhlisch aus der Wilmerdorfer Straße 11. Der Knabe setzte sich auf das Bollwerk unter der Brücke und vergnügte sich damit, Steine in das Wasser zu werfen. Dabei verlor der Schüler das Gleichgewicht und stürzte in die Spree. Obwohl auf das Hillegeschrei der übrigen Kinder ein vorübergehender Arbeiter sofort in einem Kahn an die Unfallstelle fuhr, konnte er den Verunglückten nicht mehr retten. Erst nach längerem Suchen konnte die Leiche des Ertrunkenen gelandet werden.

Die Ferienreise für Charlottenburger finden vom Mittwoch, den 16. Juli, ab wie folgt statt: Treffpunkt um 1 Uhr, 1. Gustav-Adolf-Platz (an der Schule) zur Jungfernhöhe; 2. Bahnhof Charlottenburg (Haupteingang Stuttgarter Platz) zum Grunewald. Brot und Kaffee ist mitzubringen. Soweit die Eltern in der Lage sind, sollen sie den Kindern das Fahrgeid in Höhe von 10 Pf. mitgeben. Rückkehr abends 8 Uhr.

### Adlershof.

Das von der Gemeinde errichtete Freibad an der Oberspree bei „Reptunshain“ ist jetzt fertig und eröffnet worden. Um die vielen Bäder zu besichtigen, sei besonders bemerkt, daß das Bad nicht nur für die Adlershofer Einwohner allein vorhanden ist, sondern jedermann Zutritt hat. Der Eintrittspreis beträgt für Erwachsene Personen 10 Pf. und für Kinder 5 Pf. Die Adlershofer Gemeindeglieder haben wochentags bis 2 Uhr mittags freien Zutritt gegen Vorzeigung der von dem Rektor der Schule ausgefertigten Ausweiskarte. Das Bad mit seinem schattigen Strand ist besonders geeignet, für die Arbeiterschaft ein Erholungsort nach der schweren Tagesarbeit zu werden. Für die Verfahrer aus Berlin oder Neukölln bietet sich eine bequeme Fahrverbindung bis Bahnhof Oberspree oder Spindlersfeld.

### Pantow.

Die Gewerkschafts-Unterkommission teilt mit: Mit dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung müssen die Wahlen zu den Ausschüssen der Krankenkassen erledigt sein. In unserem Ort werden dieselben in der ersten Hälfte des Septembers stattfinden. Um nun rechtzeitig eine vollständige Liste aufstellen zu können, ersuchen wir die Kollegen, in dem Betrieben hierzu Stellung zu nehmen und die Vorschläge an den Obmann der Gewerkschafts-Unterkommission Otto Gätig, Dingelde 38, bis spätestens Sonntag, den 27. Juli, einzusenden. Zu wählen sind 60 Vertreter und für jeden 2 Stellvertreter.

Die Kinderspiele beginnen am Mittwoch, den 16. d. M., nachmittags 2 Uhr. Treffpunkt des Nordbezirks Flora- Ecke Gaillardstraße und Breitenstraße, an der Kirche. Abmarsch 1 1/2 Uhr nach dem Spielplatz, Aßingerstraße am Amtsgericht. Die Kinder des Südbezirks wollen gleich nach dem Spielplatz gehen. Die Spiele beginnen Montag, Mittwoch und Freitag, nachmittags 2 Uhr, Dienstag und Donnerstag morgens 9 Uhr. Essen und Trinken ist mitzubringen. Es wird um rege Beteiligung bei diesen Veranstaltungen erucht.

### Röhenid.

Tödlischer Straßenunfall. Von einem Schlächterwagen überfahren und getötet wurde am Freitag die fünfjährige Tochter des Zimmermanns Gruber aus der Grünauer Straße in Röhenid. Als gegen 10 Uhr vormittags Frau G. mit der Kleinen den Köllnischen Platz in Röhenid passierte, riß sich das Mädchen von der Hand der Mutter los, um über den Fahrdamm zu laufen. Als das Kind einem heranrückenden Wagen der Straßenbahn ausweichen wollte, geriet es gegen ein aus entgegengekehrter Richtung kommendes Gefährt des Fleischermeisters K. aus der Bahnhofstraße, das von dem Lehrling Krog gelenkt wurde. Der Kutscher versuchte zwar nach Kräften die Pferde herumzureißen, konnte jedoch das Unglück nicht mehr verhindern. Das Mädchen wurde umgestoßen und fiel

unter den Wagen, dessen Vorderräder über die Bodenröhre hinweggingen. Mit schweren inneren und äußeren Verletzungen wurde die Verunglückte zu einem in der Nähe wohnenden Arzt gebracht, unter dessen Händen sie alsbald verstarb. Die Schuld an dem bedauerlichen Unglücksfall, der sich vor den Augen der entsetzten Mutter abspielte, konnte noch nicht einwandfrei festgestellt werden.

### Brig-Bankow.

Zum Behen der Ferienspiele sind Sammellisten herausgegeben. Spenden nehmen alle Hauskassierer sowie Genosse Freudenreich, Hannemannstr. 35 (Baden), entgegen.

### Pankow.

Die Ferienausflüge finden wie im Vorjahre jeden Montag und Donnerstag statt. Treffpunkt 1 1/2 Uhr, neue Schule, Seydlitzstraße. Spä: dau.

Die Sozialdemokratie und der „Rote Adler“ in Spandau. Nach Abdruck unserer Notiz über die Lokalfrage vom Freitag schreibt das konservative „Spandauer Tageblatt“ unter obiger Ueberschrift: „Das rote Parteiorgan ist wieder einmal, was nicht weiter wunder nimmt, mit der Wahrheit gehörig entgleist. Der königlichen Kommandantur in Spandau ist nicht im Traum eingefallen, dem Einfluß des Seigischen Hofkottis — wenn man von einem solchen überhaupt sprechen kann — irgendwie Rechnung zu tragen. Im Gegenteil verbot ein Kommandanturbefehl den Zutritt des Militärs zum „Roten Adler“, solange der Inhaber sozialdemokratische Versammlungen gestattete. Diefem Befehl kamen die Soldaten gern und willig nach. Erst nachdem der Wächter des „Roten Adlers“ den Volksoberführern die Tür gewiesen, hat die königliche Kommandantur das Lokal wieder freigegeben. . . Gleich nach Uebernahme des „Roten Adlers“ vor einiger Zeit durch Herrn Leichter gab dieser der königlichen Kommandantur in Spandau kund, daß er sozialdemokratische Versammlungen in seinem Lokal künftig nicht mehr dulde, und bat gleichzeitig, dem Militär den Zutritt nicht zu vertragen. Diefem Anfinnen kam die königliche Kommandantur auch bereitwillig nach.“

Es ist eine ziemliche Unverschämtheit des „Spandauer Tageblatts“, die unwahre Behauptung aufzustellen, in der Zeit, in der der „Rote Adler“ allen Parteien, also auch der sozialdemokratischen, zur Abhaltung von Versammlungen zur Verfügung stand, sei durch einen Kommandanturbefehl dem Militär der Zutritt zum „Roten Adler“ verboten worden. In dieser Zeit hatten lediglich einige übereifrige Regimentskommandeure den „Wunsch“ ausgesprochen, daß die Soldaten das Lokal nicht besuchen möchten. Nebenächlich hierbei ist, daß die Kapelle des Gardefußartillerieregiments seinerzeit die Probe vom „Roten Adler“ nach den „Dichtspielen“ verlegte. Ummständliche Tatsache ist, daß während der ganzen Zeit, in der im „Roten Adler“ sozialdemokratische Versammlungen stattfanden, jeden Sonntag mindestens hundert Soldaten, darunter auch einige Unteroffiziere, das Theater in demselben Lokal besuchten und auf wiederholtes Vertragen erklärten, daß ein Verbot zum Besuch des „Roten Adlers“ nicht vorliege. Das Gleiche erklärte auch der Theaterdirektor Passig. Sämtliche bürgerliche Parteien am Ort hatten eben eingeschrieben, daß die Lokalfrage am besten dadurch gelöst war, daß der „Rote Adler“ allen Parteien zur Verfügung stand. Dieser vernünftigen Ansicht hatte sich auch die Kommandantur endlich angeschlossen und einen offiziellen Vorfall über den „Roten Adler“ nicht verhängt. Lediglich die Arbeiterfeindschaft des jetzigen Unterpächters Leichter hat diesen dazu veranlaßt, diesen alle Teile befriedigenden Zustand aufzuheben und der Arbeiterschaft den „Roten Adler“ zur Abhaltung von Versammlungen brüst zu verweigern. Dies veranlaßt natürlich die organisierte Arbeiterschaft, über den „Roten Adler“ den verschärften Vorfall zu verhängen. — Betreffs des früheren Seigischen Hofkottis wollen wir heute nur bemerken, daß es dem „Spandauer Tageblatt“ nachstehende bekannte Reichsverbandshänger waren, die den Hofkottis zur Führung der ins Unendliche gehenden Vorfallklagen anstifteten. Als aber die Klagen für den Kläger fast durchweg einen ungünstigen Verlauf nahmen und S. außer dem durch den Vorfall erlittenen Schaden auch noch 7000 bis 10 000 M. Prozeßkosten zu bezahlen hatte, brühten sich die falschen Ratgeber und schlugen sich seitwärts in die Wäsche.

## Aus aller Welt.

### Eine Eheirung im Hause Wittelsbach.

In dem Ehescheidungsprozeß des 82jährigen Herzogs Ludwig in Bayern gegen seine Ehefrau Antonie v. Bartolf fand Freitag nachmittags 4 Uhr vor der 1. Zivilkammer des Landgerichtes München 1. Schlusshandlung statt. Der Vertreter der Beklagten R. A. Dr. Bernheim gab die Erklärung ab, daß er in Rücksicht auf die Interessen S. A. Hobelt und des königlichen Hauses auf jede weitere Einrede gegen die Klage und Erklärungsabgabe verzichte. Die 1. Zivilkammer erließ dann Urteil dahin, daß die Ehe zwischen S. A. G. Ludwig in Bayern und seiner Ehefrau Antonie v. Bartolf aus Verschulden der Beklagten geschieden sei. Beide Parteivertreter gaben die Erklärung ab, daß sie auf Revision gegen das Urteil verzichten, so daß es sofort Rechtskraft erhielt. Die vermögensrechtlichen Auseinandersetzungen wurden außergerichtlich vergleichsweise zur Zufriedenheit der Frau v. Bartolf geregelt. — Verständlich wird dieses Urteil dann, wenn man ein Urteil der 5. Zivilkammer, das vor einigen Tagen ergangen ist, betrachtet. Durch dieses Urteil hatte Herzog Ludwig Bestätigung dahin verlangt, daß er nicht der Vater des von der Frau v. Bartolf vor einigen Monaten geborenen Kindes sei. Zur Verhandlung über diesen Rechtsstreit war Frau v. Bartolf selbst erschienen; das Urteil lautete dahin: Es wird festgestellt, daß Herzog Ludwig nicht der Vater des Kindes der Frau v. Bartolf ist.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

Zweiter Kreis. Am Dienstag, den 15. Juli: Dampferpartie der Genossinnen nach Woltersdorfer Schanze. Abfahrt 9 Uhr von der Seigischerbrücke. Fahrpreis hin und zurück 50 Pf. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Volksbad. Am Dienstag, den 15. Juli, findet ein Ferienausflug nach Kranenburg statt. Treffpunkt früh 8 1/2 Uhr an den Paradiesbühlern. Abmarsch pünktlich 9 Uhr. Bei unangenehmem Wetter findet der Ausflug eine Woche später statt.

Pankow. Statt des Juli-Abends findet am Dienstag, den 15. d. M., ein Ausflug nach Waldmannslust statt. Abfahrt morgens 9.55 Uhr vom Nordbahnhof; Treffpunkt für Radfahrer Lokal Bergglocke, Waldmannslust, bis 2 Uhr nachmittags.

Allgemeine Familienverbände. Heute Saalung von 3—6 Uhr im Restaurant Adlerstr. 122.

### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wasserbureau

Wasserstand		Wasserstand	
am 11. 7.	seit 10. 7.	am 11. 7.	seit 10. 7.
cm	cm <sup>1</sup>	cm	cm <sup>1</sup>
Remel, Müst	195 +1	Saale, Großhau	96 —12
Bregel, Ankersburg	0 +4	Qabel, Spandau	4 —1
Waldsel, Thon	300 —10	Kathenow	—14 0
Oder, Raitzer	374 —58	Spree, Spremberg	70 —2
Kroffen	200 —17	Beckom	80 —1
Jeanfurt	192 +18	Ber, Müden	148 0
Schrumm	92 +6	Minden	228 —2
Wartbe, Schrumm	—1 —6	Rhein, Magilianskau	540 +50
Landberg	—1 —6	Kaub	257 +1
Rebe, Borsdamm	—38 —2	Adin	241 +6
Elbe, Reitmerg	32 +21	Adin	241 +6
Preßden	—112 —3	Rekar, Heilbronn	79 —1
Barby	158 —12	Rain, Samau	146 +5
Wagdeburg	132 —9	Wald, Trier	55 —10

+) + bedeutet Hoch, — Fall. — \*) Unterpegel.

# Unser Saison-Ausverkauf

# Leiser Bis 50% Ermäßigung

**DAUERT FORT**

König-Strasse 34  
 Leipziger Strasse 65  
 Tauentzien-Strasse 20  
 Oranien-Strasse 47a  
 Moabit Turm-Strasse 50

Oranien-Strasse 34  
 Friedenau, Rheinstr. 14  
 Müller-Strasse 3a  
 Neukölln, Bergstr. 7b



**Theater.**  
**Schiller-Theater O.**  
 Döllner-Theater.  
 Sachse-Oper.  
 3 Uhr: **Undine.**  
 (Zu ermäßigten Preisen.)  
 8 Uhr: **Don Juan.**  
**Berliner Theater.**  
 8 Uhr: **Filmzauber.**  
**Deutsches Schauspielhaus**  
 8 1/2 Uhr: **Eine Bergangenheit.**  
**Kroll-Oper**  
 7 1/2 Uhr:  
**Die Meistersinger von Nürnberg.**  
 Montag:  
**Lohengrin.**  
**Theater am Nollendorfplatz**  
 Täglich 8 1/2 Uhr:  
 — Kino — im **Varleté** —  
 im **„Mann mit der grünen Weste.“**  
**DOSE-THEATER**  
 Große Franziska Str. 122.  
 Ensembl.-Gastsp. Dodak-Lutz  
**Tagebuch einer Verlorenen.**  
 Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Achtung! Es geht los!**  
 Anfang 4 Uhr.

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.**  
 Heute Sonntag, den 13. Juli 1913, im Etablissement „Schloß Weißensee“:  
**Sommerfest**  
 bestehend in Konzert, Massengesang, turnerischen und sportlichen Vorführungen, Feuerwerk und Volksbelustigungen.  
 Mitwirkende: Zwei Musikkapellen, Gesangsvereine des Arbeiter-Sängerbundes, Schwimmer, Athleten, Freie Turner und Spezialitäten.  
 In den Sälen: **Tanz.**  
 Auf der Wiese **Kinderspiele** unter Leitung bewährter Fachleute. — Die **Kaffeeküche** ist von 2 bis 6 Uhr nachmittags geöffnet.  
**Anfang mittags 12 Uhr. Billetts im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 25 Pf. Programmhefte gratis.**  
 Jedes Kind erhält am Eingang 2 Bons, einer wird gegen eine Stocklaterne umgetauscht, der andere gilt zur Benutzung des Karussells. — Fahrverbindung mit den Linien: 59, 60, 61, 62, 72, 78 sowie mit der Stadt- und Ringbahn (Nordring). 228/15\*

**Brauerei Friedrichshain**  
 Am Königstor. Def.: Ernst Liebig.  
 Jeden Dienstag- und Donnerstagnachmittag:  
**Kaffee-Frei-Vorstellung**  
 der Norddeutschen und Apollo-Sänger  
 bei freiem Entree. Freitag: Frei-Konzert.

**Berliner Kindl-Brauerei-Ausschank**  
 Hermannstr. 214/18 Neukölln Fernspr.: Neukölln 79.  
 Oekonom: Robert Bergner.  
 Täglich **Großes Gartenkonzert**  
 Anfang: Wochentags 7 Uhr, Sonntag nachmittags 4 Uhr.  
 Entree: Wochentags 15 Pf., Sonntags 20 Pf.  
 Saisonkarte pro Person 1 M.

**Schweizer-Garten**  
 Am Friedrichshain 29/32. Am Friedrichshain 29/32.  
 Heute sowie täglich:  
**Konzert, Theater, Spezialitäten und Ball.**  
 Anfang Sonntags 4 Uhr, Wochentags 8 1/2 Uhr.  
 Ab 16. Juli er.:  
**Mr. Wissington** mit seinen fünf dressierten Raubtieren.

**Passage-Panoptikum**  
**Der persische Augenfakir**  
 in seinen fanat. Dervisch-Manteln  
 (hebt u. a. mit den Augen schwere Gewichte).  
**8 Schwestern Liliput,**  
 die kleinst. Schwest. der Welt.  
**Alles lebend! Ohne Extra-Entree!**

**ZOOLOGISCHER GARTEN**  
 Heute Sonntag: **Eintritt 50 Pf.**  
 Kinder unt. 10 Jahren die Hälfte.  
 Ab nachm. 4 Uhr: **Großes Militär-Konzert** (3 Kapellen).  
 Täglich: **Militär-Doppel-Konzert.**

**Restaurant Parkschloß**  
 Am Treptower Park 86, Ecke Parkstraße.  
 Inh. **Friedrich Kubat.** Tel.: Moritzplatz 3474.  
**Großer schattiger Garten.** Säle zum Abhalten v. Versammlung u. Vergütung, j.d. Art.  
**Verelnszimmer frei.**  
**Jeden Sonntag: Freikonzert u. Kaffeekochen.**  
 In dieser Saison noch verschiedene Sonnabende frei.

**Schwarzer Adler, Lichtenberg**  
 Frankfurter Chaussee 5, am Ringbahnhof Frankfurter Allee.  
 Täglich das erstklassige Spezialitäten-Programm mit  
**Karl Braun**  
 Deutschlands bester Verwandlungsschauspieler.

**Metropol-Theater.**  
 abends 8 Uhr:  
**Die Kino-Königin.**  
 Operette in 3 Akten von Jul. Freund und G. Clontowdt.  
 Musik von Jean Gilbert.  
 In Szene geleit v. Dir. Rich. Schulz.

**Volksgarten-Theater.**  
 Badstr. 8 und Sellermannstr. 20/25.  
 Sonntag, 13. Juli, und folg. Tage:  
**Unsere Don Juans.**  
 Gesangsposse in 4 Akten v. E. Repton.  
 Dazu: **Grüßliches Spezialitätenprogramm.** Anfang 4 Uhr.  
 Im Saale: **Großer Ball.**  
**Neue Welt**  
 A. Scholz, Hasenheide 108-114  
 Heute, Sonntag, 13. Juli:  
**Großes Doppelkonzert und Vorstellung.**  
 Anf. 4 Uhr. Entree 25 Pf.  
 Im Riesen-Festsaal:  
**Großer Ball.**

**SPREE-HAVEL Stern**  
**DAMPFSCHIFFFAHRT-GESELLSCHAFT**  
**Täglich billige Feriendampfersfahrten.**  
 Ab Jannowitz (Volterdorfer Schleuse u. nachm. abwechselnd brücke vorm. 9 nach Neue Mühle, Rauschgangwerber, u. nachm. 2 Uhr) (Müggelheim, Krampenburg, Freib. Grünau, vorm. 9.30 Uhr jeden Montag, Mittwoch, Donnerstag u. Neue Mühle, 10 Uhr jeden Mittwoch nach Verdorfer Schleuse, 8.30 Uhr jeden Montag Gesellschaftsfahrt (3.10 R.), 8.00 Uhr jed. Dienst. u. Freitag billige Fahrt (2.00 R.).  
 täglich Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag bis Herder, (Potsdam) Sonnabend bis Herder.  
 Ab Weidenhammerbrücke 7.30 Mont. u. Mittw. (2 R.) Brandenburg. (Potsdam) 3 Uhr jed. Mont. u. Donnerst. Rumb. um Potsdam. (Eisenbahn-Post) 2. Dienstag u. Freitag nach Hohen u. Paretz. (Karl-Wilhelm-Brücke) 3. Mittwoch nach Bepow u. Müdener Alpen.  
 Ab Wlakensee (Beusselstr.) jeden Sonntag vorm. 9.30 nach Heiligensee.  
 Ab Legel u. vorm. 9 Uhr jeden Dienstag u. Donnerstag (u. Verhulstsee Spandau nachm. 2. Mittwoch und Freitag (Oranienbg.) (Trittkrahe) Sam 2 U. j.d. Montag. n. Belten, j.d. Freitag. n. Hennigsdorf.

**Kreuzberg-Festsäle und Garten**  
 Bei Otto Ernst, SW, Kreuzbergstr. 48  
 Jeden Sonntag:  
 Große Spezialitäten- und Theater-Vorst. Entree 15 Pf.  
 Jeden Mittwoch:  
**Residenz-Sänger.**  
 Jeden Freitag:  
**Paul Manthey's lust. Sänger.**  
 Ballett u. Vorträge, gültig.  
 Jedes neues Programm!  
 Einige Sonnabende und Totenfeiertag an Vereine zu vergeben.

**„CINES“**  
**Nollendorf-Theater**  
 Nollendorfplatz 4.  
 Einiges Theater Deutschlands mit versch. liebbar. Dsch.  
**Villa Stillfried**  
 Drama in 3 Akten  
**MAX LINDER**  
 als Katzenfeind  
 Humoreske.  
 Vorstellung 7 und 9 Uhr.  
 53mtl. Plätze sind nummeriert.

**Elysium, Allee 40/41.**  
 Täglich:  
**Konzert, Spezialitäten, Ball.**  
 Anfang 8 Uhr. Entree 10 Pf.  
 Vereine! Sonnabende, sowie Wochentage ist Saal und Garten mit Spezialitäten gratis zu vergeben.

**Berliner Prater-Theater**  
 7-9 Saganen-Allee 7-9.  
 Täglich:  
**Das Bummelmädchen**  
 Or. Ausstattung, in 4 Akte v. R. Gepp  
 Musik von Hirsch und Schreyer.  
 Größt. Spezialitäten-Konzert.  
 Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 35 Pf.  
**Voigt-Theater**  
 Badstraße 58.  
 Sonntag, den 13. Juli:  
**Gewonnene Herzen.**  
 Volkstümlich mit Gesang und Tanz  
 in 3 Akten von G. Müller.  
 Vollständig neue Spezialitäten.  
 Sollenöffn. 10 Uhr. Anfang 4 Uhr.

**Deutscher Arbeiter-Sängerbund**  
 Gau Berlin und Umgegend.  
**Sonntag, den 27. Juli 1913:**  
**22. Sänger-Fest**  
 in Schloß Weißensee.  
**Gesamtchöre** unter Leitung des Bundesdirigenten Herrn van den Dries. — **Einzelchöre.**  
**Konzert des Berliner Konzerthaus-Orchesters (Franz v. Blon).** \* **Feuerwerk.**  
 Von 4 ab: **TANZ** gegen Nachzahlung von 50 Pf. — Die **Kaffeeküchen** sind von 12 bis 6 Uhr geöffnet.  
 Billetts im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 30 Pf. — (Festheft mit Programm an der Kasse gratis.)  
**Anfang mittags 12 Uhr.** 17/12  
 sind in den mit Plakaten belegten Handlungen zu haben; ebenso bei den Vorstandsmitgliedern:  
**P. Kupfer,** Landsberger Allee 58; **Julius Klare,** Glasgower Str. 8; **A. Selkret,** Neukölln, Thüringer Str. 10 III; **J. Steffens,** Langenbeckstr. 5, Quergeb. I; **O. Engel,** Neukölln, Reuterstr. 11, Stf. III; **Paul Schneider,** Hufelandstr. 33, Laden; **G. Watzky,** Schliemannstr. 2 III.  
**Der Vorstand.**

**Admiralspalast.**  
**Eis-Arena**  
 Angenehm kühler Aufenthalt.  
**Heute 2 Vorstellungen**  
 nachm. und abends  
 Das sensationelle Eis-Ballett  
**Flirt in St. Moritz.**  
 Beg. d. Nachm.-Vorst. (z. halb. Preis.) um 4 1/2 U., Schluß 7 U.  
 Beginn der Abend-Vorst. um 9 Uhr. Einlaß ab 7 1/2 Uhr.  
 Ab 10 1/2 Uhr halbe Preise.  
 — Erstklassige Küche.  
**Wein- u. Bier-Abteil.**

**LUNA PARK**  
 Heute Pfennig  
**50 Elite-Sonntag**  
 Ab Mittwoch, den 16. Juli:  
 Tägl. Militär-Konzerte

**Alhambra**  
 Döllner-Theater-Str. 15.  
**Jeden Sonntag: Großer Ball.**  
 Großes Orchester. Anfang Sonntags 5 Uhr.  
**A. Zameifat.**

**Reichshallen-Theater**  
 Letzte Sonntags-Soiree  
 der Stettiner Sänger  
 vor ihrer  
 Perlereise  
**D. große Gottheib.**  
 Anf. 7 1/2 Uhr.  
 16. Juli:  
 1. Gastspiel der  
 berühmten  
**Dresdener Victoria-Sänger**

# Verband der Sattler u. Portefeuller

Ortsverwaltung Berlin.

Mittwoch, den 16. Juli 1913, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 58/59:

## General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht und Abrechnung vom 2. Quartal 1913. 2. Vortrag des Kollegen Blum über: Zweck und Ziel der Volkshilfe. 3. Diskussion. 4. Aufnahmebericht des Kollegen Otto Geese, Paul Bahidil und Hugo Weidner. 5. Auswahlsatzung gegen den Kollegen Johann Schäfer. 6. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder erwartet

187/7

Die Ortsverwaltung.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin C 54, Finienstr. 83-85.

Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Montag, den 14. Juli 1913, abends 8 1/2 Uhr:

## Außerordent. Generalversammlung

unserer Verwaltungsstelle

im gr. Saale der Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 28.

Tagesordnung:

„Der internationale Metallarbeiterkongress in Berlin.“ Mitgliedsbuch und Legitimationskarte sind vorzulegen; ohne diese kein Zutritt. Vertretung ist nicht zulässig. Besondere Einladungen erfolgen diesmal nicht.

Dienstag, den 15. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in den „Prachtställen Nord-West“, Wielestr. 24:

## Fortsetzung der Bezirksversammlung vom 7. Juli.

Tagesordnung:

Bericht vom Verbandstag in Breslau.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Dienstag, den 15. Juli, abends 8 Uhr:

## Mitglieder-Versammlung für Adlershof und Alt-Glienice

im Lokal von Rich. Kaul, Adlershof, Bismarckstraße 16.

Tagesordnung:

1. Bericht vom Verbandstag in Breslau. 2. Bezirksangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Dienstag, den 15. Juli, abends 8 1/2 Uhr:

## Versammlung sämtl. Autogenschweißer

bei Hoffmann, Dragonerstraße 15.

Tagesordnung:

Beratung und Beschlussfassung über die einzureichende Tarifvorlage. Berichtshalter: Kollege B. Siering.

Kollegen! Erscheint vollständig und pünktlich in obigen Versammlungen.

Achtung! Die nächste ordentliche Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin findet am Montag, den 25. August d. J., statt.

Anträge müssen bis zum 23. Juli in Händen der Ortsverwaltung sein.

121/19

Die Ortsverwaltung.

# Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Putzer.

Am Mittwoch, den 16. Juli, abends 8 Uhr:

## Versammlungen

in folgenden Lokalen:

Bez. Wedding	bei Hoffmann, Baselwälder Straße 3
„ Gesundbrunnen	„ Tausch, Prinzenallee 17
„ Norden I	„ Schmidt, Bappellallee 64
„ Osten	„ B. Hoffmann, Königsberger Straße 28
„ Südosten	„ Fröhlich, Muskauser Straße 1
„ Westen	„ Wiemer, Bülowstraße 58
„ Nordosten	„ Krause, Bölowstraße 8
„ Moabit	„ Bachstein, Schlauwedeleer Straße 16
„ Bismarck	„ Bienenhagen, Scharnwederstraße 60
„ Neukölln	„ Hoppe, Hermannstraße 48
„ Charlottenburg	im Volkshaus, Rosinenstraße 3
„ Steglitz	bei Liebske, Mommsenstraße
„ Pankow	„ Arteris, Florastraße 90
„ Gr. Lichterfelde	„ Wahrendorf, Käsestraße 22
„ Friedrichshagen	„ Schröder, Seestraße 103
„ Weißensee	„ Penkert, Berliner Allee 251

Am Donnerstag, den 17. Juli:

„ Schöneberg	„ Obf, Weininger Straße
„ Norden II	„ G. Hoffmann, Svinemilinder Str. 47.

Kollegen! Da in diesen Versammlungen wichtige Angelegenheiten zur Erörterung kommen, wird vollständiges Erscheinen erwartet.

143/6

Die Obleute.

# Deutscher Arbeiter-Sängerbund.

Gau Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 20. Juli 1913, vormittags pünktlich 11 Uhr, im großen Saale der Brauerei Friedrichshain:

## Übungsstunde

für den Bezirk I (Berlin).

Geübt werden folgende Lieder: 1. Tord Foleson. 2. Ich warte Dein. 3. Eine Mühle liegt im Tal. 4. Hinaus.

Im Nebensaal pünktlich 10 Uhr:

## Ausschuß-Sitzung

Tagesordnung:

1. Aufnahme von Vereinen. 2. Bundesangelegenheiten.

Die Vereine werden ersucht, bis spätestens 20. Juli die Zahl der Teilnehmer am Sängerfest beim Vorsitzenden anzugeben.

Der Vorstand.

17/11

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den

# Orts-Krankenkasse der Tabakarbeiter

zu Berlin.

Einladung

zur

## Außerordentlichen General-Versammlung

am 22. Juli, abends 8 1/2 Uhr, nach dem Lokal des Herrn V o B, Beberstr. 6.

Tagesordnung:

1. Berichten des Protokolls der letzten Generalversammlung. 2. Aufklärung unserer Kassemitglieder über die Verhältnisse der diesjährigen Kasse nach dem 1. Januar 1914. 3. Abfindung der Witwen verstorbener Kassemitglieder. 4. Regelung der Anstellungsverhältnisse des Nebendanten. 5. Verschiedenes.

Der Vorstand.

274/2

# Orts-Krankenkasse Berlin-Hohenschönhausen.

Der in der Generalversammlung vom 28. April 1913 beschlossene und vom Bezirksausschuß unter dem Juni cr. genehmigte 10. Nachtrag tritt mit dem 1. Juli d. J. in Kraft.

Druckempfehle sind im Kassensaal erhältlich.

Berlin-Hohenschönhausen, 11. Juli 1913.

Der Vorstand.

R. Patzelt, M. Quast, Vorsitzender, Schriftführer.

273/20

143/15\*

Der Ortsverwaltung.

143/15\*

Der Ortsverwaltung.

# Vereinigung Jugendheim Neukölln

Dienstag, den 15. Juli 1913, abends 8 1/2 Uhr, in Barfischer Festhallen, Hermannstraße 49, großer Saal:

## General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Verwaltungsbericht vom letzten Geschäftsjahr. 2. Aufstellung des Voranschlags für das Jahr 1913/14. 3. Wahlen: a) Vorstand; b) Revisoren; c) Verwaltungsrat. 4. Verschiedenes.

Mitgliedskarte legitimiert.

Cheffrauen von Mitgliedern haben als Gäste Zutritt.

Der Vorstand.

# Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Montag, den 14. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Wille, Sebastianstraße 39:

## Versammlung

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht vom zweiten Quartal. 2. Sektionsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreiches Besuch aller im Gips- und Betonbaugewerbe beschäftigten Kollegen erwartet mit kollegialem Gruß.

Der Sektionsvorstand. V. A.: Paul Hähne.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Risten- und Koffermacher.

Dienstag, den 15. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal von Bocker, Weberstr. 17:

## Branchen-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag über „Die Volkshilfe“. Referent: Kollege W. Ritschke.
2. Verhandlungsangelegenheiten. 3. Branchenangelegenheiten und Wahl von Kommissionsmitgliedern und des Obmanns.

Die Kollegen werden ersucht, auch ihre Frauen mitzubringen.

Die Ortsverwaltung.

85/17

# Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands

Mittwoch, den 16. Juli 1913, abends 8 1/2 Uhr, bei Bocker, Weberstraße 17:

## General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Kassen- und Geschäftsbericht pro 2. Quartal. 2. Vortrag über: „Die Arbeiterschaft und der Geburtenrückgang in Deutschland“. Referent: Dr. Moses. 3. Verschiedenes.

Kollegen und Kolleginnen! Im Anbetracht der eminent wichtigen Tagesordnung erwartet vollständiges Erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Zur Beachtung! Am Sonnabend, den 19. Juli, findet im Gymnasium, Rindberger Allee 41, das Sommerfest des Verbandes statt. Eintritt 20 Pf. Anfang 4 Uhr.

# Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz

10-2. 5-7. Sonntags 10-12.

Arbeiter-

Gesundheits-Bibliothek

Jedes Heft 20 Pfg.

J. Baer

Badstr. 20 Ecke Prinz-Allee

Herrn- und Knaben-

Moden, Berufskleidung, Eleg. Paletots, Grobes

Stofflager zur Anfertigung nach Maß. Aller-

billigste streng feste Preise.

**PUCK**  
die neue  
Qualitäts 3 Cigarette  
m/Goldmst m/Mohlmst. flach

GEORG A. JASMATZI A.G. DRESDEN  
GRÖSSTE DEUTSCHE  
CIGARETTENFABRIK

Clittert

# Allgemeine Ortskrankenkasse zu Berlin.

Am Dienstag, den 22. Juli 1913, abends 7 1/2 Uhr, findet im „Berliner Klubhaus“, Dönhofsstraße 2, eine

## Außerordentliche General-Versammlung

statt, zu der die für 1912/13 gewählten Vertreter hiermit ersucht werden.

Tagesordnung:

1. Beschlussfassung über die vom Oberverwaltungsamt für notwendig erachteten Änderungen der Satzung.
2. Beratung und Beschlussfassung über eine Krankenordnung.
3. Beschlussfassung über die notwendig gewordenen Änderungen des Regulators, betreffend Ruhegehalt und Hinterbliebenenfürsorge der Angestellten der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Berlin.
4. Regelung der Hilfsarbeiterfrage.
5. Bericht des Vorstandes über die Vereinigungsbedingungen der in Frage kommenden Ortskrankenkassen.

Berlin, den 13. Juli 1913.

Der Vorstand.

Wilhelm Viehl, Vorsitzender.

# „Berolina“

Fliesenleger-Produktivgenossenschaft

Eintragung Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Schöneberg, Sachsendamm 44.

Nachtrag-Bekanntmachung zur Bilanz der 31. Dezember 1912.

Die Vollsumme sowie Genossenschaftsanteil-Rente haben sich im Laufe des Jahres um 2250 Mark vermehrt. Die Vollsumme beträgt Ende 1912 5750 Mark.

Der Vorstand.

Heinr. Huxhold, Wilh. Wüsthof.

# Spezialarzt

für Harnleiden und Syphilis.

Ehrlich-Hata-Kuren. Blutuntersuchung. Schnelle, sichere Heilung. Mäß. Preise.

Dr. med. Wockenfuß, Friedrichstr. 125, Oranienb. Tor. Spr. 8-8, Sonnt. 8-9.

# Gneisenaustraße 10.

S. Grau, billigste u. beste Bezugsquelle für

## Möbel jeder Art.

Kassa und Teilzahlung.

106/2

106/2

106/2

106/2

106/2

106/2

106/2

106/2

106/2

106/2

106/2

106/2

106/2

106/2

106/2

106/2

106/2

106/2

Bürgerliche Jugendliteratur.

II.

Jugendpflege. Alte und neue Wege zur Förderung unserer schulentlassenen Jugend. Herausgegeben vom Hauptauschuss für Jugendpflege in Charlottenburg. Eugen Dieberichs Verlag in Jena 1912. Preis 3 M.

Das Buch enthält die Vorträge, die in einem von der Potsdamer Regierung angeordneten bürgerlichen Ausbildungskursus für Jugendpflege gehalten worden sind. Die Ausführung lag in den Händen des Charlottenburger Magistrats und des Charlottenburger Hauptauschusses für Jugendpflege. Ueber 200 Zuhörer, meistens aus den Gemeinden des Regierungsbezirks Potsdam, nahmen an dem Kursus teil. In dem Vorwort des Buches wird mit besonderem Eifer darauf hingewiesen, daß die verschiedensten Richtungen der modernen Jugendpflege: evangelische Jugendvereine, katholische Junglingsvereine, konfessionelle Jugendclubs, Fortbildungsschulvereine, Turnvereine zu Wort gekommen sind. Es handelte sich also innerlich und äußerlich um das Sammelsurium, das sich unter dem Stichwort der „staatlichen Jugendpflege“ zusammenfindet. So wenig es für diese künstlich und aus unsachlichen Motiven herbeigerufene Bewegung bis jetzt eine einheitliche Ideologie und gleiche Ziele und Mittel gibt — wahrscheinlich wird es zu dieser Einheitlichkeit niemals kommen — wie in der staatlichen Jugendpflege über Nacht und oft genug wider Willen der abstoßendsten und subalternsten Politiker vom Schlage des Reichsverbandes mit dem ersten, aber etwas weisere Menschenfreund in denselben Stall gesperrt worden ist, so ist auch das Buch mit den Vorträgen des Ausbildungskurses nicht einheitlich. Das wüste Geshimpf des geistlosen Sozialistenfindes findet sich zwar nicht darin, eher herrscht hier und da eine gewisse wissenschaftlich-objektive Schwerehaftigkeit vor und die Arroganz des bürgerlichen Intellektuellen, der, endlich mit der Nase auf das Jugendlitersproblem gestoßen, sich nunmehr sofort einbildet, er wisse alles besser als der proletarische Vater, obwohl dieser schon seit langem praktisch mit dem Problem ringt und es neuerdings auch theoretisch zu meistern sucht. Und die Arbeiterklasse als Ganzes bedarf für ihre Jugendpflege auch nicht der wohlwollenden Führung von Pastoren, Doktoren und Generalen, die Arbeiterklasse hat in jahrzehntelangem, unter den schwierigsten Verhältnissen geführten Kampfe gezeigt, daß sie weiß, wie Kulturaufgaben angepaßt und ihrer Lösung näher gebracht werden müssen. Im einzelnen enthält das Buch brauchbare Fingerzeige und Ratsschläge. Was Sonder, ein Fortbildungs- und Handelschullehrer in Charlottenburg, aus seiner Praxis der Jugendpflege an der Fortbildungsschule mitteilt, werden auch proletarische Jugendpfleger mit Interesse und Nutzen lesen. Lesenswerte Beiträge sind auch die Vorträge von Veribold Knäsch über Musik und Jugendpflege, von Fritz über Jugendliteratur, von Kaup über die Hygiene des Junglingsalters und einige andere, so daß das Buch sich für die Handbibliothek der Mitglieder von proletarischen Jugendausschüssen eignet. Die Arbeiterjugendbewegung wird zwar falsch beurteilt oder ignoriert, aber man kann auch von einem Dorfstrauch keine Feigen ernten.

Jugendpflege im Lichte der katholischen Lebensauffassung. Ein Wort der Liebe und Sorge, den Eltern und Freunden der Schulentlassenen gewidmet von Dr. Adolf Vertzmann, Bischof von Hildesheim. Erstes Heft der Beiträge zur Junglingspädagogik und Jugendpflege. Verlag des Generalsekretariats des Verbandes der katholischen Junglingsvereinigungen Deutschlands. Düsseldorf. 40 Pf.

Die Schrift gibt einen lehrreichen Einblick in den Geist der katholischen Jugendpflege. Wer wenig von der katholischen Weltanschauung und ihrer Propaganda kennt, kann sie aus dieser bischöflichen Sonntagmorgenspredigt ein wenig kennen lernen. „Christi Lehre, Christi Gebote und Christi Einrichtungen sind die Richtlinien aller gesunden christlichen Jugendpflege. Das ist der grundlegende Satz der katholischen Lebensauffassung. An diesem Grundsatze scheiden sich die Wege der konfessionellen, christlichen Jugendpflege und die Wege derjenigen Richtungen in der weltlichen Jugendpflege, die der christlichen Jugendbildung ablehnend gegenüberstehen.“ Dieser Gegensatz wird von dem Verfasser öfter berührt. Ihn kränkt augenscheinlich der Fortgang der interkonfessionellen Jugendpflege. Er kann sie zwar nicht völlig ablehnen, denn sie wird staatlich gefördert. Aber ihren relativen Wert erkennt er doch nur mit schmerzlicher Miene an. Sein Gesicht wird dagegen sofort eitel Freude und breite Wärme, sobald er sich der katholischen Jugendbewegung zuwendet. Nur der Jungling ist gut aufgehoben, der sich einem katholischen Jugendverein anschließt. Alle anderen sind der Gefahr der Verführung ausgesetzt. Alles wird in dem süßlich-falschenden Tone des amtierenden Priesters vorgetragen, so daß man froh ist, wenn man das Buch zu Ende gelesen hat.

Jugendpflege. Von J. Lews. 454. Heft des Päd. Magazin. Langensalza. Hermann Beyer u. Söhne. 1911. 25 Pf.

Auf knappem 12 Seiten erörtert der bekannte liberale Schulpolitiker das Problem im bekannten liberalen Einersitz-Anderserseits. Eigentlich hält er die neue Art der Jugendpflege mit der staatlichen Millionenhilfe weder für nötig noch für richtig. Er bestreitet mit Recht, daß die heutige Jugend verwildert sei als die Jugend früherer Zeiten, er bestreitet die Gefahren, die angeblich aus sozialdemokratischen Jugendorganisationen für den Staat erwachsen, er sagt zutreffend, daß der Staat lieber Millionen für sein mangelhaftes, staatliches Schulwesen, als eine Million für „Beranstellungen Dritter“ ausgeben solle. Aber er findet doch keine klare und „nergische Stellung gegen den parteipolitischen Schwindel der staatlichen Jugendpflege, und gegen die sozialdemokratische Jugendbewegung, die er neben vernünftigen Anschauungen naive und spähige Vorurteile. Auch für ihn bedeutet sie in gewisser Beziehung „eine Gefahr für die bestehende staatliche und gesellschaftliche Ordnung.“ Ein liberaler Politiker bleibt eben stets auf halbem Wege stehen.

Die Gedankenwelt der modernen Arbeiterjugend. Eine Besprechung der roten Jugendbewegung von W. Zigenstein. 1912. Vaterländische Verlags- und Kunstverlag, Berlin SW. 61, Johanniterstr. 6. Preis 1,60 M.

Das Buch ist der Katechismus aller Gegner der proletarischen Jugendbewegung, die diesen wichtigen Kulturfaktor aus Neigung und intellektueller Bequemlichkeit nicht anders als mit den Schmutzmethoden des Reichsverbandes zur Belämpfung der Sozialdemokratie anzufassen wissen. Das Buch ist ein erschreckendes Beispiel für den geistigen Tiefstand und die geistige Bedürfnislosigkeit jener Sorte Gegner. Man sagt wohl kaum gewiß, wenn man behauptet, daß der Verfasser der Schrift die Dokumente für die wirkliche Gedankenwelt der Arbeiterjugend, die tatsächlich wie die literarischen Dokumente, niemals mit seinen leblichen und geistigen Augen geschaut hat. Soweit der Herr

Zigenstein, seines Zeichens Inspektor der Berliner Stadtmision, Gedanken bei seiner Arbeit gehabt hat, waren sie lediglich darauf gerichtet, Gedanken anderer Leute, die sich mit der Arbeiterjugend im guten oder bösen beschäftigt haben, zu einem möglichst biden Buch zu vereinigen. Die inhaltlich dürftigen Lesefrüchte des Herrn Zigenstein, die er aus der Lektüre arbeiterfeindlicher Zeitungen, Zeitschriften, Flugblätter, Bücher und Kalender beiläufig geerntet hat, hat er mit Lesefrüchten aus sozialdemokratischen Schriften, Flugblättern, Protokollen bunt durcheinander gemischt wie die Karten bei einem Kartenspiel; und das Krause Durcheinander wird dann durch die gedankenarme, in klatschenden Schlagwörtern schwelgende Sprache des untergeordneten und hagerfüllten politischen Fanatikers notwendig miteinander verbunden. Wer in der Arbeiterbewegung im allgemeinen und in der proletarischen Jugendbewegung im besonderen lediglich das teuflische Werk gemeiner Subjekte sieht, wird in Zigensteins Schwärmerei eine wertvolle Unterfütterung seiner Ansicht begrüßen. Jeder ernst denkende Gegner aber, jeder Mensch, der für gesellschaftliche Erscheinungen nach gesellschaftlichen Ursachen forscht, wird das Buch als wertlose literarische Spreu in den Papierkorb werfen.

Der Jugendpräses. Persönliche Voraussetzungen im Präses zur Lösung der Aufgaben eines Junglingsvereins von Professor G. Lenhart, Präsespräsident der katholischen Jugendvereinigungen des Bistums Mainz. Zweites Heft der Beiträge zur Junglingspädagogik und Jugendpflege. Verlag des Generalsekretariats der katholischen Junglingsvereinigungen Deutschlands. Düsseldorf. 30 Pf.

Ein Büchlein, das auch proletarische Jugendpfleger mit Interesse und Gewinn lesen werden. Es ist zwar von einem katholischen Priester zugunsten der katholischen Jugendbewegung geschrieben. Aber die katholische Weltanschauung tritt nicht herrlich in den Vordergrund, sondern sie hält sich vorsichtig zurück. Die Hauptsache bilden wertvolle Anregungen für die Behandlung der Jugendlichen. Man spürt es jedem Worte des Verfassers an, daß er mitten in der Praxis der Jugendbewegung steht, und daß er weiß, wie Jugendliche behandelt werden müssen. Man wird nicht alles unterschreiben. Aber viele Ratsschläge können ohne weiteres von proletarischen Jugendausschüssen beherzigt werden. Die wichtigste Eigenschaft eines Jugendleiters ist für den Verfasser die Fähigkeit, sich das Vertrauen der Jugendlichen zu erwerben. Eine Autorität habe nur Wert, wenn sie aus dem Vertrauen emporschwache. Er lehnt auch die Forderung ab, die Jungen hätten einfach zu parieren. „Ich antworte darauf: Eben das ist unter den heutigen Verhältnissen zuviel verlangt.“ Das sind weisheitsvolle Anschauungen, wie man sie bei einem katholischen Geistlichen nicht erwartet. Sie lassen aber begreiflich erscheinen, warum viele katholische Junglingsvereine ihre Mitglieder so fest an sich fesseln.

Im Jugendheim. Herausgegeben in zwangloser Heftfolge von Max Niedurn. Berlin. Verlag von Franz Goerlich. Bisher sind erschienen:

- Zu den Waffen! Stoffe zu einer Gedächtnisfeier für den Freiheitskämpfer E. M. Arndt und zur Erinnerung an die Befreiungskriege 1813-15. 50 Pf.
- Frohliche Gesellen. Eine Sammlung von heiteren Gedichten zum Vortragen und Vorlesen in Jugendheimen und ähnlichen Vereinigungen. 1,25 M.
- Gut Freund! Eine Sammlung von ersten Gedichten zum Vortragen usw. 1,50 M.
- Aus der Vortragsmappe. Ausführungen und Andeutungen zu belehrenden Vorträgen. 1 M.

Das Ganze ist eine Spekulation auf die fetten finanziellen Hintergründe der staatlichen Jugendpflege. In Eile sind die vier Bücher zusammengestellt worden, die Ausstattung ist dürftig, so daß Herausgeber und Verleger bei den hohen Preisen schon zu ihrem Gelde kommen werden. Am erträglichsten sind die beiden Bände, in denen der Herausgeber am wenigsten „Einiges“ gibt: die zwei Gedichtsammlungen. Die meisten Gedichte sind von bekannten Autoren, besonders Stöpsch ist stark vertreten. Die Auswahl ist aber ohne feineren Geschmack erfolgt und die Zusammenstellung taugt auch nichts, so daß beide Sammlungen für die Arbeiterjugend nicht zu empfehlen sind. Völlig wertlos sind die anderen beiden Heftchen. Von dem eigentlichen Arndt erfährt man so gut wie nichts, man könnte ihn nach Herrn Niedurn für den ersten besten byzantinischen Päpstsänger halten. Die „Andeutungen“ zu „belehrenden“ Vorträgen sind zum größten Teile servile untertänig-schmeichelnde Anekdoten über die Kaiserfamilie. Das übrige taugt auch nichts. Aber es zeigt wenigstens, wie „unpolitisch“ es in den bürgerlichen Jugendheimen zugeht. Wenn in den Zusammenfassungen junger Arbeiter nur der gehaltlose Teil der Politik gebrüllt würde, für die der Herausgeber des Heftes den bürgerlichen Jugendheimleitern „Ausführungen und Andeutungen“ gibt, würden sie noch zehnmal mehr als heute von Polizei und Gerichten geschulzigt werden. Heinrich Schulz.

Zur Auswanderung nach Kanada.

In der Zeit der Krise finden jene Stimmen leicht Gehör, die die Arbeitslosen zur Auswanderung nach anderen Ländern zu veranlassen suchen. In den letzten Jahren sind von Berlin zahlreiche Personen ausgewandert in der Hoffnung, anderweitig ein besseres Dasein zu schaffen. Manche haben Glück gehabt, viele aber Unglück. Speziell diejenigen, die nach Prairien gegangen sind, haben mit äußerst schlechten Verhältnissen kämpfen müssen, und so mancher ist unter der Last der Mühen und unter Krankheit zusammengebrochen und elend umgekommen.

Für Personen, die beabsichtigen sollten, nach Kanada zu gehen, sind einige Informationen erwünscht, die uns über die dortigen Verhältnisse gemacht werden. Von der deutschen sozialdemokratischen Gruppe in Winnipeg in Kanada geht uns ein Schreiben zu, dem wir folgendes über die dortigen Zustände entnehmen:

„Die Dominion (Provinzialbund) von Kanada besteht aus neun Provinzen und fünf unorganisierten Territorien und liegt nördlich von den Vereinigten Staaten. Kanada ist eine britische Kolonie mit einer Reichsregierung in Ottawa, auch hat jede Provinz eine Lokalregierung. In Reichs- und Provinzial-Parlamenten wählen bei jeder mährliche britische Untertan das Wahlrecht. Es stehen sich immer zwei Parteien gegenüber, von denen jede um die Regierung kämpft. Wer die Mehrheit hat, kommt ans Ruder. Es ist deshalb kein Wunder, wenn die Kämpfe unter größten Wahlbeeinflussungen vor sich gehen. Die Arbeiterklasse hat als solche bis jetzt — mit nur wenigen Ausnahmen — noch nicht versucht, ihre eigenen Vertreter ins Parlament zu senden; sie überläßt die Politik der Kapitalistenklasse, welche es natürlich versteht, diese sich für ihre eigenen Interessen auszunutzen. Der kanadische Durcharbeitsschreiber ist für Politik nicht zu haben. Nach der Arbeitszeit interessiert er sich für Sport; er ist auch viel

zu viel von der Bier nach dem Dollar angefickt, um sich mit Arbeiterpolitik zu befassen.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben aber auch hier bereits einen Teil der Arbeiterklasse aufgerüttelt. Es existiert durchs ganze Land eine sozialdemokratische Partei mit etwa 6000 Mitgliedern. Bis jetzt besteht die große Mehrzahl der Parteimitglieder noch aus eingewanderten Europäern und setzt sich zusammen aus englischen, russischen, lettischen, jüdischen, polnischen, finnischen, ruffenischen Arbeitern und der hiesigen deutschen Sprachgruppe.

Gewerkschaftlich ist ein Zwölfstel — 100 000 — der Arbeiterklasse organisiert. Die Leitung befindet sich hier meist in Händen von rückwärtlichen Führern, und ist Politik innerhalb der Organisation ausgeschlossen.

Die europäische Einwanderung zieht sich besonders nach Winnipeg und den drei westlichen Prärie-provinzen Manitoba, Saskatchewan und Alberta, welche eine Fläche von circa 1700 Kilometern Länge und 1400 Kilometern Breite umfassen und ausschließlich nur für Landwirtschaft geeignet sind. Um nun diese große Fläche zu kultivieren, gibt die Regierung an jeden Mann über 18 Jahre alt (auch Witwen), welche sich der Landwirtschaft widmen wollen, eine Heimstätte von 160 Aker = 64 Hektar frei ab, nur sind 10 Dollar Einschreibegeld zu entrichten. Nach dreijährigem Wohnsitz auf dem Lande und unter gewissen Verpflichtungen wird der Ansiedler Besitzer des Landes. Was nützt einem aber alles Land, wenn man nicht die Mittel besitzt, Haus, Vieh und Ackergeräte zu kaufen? Und ohne letzteres kann man sein Leben auf dem Lande nicht fristen. Für den kleinsten Anfang sind 2000 M. noch herzlich wenig (ausgenommen, man verdient sich hier erst Erfahrung und Geld). Auch sind die klimatischen Verhältnisse zu berücksichtigen, der Winter dauert circa fünf Monate und ist sehr streng.

Die Folgen der internationalen Geldknappheit sind auch hier sichtbar und es herrscht deshalb auch hier viel Arbeitslosigkeit. Dieses sollten die Europäer nicht vergessen, denn es sind gerade die Kanadensömmlinge und der englischen Sprache Unkundige, welche unter diesen Verhältnissen am meisten zu leiden haben.

Die Industrie ist hier noch in den Anfängen. Die kapitalistische Ausbeutung der Arbeiter ist auch hier ebenso rückwärtslos und brutal wie in der alten Welt, ohne jegliche Kranken- und Altersfürsorge.

Für auswandernde Familien ist es ratsam, wenn der Mann erst allein hinausgeht und sich mit den Verhältnissen etwas bekannt macht, außerdem es sind Bekannte hier, an die man sich wenden kann.“

Auf Ersuchen teilen wir mit, daß die deutschen Genossen in Winnipeg sich jeden ersten und dritten Sonntag im Monat abends 8 Uhr und jeden vierten Sonntag, nachmittags 3 Uhr, in ihrem Parteikolale, 213 Janisave, versammeln.

Achter ordentlicher Verbandstag des Verbandes der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.

Vom 7. bis 14. Juli tagte der achte ordentliche Verbandstag des Verbandes der freien Gast- und Schankwirte in Bremen. Es waren 88 Delegierten anwesend. Ferner nahm eine Delegation des „Gewerbevereins Rürnberger Gastwirte“ an den Verhandlungen teil. Nach dem

Geschäftsbericht

Ist die Zahl der Mitglieder im letzten Jahre von 6410 auf 7944 gestiegen. Die Hauptkasse hat im Berichtsjahre eine Mehreinnahme von 33 406,84 M., das Gesamtvermögen betrug 195 310,38 M. Die Auflage des Verbandsorgans „Freier Gastwirt“ stieg im letzten Jahre von 7100 auf 10 000 Exemplare. Der Verband verfügt heute über 122 Verwaltungsstellen; eine Verwaltungsstelle löste sich im letzten Geschäftsjahre auf, 16 Verwaltungsstellen kamen neu hinzu. An Unterzählungen wurden in der Berichtsjahre ausbezahlt: Sterbeunterstützung 21 510 M., Notstandsunterstützung 6375 M. und für Rechtschutz 10 974,96 M.

Der Vorsitzende Vissin (Berlin) verweist in seinem allgemeinen Bericht auf die vielen Polizeisaktionen, unter denen die Wirte zu leiden hatten. Die Polizeibehörde der Stadt Wittenberg a. E. habe eine Verfügung erlassen, wonach den Wirten die Verpflichtung auferlegt worden sei, ihre Lokale im Sommer nicht vor 7 Uhr und im Winter nicht vor 8 Uhr morgens zu öffnen. Trotzdem das preussische Kammergericht diese Verfügung für ungültig erklärt habe, wurde sie stets wieder gegen die Wirte in Anwendung gebracht. Technische Zustände herrschten in Stettin und Danzig. Die im Reichstage stattgefundene Debatte über den Militärboykott habe den Wirten ein ausgezeichnetes Material geliefert. General v. Wandel sei bei der Debatte gezwungen worden, ein Schreiben des Deutschen Gastwirtsverbandes zu verlesen, aus dem hervorgehe, daß dieser Verband sich wohl gegen den Militärboykott erklärt habe, aber nicht so weitgehe, daß auch diejenigen Wirte davon verschont werden sollen, bei denen ausschließlich Sozialdemokraten verkehren. Eine wertvolle Bestimmung habe die Stadt Gera in ihrem Ortsstatut aufgenommen. Danach würden die Wirte von einer militärischen Einquartierung verschont, über deren Lokal der Militärboykott verhängt worden sei. Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter seien überall zu bitten, dafür einzutreten, daß einer gleichen Bestimmung in allen Gemeinden Geltung verschafft werde.

Den Bericht der Kontrollkommission gab Gerike (Hamburg). Eine Beschwerde der Kölner Mitglieder gegen den Verbandsvorstand wurde als unbegründet befunden. Den Anlaß zu dieser Beschwerde habe die Ausstellung der Kölner Verwaltungsstelle gegeben. Es sei an der Zeit, daß der Verbandstag einmal mit dem Ausstellungsumwesen aufreume. Der Antrag der Kommission, dem gesamten Vorstände Decharge zu erteilen, wurde nach Schluß der Diskussion einstimmig angenommen.

In der mehrstündigen Debatte wurde von den Rednern namentlich auf die örtlichen Verhältnisse Bezug genommen. Der Verbandstag genehmigte dann einstimmig eine Resolution, wonach er mit Entrüstung von dem diktatorischen Vorgehen des Schupverbandes der vereinigten Brauereien Rürnberg-Jülich Kenntnis nimmt, das derselbe in der Frage des Schaumstoffes einnimmt. Der Verbandstag betrachtet den Kampf der bayerischen Kollegen gegen das Braupatent als eine Machfrage und spricht ihnen seine vollste Sympathie aus. Der Verbandstag stimmte auch einem Antrage der Verwaltungsstelle Leipzig zu, wonach der Hauptvorstand beauftragt wird, dem nächsten Verbandstage eine Denkschrift betreffend die Einführung einer Krankenversicherung für die Mitglieder und deren Angehörige vorzulegen. Zugleich wurden 600 M. für die Erledigung dieser Arbeiten bewilligt.

In die Statutenberatungskommission wurden gewählt: Matthes (Berlin), Ost (Schöneberg), Diebe (Leipzig), Grotwald (Hamburg), Emmer (Halle), Döblich (Berlin), Gerstner (Bremervorhaben), Gerhart (Rürnberg), Brand (Frankfurt a. M.). In die Beschwerdekommision wählte der Verbandstag: Priess (Berlin), Ründel (Gera), Courdedel (Mainz), Emmer (Halle) und Witz (Stettin).

Ueber die allgemeine Lage im Brauwesen Deutschlands referierte Redakteur Richard Viehig (Berlin). Den Wirten wird die Existenz ganz besonders durch die Belastungen erschwert, die ihnen vom Reiche und Staate auferlegt worden sind. Infolge der

Teuerung gehen die Einnahmen der Wirt von Tag zu Tag zurück. Es gibt 36 verschiedene Steuern von denen das Gastwirts-gewerbe betroffen wird. Dazu werden die Wirt von den Brauereien zum Abschluss von Verträgen gezwungen, die manchmal an Erpressung grenzen. Mit Bittgesuchen und Petitionen werden die Wirt ihre Lage nicht verbessern, das wird auch weder durch Gastwirts-kammern noch durch Fachauschüsse erreicht. Protest muß der Verband einlegen gegen die Petition, die der Reichsverband für das Gastwirts-gewerbe wegen der Anwendung des § 88 der Gewerbeordnung dem Reichstage unterbreitet hat. Dieser Verband fordert, daß man nur solchen Kollegen die Konzession erteilen soll, die das Gewerbe „einwandfrei“ geführt und geleitet haben. Wie kann man nur von einer Polizei erwarten, daß sie objektiv beurteilt, wer sein Gewerbe einwandfrei geführt hat? Und wenn die Reichsverbändler von der Regierung fordern, daß man auch nur solchen Kollegen die Konzession erteilen soll, die ein eigenes Vermögen nachweisen, so wird dadurch Tausenden von Kollegen die Existenz untergraben. Die freien Gastwirt müssen dafür sorgen, daß in die Gewerbeordnung Bestimmungen aufgenommen werden, wonach den Behörden die Form vorgeschrieben wird, nach der sie Konzessionen zu erteilen haben. — Die Ausführungen der Diskussionsredner bewegten sich im wesentlichen im Sinne des Referats.

Der Verbandstag beschloß in namentlicher Abstimmung mit 70 gegen 17 Stimmen, den „Gewerbeverein Nürnberger Gastwirt“ als Mitglied des Verbandes aufzunehmen. Der genannte Verein zählt gegenwärtig 700 Mitglieder. Das vorhandene Vermögen bleibt Eigentum der Jahrestelle Nürnberg, um die lokalen Angelegenheiten zu regeln. Der Verein wird unter dem Namen „Gewerbeverein Nürnberg, Mitgliedschaft des Verbandes der freien Wirt- und Schankwirt Deutschlands“ dem Verbande angeschlossen.

#### Vitsin (Berlin) referiert über die Haftpflichtversicherung im Verband.

Es liegen hierzu eine Reihe Anträge vor. Diese Anträge sind nach Ansicht des Referenten nicht annehmbar. Es sei nicht möglich, eine solche Einrichtung im Verband zu schaffen. Außerhalb des Verbandes könne die Versicherung deshalb nicht geschaffen werden, weil es nicht möglich sei, das nötige Kapital aufzubringen. Bei der Mannheimer Versicherung — mit der der Verband einen Vertrag geschlossen hat — wird für jedes Mitglied der Beitrag vierfacher als im voraus bezahlt. Dadurch scheidet die Möglichkeit aus, daß ein Mitglied in Verzug komme, weil die Police nicht bezahlt sei. Wegen eines jährlichen Beitrag von 7,20 M. seien die Verbandsmitglieder gegen jeden Schaden versichert, der ihnen zuführe. Bei keiner andern Versicherung sei es möglich, sich so vortheilhaft zu versichern. Von den Verbandsmitgliedern hat sich bis jetzt nur ein Bruchteil der Versicherung angeschlossen. Aus diesem Grunde ersucht der Referent die Delegierten, in allen Verwaltungsstellen die Mitglieder aufzuklären, die Gefahren seien für den Gastwirt größer, als er glaube. Es sei ein beruhigendes Gefühl für einen Wirt, wenn er sich sagen könne, in meinem Lokal kann passieren was will, ich bin versichert.

Bei der Abstimmung werden alle in dieser Sache gestellten Anträge dem Vorstände überwiesen. Angenommen wird folgende Resolution:

Der 8. ordentliche Verbandstag in Bremen beschließt, um den Kampf zwischen den Nürnberger Brauereien und dem Wirt-gewerbe wirksam zu unterstützen, alle Verwaltungsstellen aufzufordern, dahin zu wirken, daß, bis die Frage geklärt ist, das Bier der Brauereien von Nürnberg-Fürth in ihren Wirtschaften nicht zum Ausfluß kommt.

#### Ueber den gemeinschaftlichen Warenbezug

referiert Franke (Berlin). Der Redner muß sich im wesentlichen auf die Berliner Verhältnisse beschränken, weil die Grobkaufskommission über die Verhältnisse in den anderen Verwaltungsstellen nicht genügend orientiert worden ist. In Berlin haben die Mitglieder aus dem gemeinschaftlichen Warenbezug hohe Gewinne herausgeholt; sie wurden dadurch in die Lage versetzt, 10 bis 15 Prozent billiger zu kaufen. Der gesamte Umsatz betrug 800 000 Mark. Redner bittet die Delegierten, dafür einzutreten, daß sich die Verwaltungsstellen künftig in größerem Maße an dem gemeinsamen Einkauf beteiligen.

Ein Beschluß wird in dieser Sache nicht gefaßt. Es wird dann zu den

#### allgemeinen Anträgen

Stellung genommen. Ueber den Antrag einer Anzahl Verwaltungsstellen, den Verbandstag alle zwei Jahre stattfinden zu lassen, wird namentlich abgestimmt. Der Antrag wird mit 65 gegen 23 Stimmen abgelehnt. Es bleibt demnach bei dem alten Zustand, wonach die Verbandstage alljährlich stattfinden. Abgelehnt wird mit derselben Stimmenzahl ein Antrag, die Verbandstagabläufe von 15 M. auf 20 M. zu erhöhen. Auch diese Abstimmung war eine namentliche. Alle vom Hauptvorstand gestellten Anträge werden angenommen. Außerdem stimmt der Verbandstag einem Antrage der Verwaltungsstelle Altona zum § 11 zu, wonach neben der Erlassung die Beiträge auch gestundet werden können. Die übrigen zum Statut gestellten Anträge werden abgelehnt. Hier-nach wird die Rechtschulordnung mit einigen vom Vorstände beantragten Änderungen genehmigt.

Es wird sodann mit großer Majorität beschlossen, den nächsten Verbandstag in Nürnberg stattfinden zu lassen.

Der Vorsitzende Vitsin und der Hauptkassierer Gienke werden einstimmig wiedergewählt. Die Kontrollkommission soll auch im kommenden Jahre ihren Sitz in Hamburg haben.

## Jugendbewegung.

### Eine verpuffte Staatsaktion.

Als im April dieses Jahres in dem Städtchen Brehna bei Bitterfeld die erste öffentliche Jugendversammlung stattfand, schloß der Bürgermeister ohne weiteres den politischen Charakter der Versammlung daraus, daß ein sozialdemokratischer Redakteur das Thema: „Die Wahren und die falschen Freunde der arbeitenden Jugend“ in dem „sozialdemokratischen“ Lokal des Ortes behandeln wollte. Der Polizeigewaltige schickte einen Polizisten und einen Gendarmen zur Überwachung und dann folgte in wenigen Tagen an den Redner, Genosse Kasparek-Halle, ein Strafmandat, weil er die von ihm eröffnete politische Versammlung nicht angemeldet habe. Unser Genosse erhob Einspruch und in der Schöffengerichtsverhandlung in Bitterfeld wollten Gendarm und Polizist das Politische der Versammlung wiederum damit beweisen, daß sie von Sozialdemokraten veranstaltet worden war. Sie fügten dem noch hinzu, der Redner habe die Jugend von den Konserwativen abzuhalten und der Sozialdemokratie zuzuführen versucht. Die eifrigen Beamten mußten aber dann auf Befragen zugeden, daß die Worte Konserwativen und Sozialdemokraten gar nicht gebraucht worden sind. Nach längerer Darlegung über die Auslegung des Vereinsgesetzes und den Begriff Politik wurde der Beschlusse schließlich freigesprochen. Der Staatsanwalt legte jedoch Berufung ein. Die Strafkammer zu Halle sprach aber Genossen Kasparek wiederum frei, wogu der Landgerichts-direktor Krüger in der Begründung bemerkenswerterweise unter anderem ausführte: „Es ist sehr wohl möglich, daß politische Vereinigungen unpolitische Zusammenkünfte veranstalten. Aus der Parteizugehörigkeit des Redners, dem Lokal und dem Thema das Politische der Versammlung so ohne weiteres zu folgern, sei nicht angängig, und da dem Angeklagten bestimmte politische Äußerungen nicht nachgewiesen waren, mußte (!) es bei dem Freispruch bleiben.“

### Die schwache Deutsche Turnerschaft.

Als der Jungdeutschlandbund gegründet war und es sich zeigte, daß er sich einer liebevollen Unterstützung aller behördlichen Organe

und korpalkräftiger Persönlichkeiten erfreute, beilegte sich die Leitung der Deutschen Turnerschaft, mit dem also geförderten neuen Bunde einen Pakt zu treffen. Ohne die Mitglieder zu fragen, wurden sie mit Kopf und Knagen dem Jungdeutschlandbunde angeschlossen. Für die jugendlichen Mitglieder beider Organisationen wurde sogar eine gemeinsame Zeitung herausgegeben: die „Jungdeutschlandpost“.

Das unerhörte eigenmächtige Vorgehen der Leitung der Deutschen Turnerschaft rief in den Mitgliederkreisen eine Ent-rüstung hervor, die mit dem Herausreifen der Früchte jungdeutscher Erziehung stetig wuchs. Im gemüthlichen Schwabenlande beschloßen 60 Vereine mit 12 000 Mitgliedern ihren Austritt aus der Deutschen Turnerschaft. Die deutschen Mannen in der Leitung waren ver-dutzt. Schließlich riefen sie sich auf, eine Verubigungsaktion zu unternehmen. Auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Hauptauschusses der Deutschen Turnerschaft wurde als besonderer Punkt: „Das Verhältnis zum Jungdeutschlandbund“ gesetzt. Am 11. Juli begann die Sitzung in Leipzig. Der Referent Stadtschul-rat Rühl glaubte, die Nichtstimmung seiner Mitglieder dadurch zu kämpfen, indem er gegen den Jungdeutschlandbund tüchtig vom Leber zog. Der Bund, so meinte er, habe derartige Anforderungen an die Turnerschaft gestellt, daß deren Mitglieder mit Recht annehmen konnten, sie ständen zum Bunde in einem Abhängigkeits-verhältnis. Aus dem Jahresbericht des Bundes gehe auch hervor, daß der Bund die Körperliche Ausbildung der Jugend nach der militärischen Seite hin pflegen wolle. Der Redner kam zu dem Schluß: das gegenwärtige Verhältnis kann nicht aufrechterhalten werden. Es sei eine gemeinsame Kon-ferenz der Vertreter der Turnerschaft und des Bundes in Aussicht genommen, in der die beiderseitigen Grenzen gezogen werden sollen. Auch der Vorsitzende Dr. Soeh verließ sich zu den müthig klingenden Worten: „Wir sind frei von jeder Parteirücksicht und frei von Abhängigkeit nach oben und nach unten, während der Jung-deutschlandbund von oben geleitet wird.“

Wenn man weiß, daß Dr. Soeh zweiter Vorsitzender des Jung-deutschlandbundes ist, so muß man sich doch fragen, warum er die Wünsche seiner Turnmitglieder nicht im Bunde zur Geltung bringt. Es bleiben nur zwei Möglichkeiten: Entweder ist sein Vorsitzenden-amt im Bunde nur eine Statistenrolle oder er bringt an der Seite des Generalfeldmarschalls a. D. v. d. Wolz nicht den Mut auf, die Wünsche seiner Auftraggeber zu vertreten. Tatsächlich haben wir noch nie vernommen, daß ihm in der Bundesleitung solche be-rechte Worte der Kritik über den Jungdeutschlandbund entfahren wären, wie er sie im Kreise der deutschen Turner anzuwenden beliebt. Diese scheinen sich dessen aber nicht einmal bewußt zu werden. Sonst würden sie sich mit ein paar schönen Worten ihres Doeh, die doch billig sind wie Brombeeren, nicht immer wieder beruhigen lassen. Auch die Sitzung des Hauptauschusses beschloß, es vorläufig beim alten zu belassen und zunächst die Resultate der gemeinsamen Kon-ferenz abzuwarten.

Die Mitglieder in der Deutschen Turnerschaft, die es mit ihrer Gegnerschaft zum Jungdeutschlandbund ehelich meinen, sollten dem ewigen Kamädienspiel ihrer kraft- und nutzlosen Leitung durch Austritt aus der Deutschen Turnerschaft das längstverdiente Ende bereiten.

## Gerichts-Zeitung.

### Was alles öffentliche Lustbarkeit sein kann.

Der Gastwirt Schubert in Breslau hat in seinem Restaurant ein Klavier. Der Verlobte der Tochter des Wirtes machte dieser eines Tages das Vergnügen, ihr etwas auf dem Klavier vorzuspielen. Es waren noch zwei Stammgäste im Lokal anwesend. Wegen dieses Ohrenschmaus wurde der Wirt vom Magistrat Breslau zur Lustbarkeitssteuer herangezogen.

Schubert klagte auf Freistellung und betonte, daß der Verlobte seiner Tochter mit seiner Kunstübung nur den Zweck verfolgt habe, seiner Braut etwas vorzuspielen. Er habe auch nur gespielt, weil das Lokal, abgesehen von zwei Stammgästen, voll-ständig leer gewesen sei.

Der Bezirksauschuss wies jedoch die Klage ab und führte u. a. aus: Nach ihrem Wortlaut wolle die Lustbarkeitssteuerord-nung unter anderem alle öffentliche Lustbarkeiten besteuern, ganz gleichgültig, ob sie entgeltlich oder unentgeltlich seien. Unzweifel-haft sei nun das Klavierpiel hier als eine „Lustbarkeit“ anzusehen, das heißt als eine Veranstaltung zur Ergötzung oder Unterhaltung. Es sei aber auch eine öffentliche Lustbarkeit gewesen. Und zwar deswegen, weil sie in einem jedermann zugänglichen Gastzimmer einer Gastwirtschaft stattgefunden habe, das für die fragliche Zeit nicht für eine geschlossene Gesellschaft reserviert gewesen sei. Ob dabei viel oder wenig Personen anwesend waren, sei gleichgültig. Und als „Veranstalter“ der Lustbarkeit sei der Wirt anzusehen, weil er das Klavier zur Benutzung jeder beliebigen Person in seinem Gastzimmer aufgestellt habe.

Das Oberverwaltungsgericht hat die gegen dies eigenartige Urteil eingelegte Revision verworfen!

### Aufgehobene Unterstellung einer Vereinsversammlung unter die Zensur.

Der Gewerkschaftssekretär Schiller hatte dem Amtsvorsteher angezeigt, daß am 24. Januar 1918 in Karf bei Radzionkau das Fackelzugvergnügen des Ortsvereins Radzionkau der polnischen Berufsvereinigungen stattfinden werde, das mit der Aufführung eines Theatersüdes verbunden sei. Das Vergnügen werde sich aber auf einen geschlossenen Kreis bestimmter eingeladenen Personen beschränken, also ein geschlossenes sein.

Trotzdem verlangte der Amtsvorsteher die Einreichung des Stückes, dessen Aufführung geplant war, zur Zensur. Schiller folgte der Aufforderung nicht, weil die Aufführungen von Theater-stücken in geschlossenen Gesellschaften nicht der Zensur unterliegen. Einen erneuten Aufforderung folgte er zwar, worauf der Amts-vorsteher das Stück freigab, aber er forst die Verfügung, die die Einreichung gefordert hatte, im Verwaltungsaktenverfahren an.

Der Landrat verwarf seine Beschwerde. Der Regierungs-präsident zu Oppeln wies die weitere Beschwerde mit folgender „Begründung“ zurück: Geschlossene Veranstaltungen unterliegen nicht der Anzeigepflicht. Daher habe der Amtsvorsteher aus der Anzeige trotz des Vermerks, es werde eine geschlossene Veranstal-tung sein, annehmen können, daß man über den Rahmen einer geschlossenen Gesellschaft hinausgehen werde. Das komme öfter bei den polnischen Vereinen vor. — Aber auch bei Annahme einer geschlossenen Gesellschaft hätte der Amtsvorsteher vorbestand wirken können, und zwar aus § 10 Teil 17 des Allgemeinen Landrechts, wonach die Polizei die nötigen Vorkehrungen zu treffen habe, zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit und zum Schutze des Publikums gegen bevorstehende Gefahren. Denn der Amts-vorsteher hätte mit einer Störung der öffentlichen Ordnung, der Ordnung außerhalb der geschlossenen Gesellschaft rechnen können, deshalb, weil die von den Polen aufgeführten Stücke oft im Sinne der großpolnischen Agitation aufstrebend wirkten und diese Wir-kung sich im Anschluß an die Veranstaltung auf der Straße etc. außerhalb der geschlossenen Gesellschaft äußern könne. Deshalb hätte der Amtsvorsteher auf jeden Fall die Einreichung des Stückes fordern können.

Das Oberverwaltungsgericht hob am Donnerstag den Bescheid des Regierungspräsidenten auf und setzte die polizeiliche Verfügung, durch welche die Einreichung des Stückes gefordert worden war,

aufser Kraft. Begründend wurde ausgeführt, daß nach Annahme des Gerichts hier die tatsächlichen Voraussetzungen, welche die Polizei berechtigt haben würden, den Text des Stückes zur Zensur einzufordern, nicht vorlägen. —

Das Oberverwaltungsgericht ist also den sonderbar gewagten und kassationischen Deduktionen des Regierungspräsidenten nicht gefolgt.

### Ausarbeitungen unterhaltenden Inhalts.

Wegen den Unfang der Ausdehnung des Urheberrechts hat am Freitag das Reichsgericht in einem Einzelfalle sich geäußert. Der Redakteur Justus Schöndahl, der Herausgeber der „Täglichen Korrespondenz“, hatte in seiner Korrespondenz folgende zwei Bei-träge gebracht: „Das Verhältniß zum Jungdeutschlandbund“ und „Der ver-ständliche Bürgermeister“. Beide Artikel hatten wahre Begeben-heiten, Tagesneuigkeiten zum Inhalt, waren aber in eine humo-ristische und unterhaltende Form gefaßt. Beide Artikel waren in Zeitungen, die auf Schöndahls Korrespondenz abonniert waren, erschienen. Der Redakteur des „Oberschlesischen Anzeigers“ in Ratibor, Peterrecht, druckte die Artikel darauf aus jenen Zeitungen in seiner Zeitung ab. Dadurch sollte er sich, gegen den auf einen von Schöndahl gestellten Strafantrag hin ein Strafverfahren eingeleitet wurde, gegen § 18 Abs. 2 des Gesetzes betreffend das Ur-heberrecht an Werken der Literatur und der Kunst vom 10. Juli 1901 vergangen haben. Dieser lautet: „Der Abdruck von Aus-arbeitungen wissenschaftlichen, technischen oder unterhaltenden In-halts, ist, auch wenn ein Vorbehalt der Rechte fehlt, unzulässig.“ Das Gericht ist aber zur Freisprechung P.'s gelangt und hat gleichzeitig den Vorbehalt des als Nebenlänger zugelassenen Sch. abgelehnt. Es führte zur Begründung aus: „Daß die in Rede stehenden Artikel weder wissenschaftlichen noch technischen Inhalts sind, bedarf keiner Erörterung. Sie sind aber auch keine Aus-arbeitungen „unterhaltenden Inhalts“ im Sinne des § 18 Absatz 2 des genannten Gesetzes. Sie enthalten vielmehr lediglich Rich-tigen tatsächlichen Inhalts und Tagesneuigkeiten, die aus Zeit-ungen oder Zeitschriften stets abgedruckt werden dürfen, gemäß der Bestimmung des Absatzes 3 desselben Paragraphen. Allerdings, so sagt das Urteil weiter, seien beide Artikel im gewissen Sinne auch unterhaltend, da Sch. die Tatsachen, die an sich schon des unterhaltenden Charakters nicht entbehren, durch seine Darstel-lungsweise noch besonders „ausgeschmückt“ hat. Dadurch aber seien die Berichte noch nicht zu „Ausarbeitungen unterhaltenden Inhalts“ im Sinne des Gesetzes geworden; ein direkter literarischer Wert, den das Gesetz eben schützen wolle, sei ihnen nicht zuzu-sprechen. Gegen das freisprechende Urteil hatte die Staatsanwalt-schaft Revision eingelegt.

Das Reichsgericht erkannte einem Antrage der Reichsanwalt-schaft entsprechend auf Verwerfung der Revision.

### „Professor.“

Wegen den Naturheilkundigen „Professor“ Paul Mittelstätt hatte gestern wieder einmal das Schöffengericht Berlin-Mitte unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats von Tredeow zu verhandeln. Der aus dem Strafgefangnis vorgeführte angebliche Professor der Uni-versität Chicago hatte sich wegen unbefugter Führung des Pro-fessortitels und Gewerbebetriebs zu verantworten.

Der Angeklagte verfuhr zurzeit eine ihm wegen fahrlässiger Körperverletzung, begangen durch die korpulente Behandlung einer Kranken, zuerkannten Gefängnisstrafe von 6 Monaten, die schon im Jahre 1909 gegen ihn verhängt worden war. Mittelstätt verstand es dann, die Verbüßung dieser Strafe bis jetzt hinauszuschieben und verschiedene Kräfte, darunter bekannte Autoritäten, zu täuschen, so daß ihm attestiert wurde, daß er nicht kassations-fähig sei. Eine neuerliche unternommene vorgenommene Untersuchung durch den Gerichtsarzt Dr. Strauch ergab, daß Mittelstätt seine Krank-heit simuliere und seinen angeblichen Krankheitszustand durch Ein-nehmen geeigneter Mittel künstlich herbeiführe. Die Folge war, daß Mittelstätt verhaftet und zur Verbüßung der Strafe in das Gefängnis abgeführt wurde.

In der vorliegenden Strafsache wurde er beschuldigt, in einem Schreiben an die Universität Rochester sich den Titel „Professor und Dr. of med. ther. der Universität Chicago (Ill.)“ zugelegt zu haben und ferner ohne approbiert zu sein und ohne staatliche Genehmigung sich einen Titel beigelegt zu haben, durch den der Glaube erweckt wurde, er sei eine geprüfte Medizinischerperson, in-dem er sich in dem Telefonverzeichnis als „Professor“ mit dem Zusatz „electrophysikalisches Licht- und Naturheilinstitut, Wäden-strasse 10b“ bezeichniete. Der Staatsanwalt beantragte eine Geld-strafe von 150 M. Das Gericht hielt es, wie der Vorsitzende aus-sprach, für notwendig, den Angeklagten etwas schärfer anzufassen, da sein ganzes Treiben nur auf eine Täuschung des Publikums abgezielt sei. Der Angeklagte trachtete schon seit Jahren danach, sich recht viel Titel zu verschaffen, um sich mit dem Glanz wissen-schaftlicher Bildung zu umgeben und dem Publikum Sand in die Augen zu streuen. Einem derartig gefährlichen Unfug könne nur mit empfindlichen Strafen entgegengetreten werden. Das Urteil lautete deshalb auf 2 Wochen Haft und 300 M. Geldstrafe.

### Jugendveranstaltungen.

**Pantow-Schönhauken.** Der hiesigen Arbeiterjugend zur Kenntnis, daß die Spiele vom 16. d. Mis. ab jeden Mittwoch und Freitag auf der Spielwiese, Köpplingerstraße (am Amtsgericht), stattfinden.

**Tempelhof-Worlender.** Sonntag, den 18. Juli, macht die arbeitende Jugend einen Spielausflug nach Lichterfelde.

### Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

**Neues Opertheater.** Sonntag: Die Meisterfänger von Nürnberg. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Montag: Lobengrin. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Dienstag: Nischan. Mittwoch: Lantanz. Donnerstag: Die Meisterfänger von Nürnberg. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Freitag: Carmen. Sonnabend: Tristan und Isolde. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Sonntag: Lobengrin. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Montag: Der fliegende Holländer. (Anfang 8 Uhr.)

**Deutsches Theater.** Sonntagabend 4 Uhr: Die Schiff-brüder. Abends: Die Schiffsbrüder. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

**Berliner Theater.** Abends: Rilmänder. (Anfang 8 Uhr.)

**Deutsches Schauspielhaus.** Sonntag: Eine Vergangenheit. (Anfang 8 1/2 Uhr.) Montag und Dienstag: Eine Vergangenheit. (Anfang 8 1/2 Uhr.) Mittwoch und Donnerstag: Der Dieb. Freitag: Der gute Hül. Sonnabend: Der Dieb. Sonntag und Montag: Der gute Hül. (Anfang 8 Uhr.)

**Kleines Theater.** Sonntag: Professor Bernhardt. Von Montag ab geschlossen.

**Antikspielhaus.** Abends: Der lustige Kaktus. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

**Schiller-Theater O.** Sonntagabend 3 Uhr: Undine. Abends: Don Juan. Montag: Fra Diavolo. Dienstag: Don Juan. Mittwoch: Troubadour. Donnerstag: Martha. Freitag: Der Troubadour. Sonnabend: Don Juan. Sonntag: Der Troubadour. Montag: Stella maria. (Anfang 8 Uhr.)

**Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhaus.** Abends: Das Farmernmädchen. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

**Dalla-Theater.** Sonntagabend 3 1/2 Uhr: Charles Fante. Abends: Puppen. (Anfang 8 Uhr.)

**Rolle-Theater.** Im Garten: Abends: Kühlung, es geht los. — Im Saale: Das Tagebuch einer Verlorenen. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

**Theater am Holländersplatz.** Abends: Der Mann mit der grünen Weste. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

**Kranke-Theater.** Sonntag und Montag: In den Dolomiten. Dienstag: Ueber den Brenner nach Venedig. Mittwoch: In den Dolomiten. Donnerstag: Ueber den Brenner nach Venedig. Freitag: In den Dolomiten. Sonnabend: Ueber den Brenner nach Venedig. Sonntag: In den Dolomiten. Montag: Unbestimmt. (Anfang 8 Uhr.)

**Falken-Theater.** Sonntagabend 3 Uhr: Die Hände des Betrügers. Sonntag und Montag: Die Wandersleute. (Anfang 8 1/2 Uhr.) Von Dienstag ab geschlossen.

**Romdienhaus.** Abends: Hochherfürliche Wohnungen. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

**Polles Caprice.** Abends: Ein Bespögel. Die Krampfsche. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

**Peterspol-Theater.** Abends: Die Rino-Rögnig. (Anfang 8 1/2 Uhr.)



